

Statistik in Sachsen

Jahrgang 20 – 2/2014



Inhaltsverzeichnis

Duale Ausbildung in Sachsen 2009 bis 2013 – ausgewählte Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik Heike Awiszus	2
BAföG und Deutschlandstipendium – Finanzielle Unterstützung der Jugendlichen bei der Ausbildung Birgit Scheibe, Alrun Klinger	10
Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien – aktuelle Ergebnisse aus der IKT-Erhebung 2013 Marcel Goldmann, Bettina Koreng	18
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen in Sachsen Gina Gäbler, Gabriele Philipp	27
Gesundheitsausgaben im Ländervergleich 2008 bis 2012 – Realisierung eines länderübergreifenden Ansatzes Janika Weigel, Susanne Meise, Dr. Bernd Richter	38
Zur regionalen Industriestruktur des Freistaates Sachsen Dr. Andreas Oettel	48
Indikatorensysteme im Regionalatlas Regine Fiedler	62
Gerhard-Fürst-Preis 2015 des Statistischen Bundesamtes	66
Koreanische Statistikdelegation in Sachsen zu Gast	67
Statistisches Landesamt bildet zukünftige Statistiker aus	68
Neues aus Sachsen	70
Sächsischer Zahlenspiegel	73

Vorwort

Sehr geehrte Leserinnen, sehr geehrte Leser,

das zweite Heft im 20. Jahrgang unserer Zeitschrift „Statistik in Sachsen“ bietet wieder zahlreiche Beiträge aus verschiedenen Gebieten der amtlichen Statistik.

Im ersten Aufsatz werden ausgewählte Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik für den Zeitraum von 2009 bis 2013 dargestellt. Die Geburtenentwicklung in der ersten Hälfte der 1990er Jahre wirkt sich jetzt auch auf die Berufsausbildung aus. So befanden sich 2013 rund 48 000 Personen in der dualen Ausbildung, das war ein Drittel weniger als 2009. Auch bei der Anzahl der bestandenen Abschlussprüfungen musste ein Rückgang von 24 300 auf 15 400 verzeichnet werden, so dass deutlich weniger Fachkräftenachwuchs für die Wirtschaft zur Verfügung stand. Die finanzielle Unterstützung der Jugendlichen auf Grundlage des Bundesausbildungsförderungsgesetzes steht im Mittelpunkt des folgenden Beitrags. 230 Millionen € wurden 2013 in Sachsen dafür ausgegeben, das entspricht einen durchschnittlichen monatlichen Betrag von 442 € für Schüler und 461 € für Studenten. Außerdem werden erste Ergebnisse des Deutschlandstipendiums als neues Instrument der Förderung von besonders begabten Studenten vorgestellt, das 2013 an 1 069 Studierende vergeben wurde.

Wussten Sie schon, dass 78 Prozent aller sächsischen Haushalte mit einem Computer und einem Internetzugang ausgestattet sind? Dieses und weitere Ergebnisse der Erhebung über die Nutzung von Computern und die Internetaktivitäten der sächsischen Haushalte enthält ein weiterer Beitrag.

Die beiden nächsten Artikel widmen sich gesundheitlichen Themen. Einerseits werden die Empfänger und die Ausgaben der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen sowohl in Sachsen in den letzten Jahren als auch im Vergleich mit den anderen Bundesländern umfassend analysiert. Dabei kann festgestellt werden, dass Sachsen die niedrigsten Ausgaben im Vergleich aller Bundesländer hat. Die Umsetzung der Gesundheitsausgabenrechnung nach einem länderübergreifenden Ansatz durch die AG Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen, an der sich gegenwärtig sechs Bundesländer beteiligen, ist ein weiteres Thema.

Mit einem Beitrag über den Besuch einer hochrangigen südkoreanischen Delegation, die sich im Rahmen eines Erfahrungsaustausches mit deutschen Statistikern für unsere Arbeit interessiert hat, wird die Zeitschrift vervollständigt.

Wir hoffen, Ihnen mit diesem Heft wiederum interessante Informationen aus unserer Arbeit zu liefern. Über die Themen dieser Zeitschrift hinaus stehen Ihnen zahlreiche andere Publikationen mit detaillierten statistischen Informationen zur Verfügung. Außerdem finden Sie uns im Internet unter www.statistik.sachsen.de. Datenanfragen beantwortet Ihnen auch unser Auskunftsdienst (Tel. 03578 33 1913).

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre und freue mich, wenn Sie unsere Daten und Informationen für Ihre Arbeit nutzen.

Christa Bahrmann
Stellvertretende Behördenleiterin

Duale Ausbildung in Sachsen 2009 bis 2013

– ausgewählte Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik

Die berufliche Bildung und insbesondere die duale Ausbildung nimmt im deutschen Bildungssystem eine bedeutende Rolle ein. Sie ist ein Erfolgsgarant für eine niedrige Jugendarbeitslosigkeit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. In den vergangenen Jahren standen das Ungleichgewicht eines begrenzten Angebotes sowie die hohe Nachfrage von Ausbildungsplätzen im Mittelpunkt der Diskussion. Heute sind es die aufgrund der demografischen Entwicklung bedingte rückläufige Ausbildungsnachfrage und die damit verbundenen neuen Anforderungen an das Berufsbildungssystem sowie die Sicherung des Fachkräftebedarfes für die Wirtschaft. 2013 befanden sich in Sachsen rund 48 000 Auszubildende in der dualen Ausbildung. Das war ein Drittel weniger als im Jahr 2009. Die Übergänge vom Schulsystem in das Berufsbildungssystem bis hin zu den ausgebildeten jungen Fachkräften, die in das Berufsleben starten können, lassen sich durch die Daten der revidierten Berufsbildungsstatistik gut abbilden. Im Zusammenhang mit den Daten der Bevölkerungsstatistik und anderen Bildungsstatistiken werden Wechselwirkungen und sich verändernde Strukturen im Bildungsbereich deutlich. Der folgende Beitrag stellt ausgewählte Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik innerhalb eines Fünf-Jahres-Zeitraumes dar.

Neue Berufsbildungsstatistik seit 2007

Die Daten der Berufsbildungsstatistik sind eine wichtige Grundlage für bildungspolitische Entscheidungen hinsichtlich der Ausbildung von Jugendlichen. Von großer Bedeutung sind sie in Politik und Wirtschaft vor allem auf regionaler Ebene. Auf Bundesebene ist die Berufsbildungsstatistik u. a. eine Datenbasis für den jährlich von der Bundesregierung erstellten Berufsbildungsbericht sowie für den Nationalen Bildungsbericht, der alle zwei Jahre erscheint. Die Daten werden jährlich und bundesweit einheitlich über alle Ausbildungsbereiche erfasst. Durch die Umstellung der Berufsbildungsstatistik seit dem Jahr 2007 auf eine Individualdatenerhebung können alle Merkmale miteinander kombiniert werden. Eine Bereicherung bei der Auswertung und Analyse ist die Erfassung des Geburtsjahres für alle Auszubildenden. Dadurch lassen sich bildungsrelevante Indikatoren für die Auszubildenden insgesamt und differenziert für ausgewählte Personengruppen berechnen. Es können auch aussagefähige Quoten in Bezug auf die entsprechende Bevölkerungsgruppe berechnet werden. Einige Merkmale der Berufsbildungsstatistik sind auf regionaler Ebene nach Kreisfreien Städten und Landkreisen auswertbar. Somit können auch regionale Daten aus der Berufs-

bildungsstatistik in der Kommunalen Bildungsdatenbank¹⁾ für alle Bundesländer abgebildet werden. Dabei unterliegt die Datenbank einem fortlaufenden Evaluierungsprozess, so dass in den nächsten Jahren weitere Indikatoren aufgenommen werden. [1]

Merkmale und Berichtskreis

Die Berufsbildungsstatistik ist eine Vollerhebung, d. h. es werden alle Auszubildenden erhoben, die bei den zuständigen Stellen eingetragen sind. Zum Erhebungsprogramm gehören neben den Angaben zu den Auszubildenden die der Prüfungsteilnehmer, der Ausbilder, der Ausbildungsberater sowie Angaben zu den Teilnehmern an einer Berufsausbildungsvorbereitung, soweit der Anbieter der Anzeigepflicht unterliegt.

Auskunftspflichtig sind die zuständigen Stellen, die im Berufsbildungsgesetz (BBiG) festgelegten Institutionen, die die Aufgaben bei der Durchführung und Überwachung der Berufsausbildung im Sinne des BBiG wahrnehmen. [2] Das sind in Sachsen die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern, das Sächsische Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie und der Staatsbetrieb Sachsenforst, Bundes- und Landesbehörden für die Berufs-

1) Kommunale Bildungsdatenbank:

- www.bildungsmonitoring.de
- bundeseinheitlich vergleichbare Indikatoren unter Berücksichtigung landesspezifischer Besonderheiten
- aktuelle Zeitreihen ab 2005
- bildungsrelevante Daten zu den Rahmenbedingungen über die frühkindliche Bildung, das allgemein- und berufsbildende Schulwesen bis hin zu Hochschuldaten und der Weiterbildung
- alle Bundesländer nach Kreisen

Tab. 1 Eckdaten der Berufsbildungsstatistik

Merkmal	2009	2010	2011	2012	2013
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	23 782	21 247	20 116	18 516	17 846
Auszubildende	71 749	63 220	55 694	50 695	47 871
männlich	44 928	39 319	34 626	31 767	30 287
weiblich	26 821	23 901	21 068	18 928	17 584
Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge	6 790	6 659	6 542	6 140	5 767
Bestandene Abschlussprüfungen	24 343	22 911	21 323	17 980	15 382
männlich	15 118	13 942	12 965	10 848	9 215
weiblich	9 225	8 969	8 358	7 132	6 167

ausbildung im Öffentlichen Dienst sowie die Kammern der Freien Berufe.

Die Zuständigkeit der Ausbildungsberufe richtet sich vielfach nach der Art des Ausbildungsberufes und nicht nach der Zugehörigkeit des Ausbildungsbetriebes zu einem bestimmten Wirtschaftsbereich.

Demografischer Wandel in Sachsen

Der demografische Wandel in Sachsen ist in vollem Gange. Er ist zum einen geprägt durch den allgemeinen Rückgang der Bevölkerungszahl sowie die allgemeine Alterung und damit die Zunahme des Durchschnittsalters der Bevölkerung. Diese Veränderungen entwickeln sich zunehmend auch regional bedingt sehr unterschiedlich. Die Bevölkerung im Alter von 16 bis unter 20 Jahren ist im Vergleich zu 2009 um rund ein Fünftel zurückgegangen. (vgl. Abb. 1) Nach Berechnungen der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen, Variante 1, wird für diese Altersgruppe bis zum Jahr 2025 gegenüber 2013 ein Anstieg um reichlich ein Viertel auf 128 800 erwartet.

Anteilmäßig mehr Schulentlassene mit Realschulabschluss und weniger mit allgemeiner Hochschulreife

Im schulischen Bereich veränderten sich die Strukturen hinsichtlich der erreichten Schulabschlüsse. In den letzten fünf Jahren hat sich die Zahl der Absolventen/Abgänger an allgemeinbildenden Schulen ungleichmäßig entwickelt. Sie sank im Zeitraum von 2009 bis 2011 um etwa 8 400 auf rund 21 800, seitdem stieg sie auf rund 25 100 im Jahr 2013 wieder an. Mit einem Realschulabschluss in der Tasche waren es 2013 im Vergleich zu 2009 rund 390 weniger und mit allgemeiner Hochschulreife fast 4 670 weniger Schulentlassene. Der Anteil der potentiellen Studienanfänger betrug 2013 rund 28 Prozent und der mit Realschulabschluss 51 Prozent. Die Schulentlassenen ohne bzw. mit einem Hauptschulabschluss in der Tasche hatten einen Anteil von jeweils 10 Prozent. 2009 erreichten 39 Prozent die allgemeine Hochschulreife, 44 Prozent verließen die allgemeinbildende Schule mit Realschulabschluss und 8 Prozent mit bzw. 9 Prozent ohne Hauptschulabschluss.

Abb. 1 Veränderung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge, der Bevölkerung im Alter von 16 bis unter 20 Jahren und der Studienanfänger mit Hochschulzugangsberechtigung in Sachsen gegenüber 2009

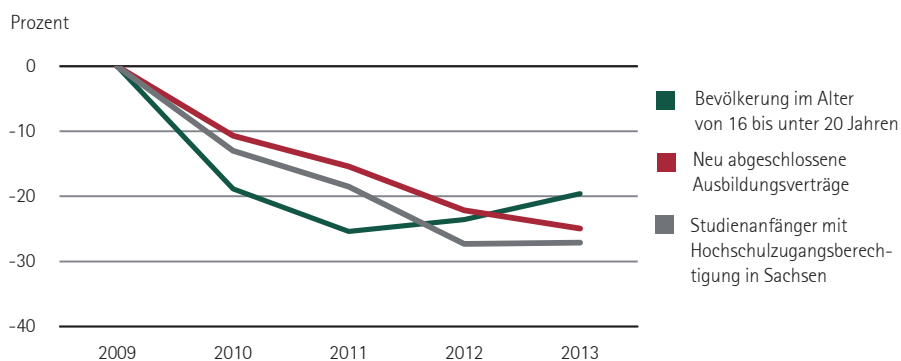
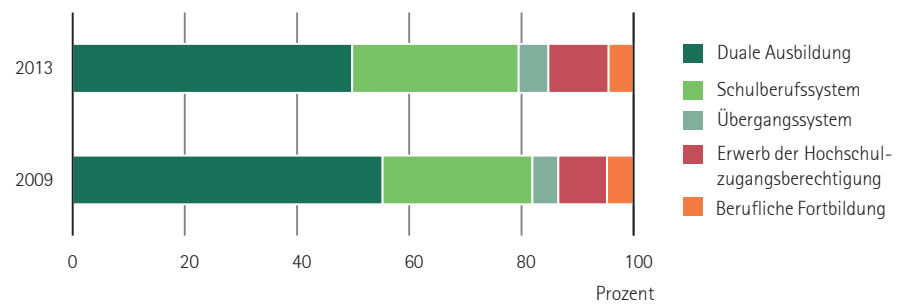


Abb. 2 Schüler in Sachsen nach Teilbereichen des Berufsbildungssystems

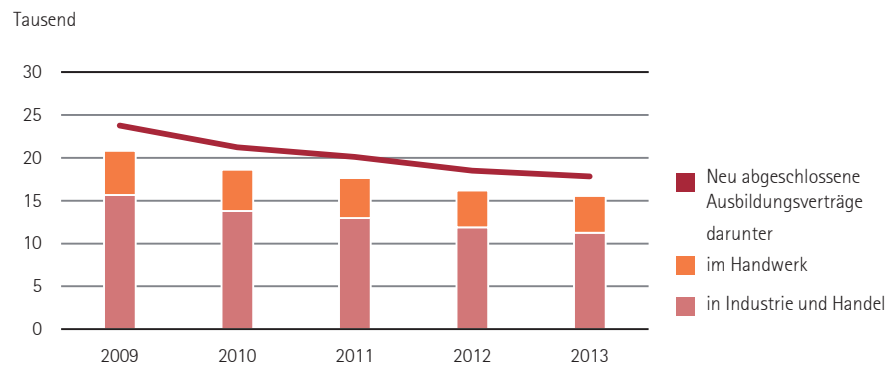


Berechnet nach der 2. Schüler- und Absolventenprognose des Statistischen Landesamtes wird bis 2025 die Zahl der Absolventen/Abgänger an allgemeinbildenden Schulen und Schulen des zweiten Bildungsweges um ein Viertel auf voraussichtlich 31 900 steigen. Dabei wird eine Veränderung der Struktur der Absolventen nach Abschlussarten erwartet. Der Anteil der Absolventen mit Hauptschulabschluss verringert sich von 10 Prozent im Jahr 2013 auf voraussichtlich 8 Prozent 2025. Dagegen wird eine Steigerung des Anteils der Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife um 5 Prozentpunkte auf 34 Prozent erwartet.

Die Hälfte aller Schulabgänger beginnt eine duale Ausbildung

Die Übergänge von der allgemeinbildenden Schule in die Teilbereiche des beruflichen Bildungssystems²⁾ in Sachsen veränderten sich in den vergangenen Jahren zugunsten des Schulberufssystems und des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung. Im Schuljahr 2013/14 stellte die duale Ausbildung nach wie vor mit 50 113 bzw. 50 Prozent (-5 Prozentpunkte zu 2009) aller Schüler an berufsbildenden Schulen den quantitativ bedeutsamsten Bereich dar, gefolgt vom Schulberufssystem mit 29 811 bzw. 30 Prozent (+3 Prozentpunkte zu 2009). In diesem Bereich werden an den sächsischen Berufsfachschulen vor allem die Berufe im Gesund-

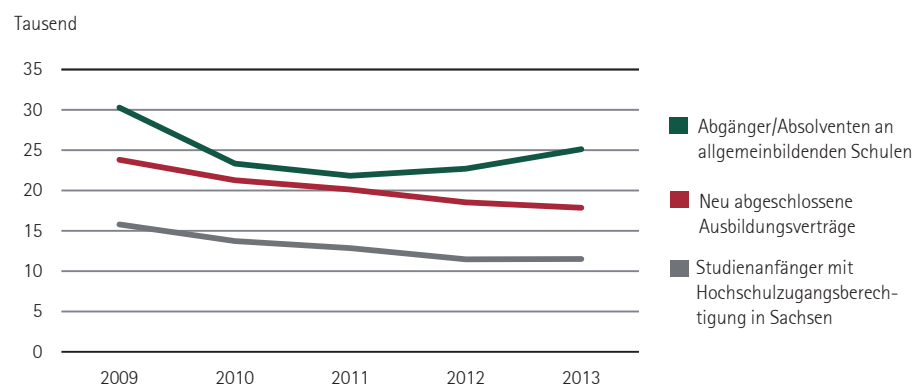
Abb. 3 Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Sachsen



- 2) Teilbereiche des beruflichen Bildungssystems
Dazu gehören:
- die duale Ausbildung,
 - das Übergangssystem (Berufsprüfungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr und Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen)
 - das Schulberufssystem (vollzeitschulische Berufsausbildung innerhalb und außerhalb des BBiG bzw. der Handwerksordnung (HwO) an Berufsfachschulen und Fachschulen in Sachsen insbesondere Gesundheits- und Sozialberufe),
 - der Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung an beruflichen Gymnasien und Fachoberschulen sowie
 - die berufliche Fortbildung an Fachschulen und Fachoberschulen (Zweitausbildung).

Die Zuordnung der Schülerdaten der amtlichen Schulstatistik erfolgte entsprechend den Bildungsprogrammen der Integrierten Ausbildungsberichterstattung..

Abb. 4 Abgänger/Absolventen an allgemeinbildenden Schulen, neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und Studienanfänger mit Hochschulzugangsberechtigung in Sachsen



heits- und Sozialwesen ausgebildet. 11 Prozent der Schüler im Berufsbildungssystem erwarben die Hochschulzugangsberechtigung (+2 Prozentpunkte zu 2009). Jeweils rund 5 Prozent der Schüler befanden sich in einer beruflichen Fortbildung an einer Fach- oder Fachoberschule oder im Übergangssystem mit arbeits- und berufsvorbereitenden Maßnahmen (vgl. Abb. 2).

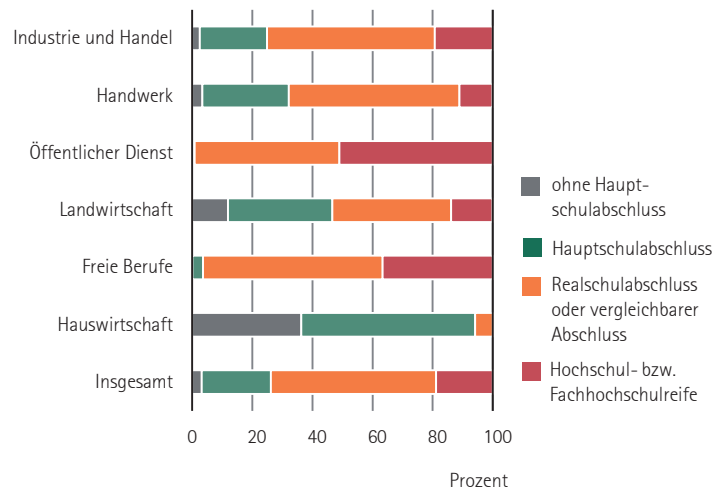
Weniger neu abgeschlossene Ausbildungs- verträge

Im Jahr 2013 wurden im Freistaat Sachsen 17 846 Ausbildungsverträge zwischen Auszubildenden und einem Ausbildungsbetrieb neu abgeschlossen. Das waren insgesamt 4 Prozent weniger als im Vorjahr und ein Viertel weniger als 2009. In den Ausbildungsbereichen Handwerk sowie bei den Freien Berufen gab es im Vergleich zum Vorjahr erstmals wieder mehr neu abgeschlossene Ausbildungsverträge. Vom Rückgang im Vergleich zum Jahr 2009 war zahlenmäßig am stärksten der Ausbildungsbereich Industrie und Handel betroffen mit rund 4 400 bzw. 28 Prozent weniger Ausbildungsverträgen. Im Handwerk gab es knapp 900 bzw. 17 Prozent weniger neue Ausbildungsverträge als im Jahr 2009 (vgl. Abb. 3). Der Rückgang resultiert neben dem Bevölkerungsrückgang im entsprechenden Alter auch aus dem zunehmenden Interesse der Jugendlichen an einem Hochschulstudium (vgl. Abb. 4).

Die Struktur der schulischen Vorbildung der Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag ist geschlechterspezifisch sowie auch in den einzelnen Ausbildungsbereichen sehr unterschiedlich ausgeprägt (vgl. Abb. 5). Insgesamt hatten die meisten Jugendlichen zu Beginn der dualen Ausbildung einen Realschulabschluss in der Tasche (9 805 bzw. 55 Prozent). Das waren 4 Prozentpunkte mehr als 2009. 23 Prozent der jungen Frauen hatte die Hochschul-/Fachhochschulreife während 16 Prozent der jungen Männer diesen Abschluss aufweisen konnte. Dagegen hatten 26 Prozent der Männer und 19 Prozent der Frauen einen Hauptschulabschluss. Lediglich 3 Prozent von allen Neuabschlüssen kamen ohne allgemeinbildenden Schulabschluss in die duale Ausbildung (2009: 5 Prozent).

Nach Ausbildungsbereichen und schulischer Vorbildung war der höchste Anteil von Neuanfängern mit allgemeiner Hochschulreife im Öffentlichen Dienst mit 51 Prozent zu verzeichnen. Die bevorzugten Berufe waren Verwaltungsfachangestellte und Sozialversicherungsfachangestellte. Bei den Freien Berufen hatten knapp 60 Prozent einen Realschulabschluss.

Abb. 5 Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Sachsen 2013 nach Ausbildungsbereichen und schulischer Vorbildung



Die meisten dieser Jugendlichen in dem Bereich wollen den Beruf des Zahnmedizinischen und Medizinischen Fachangestellten erlernen. Im Ausbildungsbereich Industrie und Handel hatten bei Vertragsabschluss 56 Prozent einen Realschulabschluss, 19 Prozent eine allgemeine Hochschulreife sowie 22 Prozent einen Hauptschulabschluss.

Von den Auszubildenden mit neuen Verträgen insgesamt hatten rund 2 500 bzw. 14 Prozent bereits eine berufsvorbereitende Qualifizierung oder berufliche Grundbildung. 7 Prozent hatte vorher bereits eine Berufsausbildung mit Ausbildungsvertrag erfolgreich beendet. Bundesweit waren es in 2012 bei diesen beiden Kennzahlen 11 bzw. 5 Prozent.

Ein Drittel weniger Auszubildende in Sachsen

Rund 47 900 Auszubildende befanden sich am 31. Dezember 2013 in Sachsen in der dualen Ausbildung. Im Vergleich zu 2009 ging deren

Abb. 6 Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge, Auszubildende und vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge in Sachsen

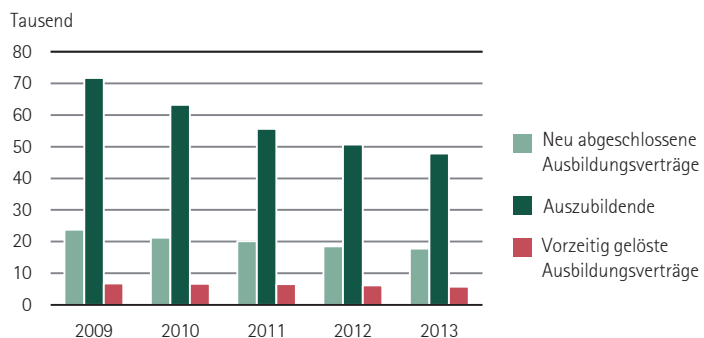
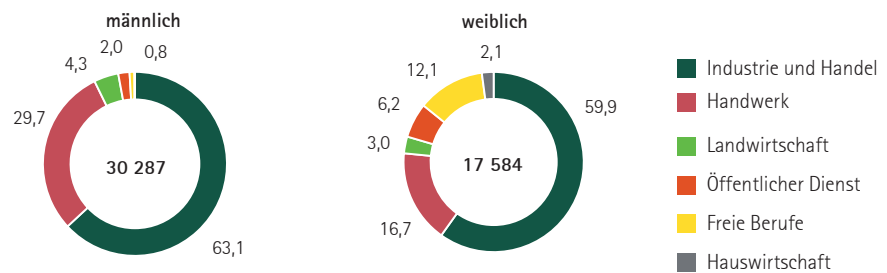


Abb. 7 Auszubildende in Sachsen 2013 nach Geschlecht und Ausbildungsbereichen in Prozent



Zahl um ein Drittel zurück (vgl. Abb. 6). Anteilmäßig lernte 62 Prozent der Auszubildenden einen Beruf in Industrie und Handel, 25 Prozent im Handwerk, 5 Prozent im Ausbildungsbereich der Freien Berufe, jeweils 4 Prozent in der Landwirtschaft und im Öffentlichen Dienst sowie ein Prozent im hauswirtschaftlichen Bereich (vgl. dazu Abb. 7 nach Geschlecht). Der Rückgang im Vergleich zu 2009 verlief in den Ausbildungsbereichen sehr unterschiedlich. In Industrie und Handel wurden insgesamt rund 29 600 Jugendliche ausgebildet, das waren 15 800 (35 Prozent) weniger als 2009, im Handwerk lernten rund 11 900 Auszubildende bzw. 5 800 (33 Prozent) weniger als 2009. Bei den Freien Berufen gab es knapp 2 400 Auszubildende, 230 (9 Prozent) weniger als 2009. Im hauswirtschaftlichen Bereich reduzierte sich die Zahl der Azubis um beinahe die Hälfte auf noch 400. Der Ausbildungsbereich Landwirtschaft zählte nur noch 1 840 Auszubildende und damit 1 200 (39 Prozent) weniger als 2009. Im Öffentlichen Dienst gab es mit 1 700 Auszubildenden rund 560 (25 Prozent) weniger als 2009. Die heranwachsenden Fachkräfte wurden im Jahr 2013 in 324 verschiedenen anerkannten Ausbildungsberufen nach dem BBiG bzw. der Handwerksordnung (HwO) [3] in den sächsischen Ausbildungsbetrieben ausgebildet. Die meisten (2 544) erlernten den Beruf des Kraftfahrzeugmechatronikers, darunter waren 4 Prozent

junge Frauen, gefolgt vom Kaufmann bzw. der Kauffrau im Einzelhandel mit 2 144 jungen Leuten (38 Prozent junge Männer). An dritter Stelle stand 2013 bei den Jugendlichen als Favorit der Beruf des Elektrikers, den erlernten 1 950 junge Männer und 65 junge Frauen (3 Prozent).

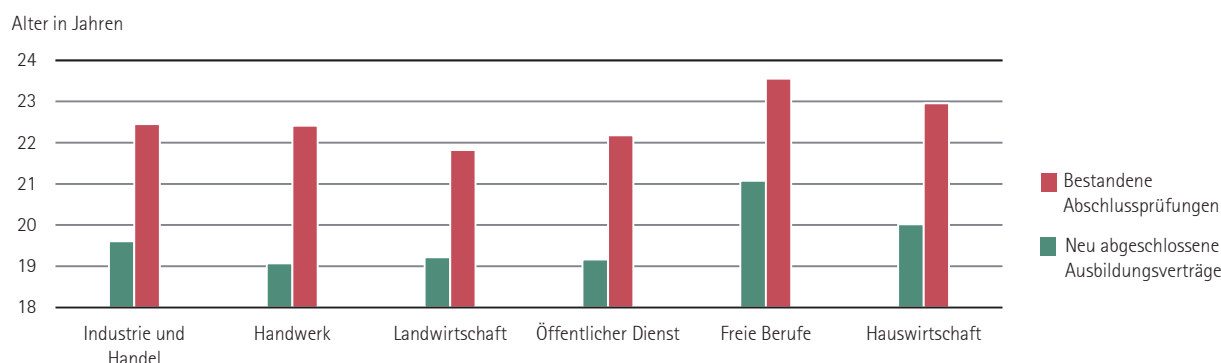
Jugendliche bei Eintritt in die duale Ausbildung durchschnittlich 19,5 Jahre alt

Politik und Wirtschaft sind bestrebt, das Alter des Fachkräftenachwuchses mit einem hohen Qualifizierungsniveau zu senken. Im Jahr 2013 waren in Sachsen die Auszubildenden im Durchschnitt 19,5 Jahre alt, als sie ihre Ausbildung antraten (vgl. Tab. 2). Das Eintrittsalter in die duale Ausbildung wird durch mehrere Faktoren beeinflusst, wie u. a. die Dauer der schulischen Vorbildung, die Suchzeiten nach einem Ausbildungsplatz oder die Verweildauer im Übergangssystem. Am jüngsten sind mit 18,8 Jahren die Neuanfänger mit Realschulabschluss. Die Auszubildenden, die zuvor eine Fach- bzw. Hochschulreife erworben haben, sind erwartungsgemäß älter (21,7 Jahre). Auszubildende, die keinen Hauptschulabschluss haben, liegen mit 20,1 Jahren über dem Gesamtdurchschnitt in Sachsen. Sie sind sogar älter als Auszubildende mit Hauptschulabschluss (19,4 Jahre). Im Vergleich zum Jahr 2009 wird wiederum deutlich, dass sich sowohl das Eintrittsalter

Tab. 2 Auszubildende bei Eintritt in das duale System in Sachsen 2013 nach schulischer Vorbildung

Schulische Vorbildung	Auszubildende	Durchschnittsalter in Jahren
Ohne Hauptschulabschluss	566	20,1
Hauptschulabschluss	4 114	19,4
Realschulabschluss oder vergleichbarer Abschluss	9 805	18,8
Hochschul-/Fachhochschulreife	3 352	21,7
Im Ausland erworbener Abschluss, der nicht zuzuordnen ist	9	24,4
Insgesamt	17 846	19,5

Abb. 8 Durchschnittsalter der Auszubildenden bei Eintritt in das duale System und mit bestandener Abschlussprüfung in Sachsen 2013



als auch das Austrittsalter der Azubis in den einzelnen Ausbildungsbereichen sehr unterschiedlich entwickelte. Im Handwerk waren die Auszubildenden bei Eintritt in die duale Ausbildung im Jahr 2009 wie auch 2013 mit durchschnittlich 19,1 Jahren die jüngsten. In allen anderen Ausbildungsbereichen ist das Eintrittsalter in den letzten fünf Jahren angestiegen. Bei den Freien Berufen gibt es die ältesten Auszubildenden mit einem Eintrittsalter von 21,1 Jahren und einem Austrittsalter von 23,6 Jahren (vgl. Abb. 8).

Jeder vierte Ausbildungsvertrag wurde vorzeitig gelöst

Ein Ausbildungsverhältnis kann zum einen vom Ausbildenden oder von den Auszubildenden vor Ablauf der im Berufsausbildungsvertrag genannten Ausbildungszeit gelöst werden. In Sachsen insgesamt verringerte sich die Zahl der vorzeitig gelösten Ausbildungsverträge in der dualen Ausbildung 2013 im Vergleich zum Vorjahr um 6 Prozent und zu 2009 um 15 Prozent. Mehr als die Hälfte der vorzeitig gelösten Verträge 2013 wurde im 1. Ausbildungsjahr, 30 Prozent im 2., 13 Prozent im 3. und ein Prozent im 4. Ausbildungsjahr gelöst. Bei fast jedem dritten gelösten Ausbildungsvertrag trennten

sich die Vertragspartner schon in der Probezeit. Eine Vertragslösung stellt jedoch nicht unbedingt einen Ausbildungsabbruch dar. Es kann verschiedene Gründe geben, warum ein Ausbildungsvertrag gelöst wird. Oft orientieren sich diese Jugendlichen um und beginnen erneut eine Berufsausbildung in einem anderen Beruf oder in einem anderen Betrieb.

Mit den Daten der revidierten Berufsbildungsstatistik wurde es im Jahr 2010 erstmals möglich die Vertragslösungsquote³⁾ nach dem sogenannten neuen Schichtenmodell zu berechnen. Das Schichtenmodell wurde vom Bundesinstitut für Berufsbildung entwickelt. In diesem Modell werden die Vertragslösungen des aktuellen Berichtsjahres nach Dauer der bisherigen Ausbildung (1. bis 4. Ausbildungsjahr; L_1, \dots, L_4) differenziert und auf die Zahl der begonnenen Ausbildungsverträge im aktuellen Berichtsjahr, Vorjahr, usw. (B_t, \dots, B_{t-3}) bezogen. Somit ergeben sich bei einer maximalen Vertragslaufzeit von 42 Monaten vier Teilquoten [4].

Berechnet für das Jahr 2013 lag die Vertragslösungsquote bei 27,8 Prozent (vgl. Tab. 3). In Deutschland stand Sachsen damit an achter Stelle mit 3,4 Prozentpunkten über dem Bundesdurchschnitt 2012. Bei den weiblichen Auszubildenden fiel die Lösungsquote geringfügig höher aus als bei den männlichen Auszubildenden.

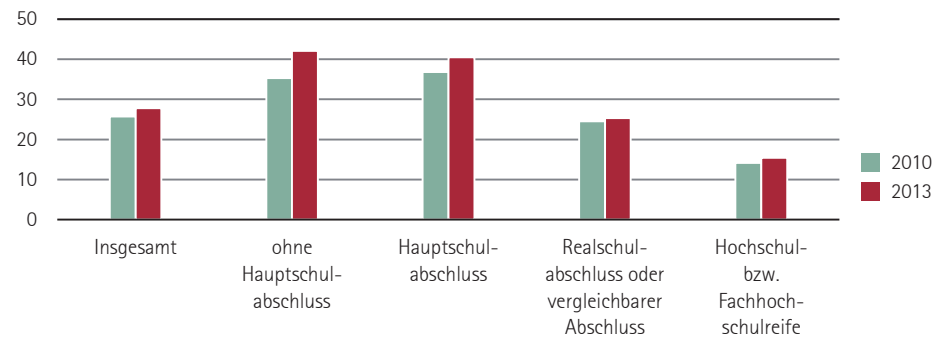
3) Vertragsauflösungsquote nach dem Schichtenmodell in Prozent

$$= \frac{L_1}{B_t} + \frac{L_2}{B_{t-1}} + \frac{L_3}{B_{t-2}} + \frac{L_4}{B_{t-3}}$$

Tab. 3 Vertragsauflösungsquote in Sachsen nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht

Ausbildungsbereich	2012			2013		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Industrie und Handel	26,5	25,2	28,5	25,5	25,1	26,2
Handwerk	34,1	32,5	38,0	35,7	33,0	42,6
Landwirtschaft	29,3	27,5	33,7	30,8	27,1	39,1
Öffentlicher Dienst	6,5	8,7	5,3	6,1	8,3	4,9
Freie Berufe	24,0	23,9	23,9	27,9	32,3	27,3
Hauswirtschaft	35,7	17,6	37,5	33,4	51,9	31,4
Insgesamt	27,8	27,1	28,9	27,8	27,3	28,6

Abb. 9 Vertragsauflösungsquote in Sachsen nach schulischer Vorbildung in Prozent



Tab. 4 Bestandene Prüfungen und Erfolgsquote in Sachsen 2013 nach Ausbildungsbereichen

Ausbildungsbereich	Berufliche Abschlussprüfungen		Meister- und Fortbildungsprüfungen		Umschulungsprüfungen	
	bestanden	Erfolgsquote in %	bestanden	Erfolgsquote in %	bestanden	Erfolgsquote in %
Industrie und Handel	9 972	87,1	2 395	76,0	1 044	80,6
Handwerk	3 328	84,2	3 157	94,5	169	85,8
Landwirtschaft	654	92,5	3	75,0	21	91,3
Öffentlicher Dienst	617	97,0	70	38,3	10	90,9
Freie Berufe	683	83,8	113	95,8	158	82,3
Hauswirtschaft	128	92,1	-	-	6	85,7
Insgesamt	15 382	86,9	5 738	84,4	1 408	81,6

Ein wesentlicher Einflussfaktor bei der Vertragsauflösungsquote ist die jeweils vorher erreichte schulische Vorbildung (vgl. Abb. 9). Deutlich höhere Lösungsquoten gab es bei Auszubildenden, die ohne einen allgemeinbildenden Schulabschluss bzw. mit einem Hauptschulabschluss eine Berufsausbildung absolvieren wollten. Dagegen traten sehr niedrige Vertragslösungsquoten bei Auszubildenden mit allgemeiner Hochschul- bzw. Fachhochschulreife auf.

In den Ausbildungsbereichen sind die Vertragsauflösungsquoten ebenfalls sehr unterschiedlich ausgeprägt. Dies ist unter anderem durch die differenzierten Anforderungen hinsichtlich

der schulischen Vorbildung in den einzelnen Berufen und Berufsgruppen begründet.

Weniger bestandene Abschlussprüfungen – höhere Erfolgsquoten als 2009

Jugendliche mit bestandener Abschlussprüfung in der beruflichen Ausbildung stellen den dringend benötigten Fachkräftenachwuchs für die Wirtschaft dar. An den Abschlussprüfungen in der beruflichen Ausbildung in Sachsen nahmen 2013 insgesamt 17 700 Auszubildende teil. 15 382 Auszubildende haben ihre Prüfung bestanden. Zum Vorjahr waren das insgesamt rund 2 600 bzw. 14 Prozent weniger Absolventen mit bestandener Abschlussprüfung, die den Unternehmen als junge Fachkräfte zur Verfügung stehen. Im Vergleich zu 2009 waren es knapp 9 000 bzw. 37 Prozent weniger junge Absolventen (vgl. Abb. 10).

Die zehn am meisten abgeschlossenen Ausbildungsberufe sind in Abb. 11 ersichtlich. An erster Stelle stehen im Jahr 2013 in Sachsen 543 bestandene Abschlussprüfungen der jungen Männer zum Kraftfahrzeugmechatroniker und 644 der jungen Frauen zur Kauffrau im Einzelhandel. Die Erfolgsquote in der dualen Ausbildung ist im Vergleich zum Jahr 2009 von 84,6 Prozent um 2 Prozentpunkte auf derzeit 86,9 Prozent gestie-

Abb. 10 Bestandene Prüfungen nach der Art der Prüfung

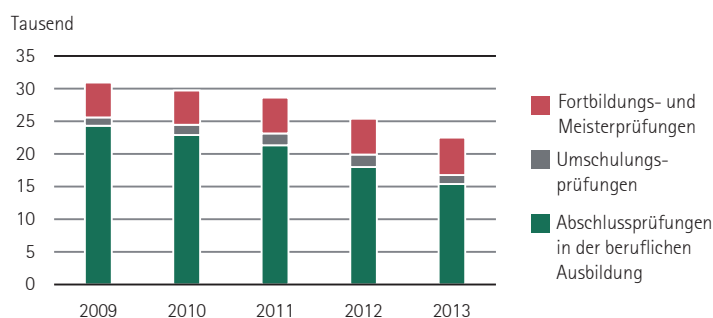
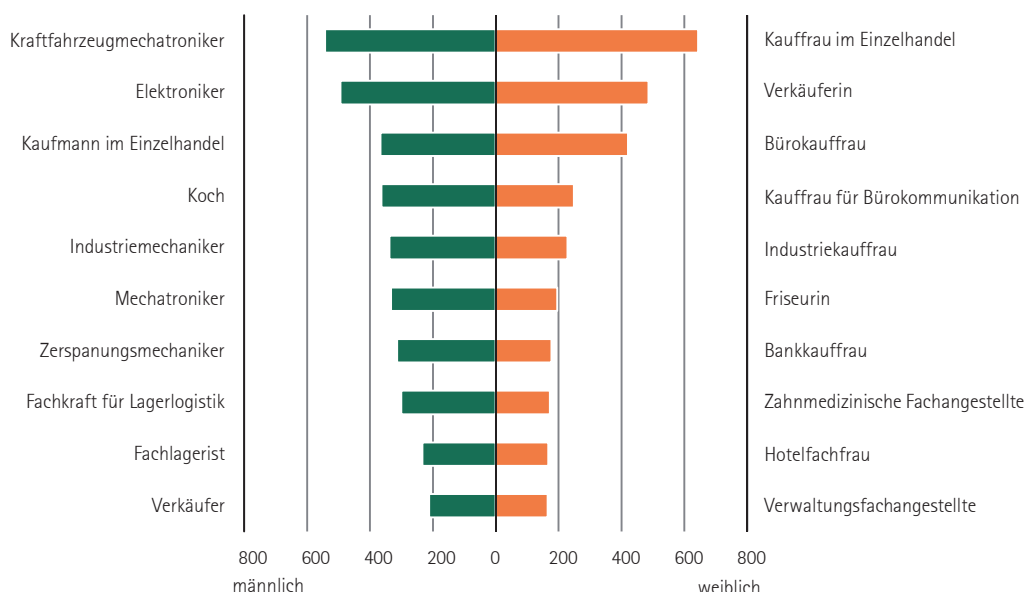


Abb. 11 Bestandene Abschlussprüfungen in der beruflichen Ausbildung in Sachsen 2013 nach den am meisten abgeschlossenen Ausbildungsberufen



gen. In den einzelnen Ausbildungsbereichen wie auch geschlechterspezifisch ist die Entwicklung sehr unterschiedlich. Die höchste Erfolgsquote bei der beruflichen Ausbildung konnte im Ausbildungsbereich Öffentlicher Dienst mit 97 Prozent erreicht werden, die niedrigste bei den Freien Berufen mit 83,8 Prozent (vgl. Tab. 4). Die weiblichen Auszubildenden hatten insgesamt eine höhere Erfolgsquote bei den beruflichen Abschlussprüfungen (87,6 Prozent) als die jungen Männer (86,4 Prozent).

Fazit

Vor sechs Jahren wurde die Berufsbildungsstatistik auf eine Individualstatistik umgestellt. Aus den Erfahrungen in der Umstellungsphase wurde weiter an der Verbesserung der Datenerfassung, der Datenmeldung und der Anwender- und Plausibilisierungsprogramme gearbeitet. Inzwischen sind die veröffentlichten Auswertungsergebnisse der Berufsbildungsstatistik zu einer fundierten Datenquelle und zu einem bildungspolitischen Analyseinstrument geworden. Hauptnutzer sind das Bundesministerium für Bildung und Forschung, insbesondere für den jährlichen Berufsbildungsbericht, das Bundesinstitut für Berufsbildung, Länderministerien, europäische und internationale Institutionen, Verbände und sonstige Wirtschaftsvereinigungen. Durch die freie Kombination der erfassten Merkmale aus der Berufsbildungsstatistik wird es möglich weitere Kennzahlen zu berechnen. Für die Nutzer kann damit das Indikatorenpektrum u. a. in der GENESIS-Datenbank des Sta-

tistischen Landesamtes und in der Kommunalen Bildungsdatenbank erweitert und möglichst aktuell bereitgestellt werden.

Heike Awiszus, Fachverantwortliche Analyse Bildung, Rechtspflege

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings www.bildungsmonitoring.de, Stand: Juni 2013
- [2] Berufsbildungsgesetz vom 23. März 2005 (BGBl. I S. 931), zuletzt geändert durch Artikel 22 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749)
- [3] Handwerksordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. September 1998 (BGBl. I S. 3074; 2006 I S. 2095), zuletzt geändert durch Artikel 19 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749)
- [4] Statistisches Bundesamt, Berufsbildung auf einen Blick, 2013

Weitere Informationen zum Thema finden Sie hier:



BAföG und Deutschlandstipendium – Finanzielle Unterstützung der Jugendlichen bei der Ausbildung

Eine gute Ausbildung ist die Basis für beruflichen Erfolg. Jede Ausbildung bringt aber auch finanzielle Belastungen mit sich. Eine qualifizierte Ausbildung soll nicht an fehlenden finanziellen Mitteln scheitern. Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ist ein Garant dafür, dass junge Menschen eine ihrer Eignung und Neigung entsprechende Ausbildung absolvieren können, auch unabhängig davon, ob die finanzielle Situation ihrer Familie diese Ausbildung zulässt oder nicht. [1] Die Ausgaben des Bundes und der Länder für Leistungen nach dem BAföG betrugen 2013 in Deutschland insgesamt 3 241 Millionen €, darunter rund 230 Millionen € in Sachsen. Für die Folgejahre ist eine grundlegende Reform des BAföG vorgesehen, wobei durch die Anhebung der Bedarfssätze um sieben Prozent den Schülern und Studenten eine größere finanzielle Unterstützung zukommen wird. Seit dem Sommersemester 2011 werden außerdem Studierende, deren Werdegang herausragende Leistungen in Studium und Beruf erwarten lässt, mit dem Deutschlandstipendium unterstützt. Mittelfristig sollen bis zu acht Prozent aller Studierenden an deutschen Hochschulen durch das Deutschlandstipendium gefördert werden.

Allgemeiner Hinweis:

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit des Artikels wird nur die männliche Form verwendet, gemeint sind stets Personen männlichen und weiblichen Geschlechts.

Förderungsfähige Ausbildung nach dem BAföG

Einen Rechtsanspruch auf individuelle Förderung haben nach dem BAföG alle Schüler und Studierenden, denen die für ihren Lebensunterhalt und ihre Ausbildung notwendigen finanziellen Mittel fehlen, um eine Ausbildung zu absolvieren, die ihrer Neigung, Eignung und Leistung entspricht. Voraussetzung ist, dass sie eine förderungsfähige Ausbildungsstätte besuchen. Ausbildungsförderung wird geleistet für den Besuch von

- weiterführenden allgemeinbildenden Schulen und Berufsfachschulen ab Klasse 10 und von Fach- und Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, wenn der Auszubildende nicht bei seinen Eltern wohnt und von der Wohnung der Eltern aus eine entsprechende zumutbare Ausbildungsstätte nicht erreichbar ist, ferner von
- Schulen des zweiten Bildungsweges, von Fach- und Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt, von Berufsfachschulklassen und Fachschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, sofern sie in einem zumin-

dest zweijährigen Bildungsgang einen berufsqualifizierenden Abschluss (z. B. als „Staatlich geprüfter Techniker“) vermitteln sowie von

- Höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen.

Voraussetzung für eine Förderung ist, dass es sich um öffentliche Schulen oder um genehmigte Ersatzschulen handelt.

Eine **Altersgrenze** gilt grundsätzlich für Personen, die zu Beginn des Ausbildungsabschnitts das 30., bei „Masterstudiengängen“ das 35. Lebensjahr vollendet haben. Ausnahmen hiervon bestehen u. a. bei Absolventen des zweiten Bildungsweges oder bei Auszubildenden, die aus familiären Gründen (Betreuung von Kindern oder Angehörigen) an einer früheren Aufnahme der Ausbildung gehindert waren. 2013 waren 82 Prozent der BAföG-Empfänger im Alter von 20 bis 30 Jahren. 14 Prozent waren jünger als 20 und 4 Prozent älter als 30 Jahre.

Ausbildungsförderung nach dem BAföG wird im Schulbereich als **Zuschuss**, beim Besuch von Höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen in der Regel je zur Hälfte als **Zuschuss bzw. unverzinsliches Darlehen** geleistet.

Tab. 1 Bedarfssätze 2001 bis 2013 (in €)

Bedarfssatzgruppe		Wohnung während der Ausbildung	Ab 1. April 2001 ¹⁾	Ab 1. August 2008 ²⁾	Ab 1. Oktober 2010 ³⁾
1	Haupt-, Realschulen, integrierten Gesamtschulen, Gymnasien, Berufsfachschulen sowie Fach- und Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt	bei den Eltern ⁴⁾ nicht bei den Eltern ⁵⁾	192 348	212 383	216 465
2	Abendhaupt-, Abendreal-, Berufsaufbauschulen und Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt	bei den Eltern nicht bei den Eltern ⁵⁾	348 417	383 459	391 543
3	Abendgymnasien, Kollegs sowie Fachschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt	bei den Eltern nicht bei den Eltern ⁵⁾	354 443	389 487	397 572
4	Höhere Fachschulen, Akademien, Fachhochschulen, Kunsthochschulen, Universitäten	bei den Eltern nicht bei den Eltern ⁵⁾	377 466	414 512	422 597

1) Erhöhung der Bedarfssätze aufgrund des Ausbildungsförderungsreformgesetzes (AföRG) vom 19. März 2001

2) Erhöhung der Bedarfssätze aufgrund des 22. BAföGÄndG vom 23. Dezember 2007

3) Erhöhung der Bedarfssätze aufgrund des 23. BAföGÄndG vom 24. Oktober 2010

4) Förderung nur für Schüler an zumindest zweijährigen Berufsfachschulklassen und Fachschulklassen (ohne abgeschlossene Berufsausbildung).

5) Ab 1. Oktober 2010 einschließlich Wohnpauschale

Ausgangspunkt für die Berechnung der Förderungsleistungen nach dem BAföG sind die im Gesetz festgelegten **Bedarfssätze**. Diese Bedarfssätze sind abhängig von der Art der Ausbildungsstätte, die von dem Schüler oder Studierenden besucht wird. Die für eine Förderung in Betracht kommenden Ausbildungsstätten sind vier Gruppen zugeordnet, für die jeweils ein einheitlicher Bedarfssatz gilt. Innerhalb dieser Gruppen wird nochmals danach unterschieden, ob der Schüler oder Studierende während der Ausbildung bei seinen Eltern oder auswärts wohnt (vgl. Tab. 1).

Zahl der BAföG-Empfänger in letzten zehn Jahren in Sachsen um 18 Prozent gesunken

2013 erhielten in Sachsen 62 956 Schüler und Studenten finanzielle Unterstützung nach dem BAföG. Gegenüber 2012 wurden 4 780 bzw. 7 Prozent Schüler und Studenten weniger gefördert. Während bei den geförderten Schülern der Rückgang 10 Prozent betrug lag er bei den Studenten etwas über 5 Prozent. Im Vergleich zu vor zehn Jahren gab es 2013 knapp 18 Prozent weniger Geförderte. Dabei betraf der Rückgang überwiegend die Zahl der geförderten Schüler. Erhielten 2003 noch 33 755 Schüler BAföG, waren es 2013 nur noch 21 175 und damit 12 580 bzw. 37 Prozent weniger. Die meisten Schüler

wurden innerhalb der letzten zehn Jahre 2005 gefördert. Seit diesem Zeitpunkt ist ein kontinuierlicher Rückgang zu verzeichnen (vgl. Abb.1). Der größte Anteil der Schüler mit finanzieller Förderung wird an einer Berufsfachschule¹⁾ ausgebildet. 2003 betraf das über zwei Drittel

1) Hier sind auch berufsvorbereitende Maßnahmen wie Berufsgrundbildungsjahr BGJ und Berufsvorbereitungsjahr BVJ sowie berufsbefähigender Bildungsgang einbezogen

Abb. 1 Nach dem BAföG Geförderte in Sachsen

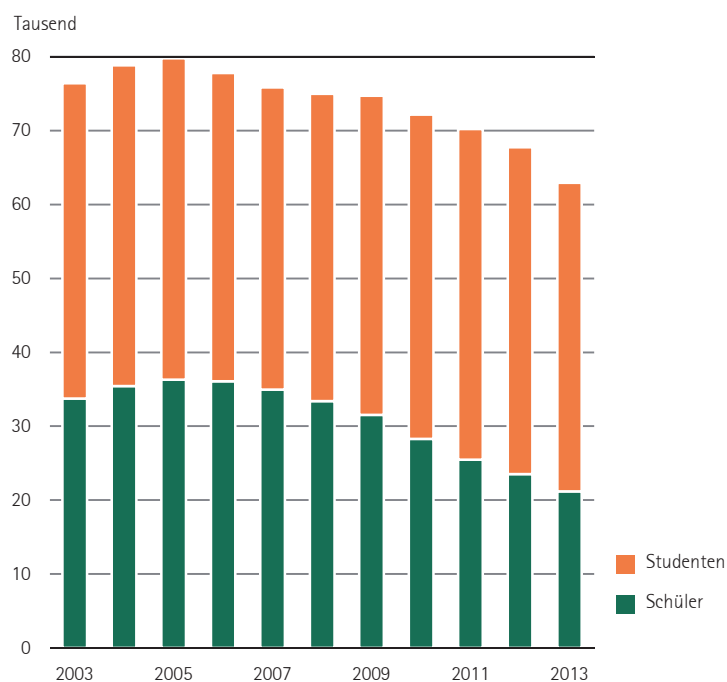
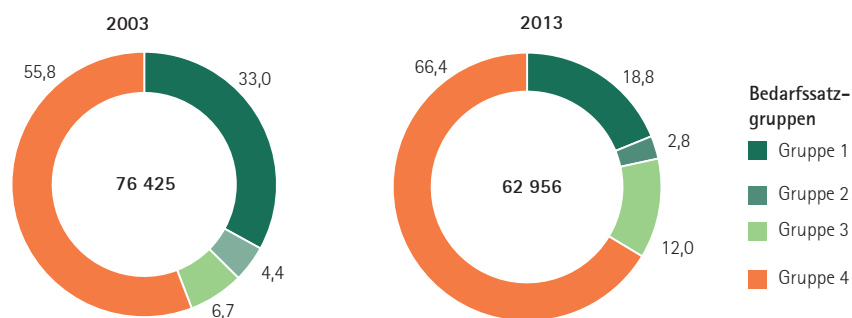


Abb. 2 Geförderte nach Bedarfssatzgruppen

in Prozent



der geförderten Schüler. Zehn Jahre später traf das nur noch auf knapp die Hälfte der Schüler mit BAföG zu. Die Zahl der BAföG Empfänger an Berufsfachschulen hat sich in diesem Zeitraum mehr als halbiert. Hierbei muss aber der generelle Schüllerrückgang insbesondere in den berufsvorbereitenden Maßnahmen und an den Berufsfachschulen beachtet werden. Die Berufsfachschulen verzeichnen seit 2003 einen Schüllerrückgang um 41 Prozent. Bei den berufsvorbereitenden Maßnahmen verringerte sich die Schülerzahl sogar um 70 Prozent.

Die Zahl der **geförderten Studenten** ging von 42 667 im Jahr 2003 auf 41 781 im Jahr 2013 zurück. Der Rückgang von 2 Prozent im Zehnjahresvergleich fällt somit bei den geförderten Studenten wesentlich moderater aus als bei den Schülern. Gleichwohl ist allerdings die Studentenzahl an den Hochschulen in Sachsen im gleichen Zeitraum um 10 Prozent gestiegen. Bei den geförderten Studenten ist auffällig, dass nach mehreren Jahren steigender Zahlen 2013 im Vergleich zu 2012 ein Rückgang um über 5 Prozent registriert wird. Und das bei leicht gestiegenen Studentenzahlen an den Hochschulen (vgl. Abb. 2).

2013 auch bundesweiter Rückgang der BAföG-Empfänger

In Deutschland erhielten 2013 knapp 959 000 Personen Leistungen nach dem BAföG. Das waren im Vergleich zum Vorjahr rund 20 000 Empfänger bzw. 2 Prozent weniger. Bundesweit fiel der Rückgang der Geförderten insgesamt und sowohl bei den Studenten als auch bei den Schülern nicht so hoch wie in Sachsen aus. Bei den geförderten Studierenden war ein Rückgang um 0,8 Prozent und bei den Schülern um 5 Prozent zu verzeichnen.

Im Vergleich zu vor zehn Jahren ist jedoch gegenüber dem Rückgang in Sachsen bundesweit

ein Anstieg der BAföG-Empfänger von 23 Prozent zu verzeichnen. Betroffen waren allerdings nur die geförderten Studenten mit einem Zuwachs von 38 Prozent. Bei den Schülern war ein Rückgang von knapp einem Prozent zu verzeichnen. [2]

11 Millionen € weniger an Ausbildungsförderung 2013 im Vergleich zu 2012

Die Förderung nach dem BAföG wird für Schüler vollständig als Zuschuss gewährt, die Leistungen müssen daher nicht zurückgezahlt werden. Für Studierende (Gruppe 4 der Ausbildungsstätten, siehe Tab. 1) werden die Leistungen zur Hälfte als Zuschuss und zur Hälfte als unverzinsliches Darlehen gewährt. Darüber hinaus können Studierende im Rahmen eines weiterführenden oder berufsergänzenden Studiums oder in ausgewählten Fällen nach Überschreiten der Förderungshöchstdauer ein vollverzinsliches Bankdarlehen erhalten. Der finanzielle Aufwand für die Ausbildungsförderung betrug in Sachsen 2013 230,4 Millionen € und damit rund 11 Millionen € bzw. knapp 5 Prozent weniger als in 2012. Schüler und Studenten erhielten Zuschüsse in Höhe von 156,2 Millionen €. 74,2 Millionen € waren Darlehen für Studenten. Durch die seit dem 23. BAföGÄndG vom 24. Oktober 2010 gleichgebliebenen Bedarfssätze ist dieser Rückgang überwiegend auf die rückläufigen Gefördertenzahlen zurückzuführen. Für die Zuschusszahlung bei Schülern reduzierte sich der finanzielle Aufwand um 5 Prozent, für Studenten wurden 4 Prozent weniger Zuschüsse und knapp 5 Prozent weniger verzinsliches Darlehen gezahlt. Auch bundesweit waren die Ausgaben für die Ausbildungsförderung 2013 niedriger als 2012. Hier war jedoch lediglich ein Rückgang um reichlich ein Prozent zu verzeichnen. [2]

Finanzieller Aufwand in letzten zehn Jahren in Sachsen um 17 Prozent gestiegen

Die mehrfache Erhöhung der Bedarfssätze und weitere Anpassungen der Fördervoraussetzungen in den letzten Jahren führten trotz sinkender Gefördertenzahlen 2013 im Vergleich zu 2003 zu einem Anstieg des finanziellen Aufwandes um 17 Prozent.

Dabei erhöhten sich die Zuschusszahlungen für Schüler um lediglich 3 Prozent, die für Studenten um 29 Prozent. Der finanzielle Aufwand für Darlehenszahlungen an Studenten stieg um 22 Prozent.

Im letzten Jahr wurden insgesamt 33 Millionen € mehr aufgewendet als 2003, darunter 27 Millionen € für Zuschüsse.

Durchschnittlicher monatlicher Förderungsbetrag über zehn Jahre kontinuierlich gestiegen

Die Förderung erstreckt sich nicht bei allen Personen über ein volles Jahr. 2013 wurden im Durchschnitt 42 244 Personen je Monat in Sachsen gefördert. Bei den Studenten traf das auf 27 757 und bei den Schülern auf 14 487 zu. Daraus ergibt sich für die geförderten Schüler 2013 ein durchschnittlicher monatlicher Förderungsbetrag von 442 €, bei den Studenten von 461 €. Die Geförderten insgesamt erhielten durchschnittlich 455 € im Monat, das waren 4 € mehr als 2012 und 131 € mehr als vor zehn Jahren. Für die geförderten Schüler fiel der durchschnittlich gezahlte Zuschuss im Monat 2013 um 158 € höher aus als 2003. Der durchschnittliche monatliche Förderungsbetrag bei Studenten stieg im gleichen Zeitraum um 107 € (vgl. Abb. 3).

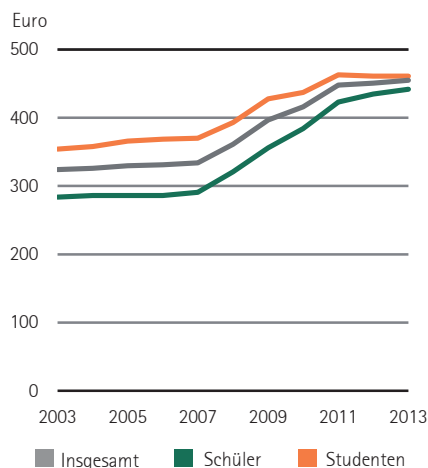
Schüler der Bedarfssatzgruppe 3 (siehe Tab. 1), zu denen Abendgymnasien und Kollegs sowie Fachschulen mit der Voraussetzung einer abgeschlossenen Berufsausbildung zählen, erhielten im Durchschnitt monatlich den höchsten Förderungsbetrag. 2013 lag dieser bei 518 €.

Bundesweit erhielten 2013 im Durchschnitt geförderte Schüler monatlich 410 € und geförderte Studierende 446 €. Damit lagen diese Durchschnittswerte unter denen von Sachsen. Im Vergleich der Bundesländer bzw. Stadtstaaten erhielten nur die Geförderten in Hamburg (479 €) und Berlin (457 €) durchschnittlich im Monat mehr als die Geförderten in Sachsen. [2]

46 Prozent der Geförderten wurden voll gefördert

Finanzielle Unterstützung in Höhe des errechneten Gesamtbedarfes und damit Vollförderung erhielten 2013 in Sachsen insgesamt 29 281

Abb. 3 Durchschnittlicher Förderungsbetrag pro Kopf und Monat in Sachsen



Geförderte, eine Teilförderung 33 675. Somit lag der Anteil der Teilgeförderten in Sachsen, wie auch im Bundesdurchschnitt, bei rund 54 Prozent. [2] Im Vergleich zum Vorjahr gab es in Sachsen an den Anteilen keine Veränderungen. 2003 hingegen war der Anteil Vollgeförderter mit 42 Prozent um 4 Prozentpunkte niedriger als im letzten Jahr. Von den Geförderten insgesamt wohnten 2013 in Sachsen 9 304 (15 Prozent) bei den Eltern und 53 652 (85 Prozent) nicht bei den Eltern. Über die Hälfte der Geförderten (57,8 Prozent), die bei den Eltern wohnten, erhielt eine Vollförderung, 42 Prozent eine Teilförderung. Umgekehrt war das Verhältnis bei den Geförderten, die während ihrer Ausbildung nicht bei den Eltern wohnten. Von denen erhielten 55 Prozent eine Teilförderung und 45 Prozent wurden voll gefördert. Im Vergleich zu vor zehn Jahren ist der Anteil der Geförderten, die bei den Eltern wohnten, von damals 30 Prozent auf nunmehr 15 Prozent beachtlich gesunken. 2003 erhielten allerdings 8 Prozentpunkte weniger als 2013, nämlich nur knapp 50 Prozent, der Geförderten

Durchschnittlicher monatlicher Förderungsbetrag in Sachsen über dem Bundesdurchschnitt

Abb. 4 Geförderte nach dem Umfang der Förderung

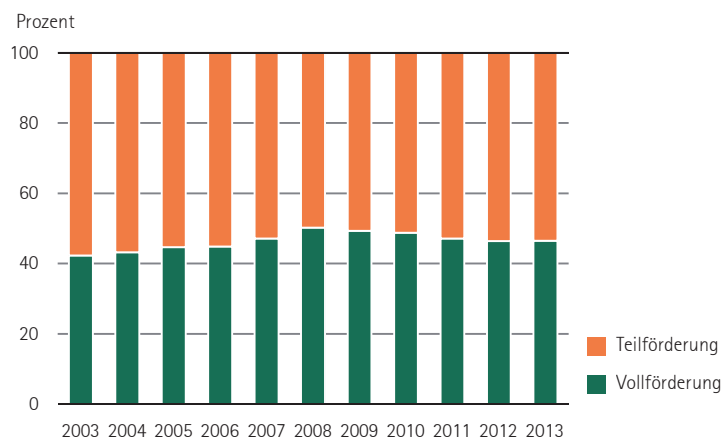


Abb. 5 Geförderte nach der Wohnung während der Ausbildung

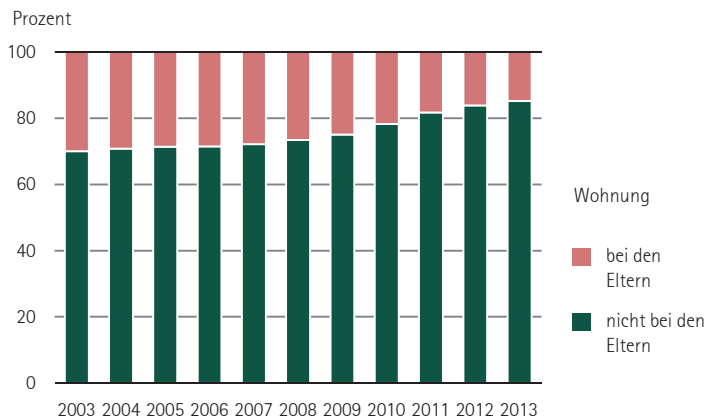


Abb. 6 Geförderte nach der Wohnung während der Ausbildung und dem Umfang der Förderung (in Tausend Personen)



mit Unterkunft bei den Eltern eine Vollförderung. Von denen, die nicht bei den Eltern wohnten, erhielten 2003 40 Prozent, über 4 Prozentpunkte weniger als 2013, eine Vollförderung und 60 Prozent, über 4 Prozentpunkte mehr als 2013, eine Teilförderung (vgl. Abb. 4, 5 und 6).

Über die Hälfte der Geförderten sind Frauen

Unter den knapp 63 000 Geförderten 2013 waren 57 Prozent Frauen. Im Vergleich zu vor zehn Jahren hat sich daran kaum etwas geändert, 2003 lag

der Frauenanteil bei 58 Prozent. Während bei den Studenten mit BAföG das Geschlechterverhältnis fast ausgewogen war, lag der Frauenanteil bei den Schülern 2013 bei 70 Prozent.

Der hohe Anteil bei den geförderten Schülern ist bedingt durch die Wahl der Schulart für die Ausbildung. Die Ausbildung an Berufsfachschulen und Fachschulen wird bevorzugt von Frauen angenommen, da hier vor allem Gesundheitsfachberufe bzw. Erzieher ausgebildet werden. Dadurch sind drei Viertel der Geförderten dieser Schularten Frauen. Bei den geförderten Studierenden überwiegen an den Kunsthochschulen und den Universitäten mit 60 bzw. 53 Prozent die Frauen mit BAföG. An den Fachhochschulen sind sie mit 42 Prozent unterrepräsentiert. Die Frauenanteile bei den Studenten insgesamt liegen lediglich bei den Kunsthochschulen über 50 Prozent, an den Hochschulen insgesamt waren 2013 unter den Studierenden 45 Prozent Frauen.

Mehr als jeder zehnte BAföG-Empfänger hatte mindestens ein Kind

Mit knapp 96 Prozent war der überwiegende Teil der BAföG-Empfänger ledig und lediglich knapp 4 Prozent waren verheiratet. Unter den 2 282 verheirateten Geförderten waren 993 Schüler (43,5 Prozent) und 1 289 Studenten (56,5 Prozent). 2013 hatten bereits 11 Prozent aller Geförderten mindestens ein Kind zu versorgen. Unter den 6 762 Geförderten mit Kind waren wesentlich mehr Schüler als Studenten. 59 Prozent der BAföG-Empfänger mit Kind gehörten zur Gruppe der Schüler und 41 Prozent zu den Studenten. Damit hatten knapp 19 Prozent der geförderten Schüler und fast 7 Prozent der geförderten Studenten mindestens ein Kind. Von den 3 966 geförderten Schülern mit Kind hatten fast 70 Prozent ein Kind und ein Viertel bereits zwei Kinder zu versorgen. Bei den Studenten hatten 72 Prozent ein Kind und 23 Prozent zwei Kinder. 5 987 Geförderte erhielten 2013 einen Kinderbetreuungszuschlag von 113 € für das erste und 85 € für jedes weitere Kind. Das waren 88 Prozent der Geförderten mit mindestens einem Kind.

BAföG-Reform auf den Weg gebracht

Die Bundesregierung hat in der Kabinettsitzung am 20. August 2014 den Entwurf für das 25. BAföG-Änderungsgesetz verabschiedet. Mit den substanziellen und strukturellen Verbesserungen wird das BAföG ab Sommer 2016 bzw. Wintersemester 2016/17 an die Lebens- und Ausbildungswirklichkeit derer angepasst, die

auf die Leistungen angewiesen sind. Geplant ist die Anhebung der Bedarfssätze und Einkommensfreibeträge um 7 Prozent, wodurch die Förderungsbeträge steigen werden. Die Kinderbetreuungszuschläge werden auf einheitlich 130 € pro Kind und der Wohnzuschlag auf 250 € überproportional angehoben. Für Studierende, die nicht bei ihren Eltern wohnen, steigt damit der monatliche Förderungshöchstsatz um rund 9,7 Prozent von derzeit 670 € auf künftig 735 €. Die Freibeträge für eigenes Vermögen von Auszubildenden werden ebenfalls erhöht – von bisher 5 200 auf 7 500 €. [3]

Deutschlandstipendium – ein neues Instrument der Studienförderung

Auf Basis des Stipendienprogramm-Gesetzes (StipG) werden seit dem Sommersemester 2011 besonders begabte Studierende einkommensunabhängig mit monatlich 300 € gefördert. Die Stipendien werden zur Hälfte vom Bund und zur anderen Hälfte von privaten Stiftern finanziert. Die Hochschulen sind für die Einwerbung der Mittel von privaten Förderern zuständig. Die privaten Mittelgeber können für die Stipendien eine Zweckbindung für zum Beispiel ausgewählte Fachrichtungen festlegen. Studierende können sich an ihrer Hochschule für das Deutschlandstipendium bewerben. Dort erfolgt auch das Auswahlverfahren. Das Deutschlandstipendium hat eine Mindestlaufzeit von zwei Semestern und wird höchstens bis zum Ende der Regelstudienzeit gezahlt. Das Stipendium richtet sich an alle Studierenden unabhängig ihrer Nationalität an allen staatlichen und staatlich anerkannten Hochschulen außer Verwaltungshochschulen. Nach und nach sollen bis zu 8 Prozent aller Studierenden einer Hochschule ein Deutschlandstipendium erhalten. Die Staffelung ist in der Stipendienprogramm-Höchstgrenzen-Verordnung geregelt. Danach konnten

in den ersten Jahren bis zu 0,45 (2011) bzw. 1,0 Prozent und ab August 2013 1,5 Prozent aller Studierenden einer Hochschule die Förderung erhalten.

2013 mehr als drei Mal so viele Stipendiaten an sächsischen Hochschulen wie 2011

An 18 Hochschulen in Sachsen wurden 2013 an 1 069 Studierende Deutschlandstipendien vergeben. Gegenüber dem Vorjahr waren das 248 (30 Prozent) mehr Stipendien, im Vergleich zu 2011 waren es 3,6 Mal so viele. Damit erhielten ein Prozent aller Studierenden der 18 Hochschulen 2013 ein Deutschlandstipendium.

Unter den 18 Hochschulen, 5 mehr als 2011, waren 5 Universitäten, 5 Kunsthochschulen und 8 Fachhochschulen. Die Technische Universität Dresden hatte mit 486 die meisten Stipendiaten gefolgt von der Technischen Universität Bergakademie Freiberg mit 101. Über 70 Prozent der mit dem Deutschlandstipendium Geförderten studierte an einer Universität. 42,5 Prozent der Stipendiaten an sächsischen Hochschulen waren **Frauen**. Im Vergleich zum Vorjahr blieb der Frauenanteil unverändert. 74 (6,9 Prozent) der 1 069 Stipendiaten waren **Ausländer**, darunter 36 aus Europa und 32 aus Asien. Unter den ausländischen Stipendiaten waren sowohl in Sachsen (60 Prozent) als auch bundesweit (55 Prozent) mehr Frauen als Männer (vgl. Abb. 7).

Bundesweit 2013 19 700 Deutschlandstipendien vergeben, 42 Prozent mehr als 2012 [4]

Frauenanteil bei Stipendiaten bundesweit 2013 bei 47,2 Prozent [4]

Ausländeranteil bei Stipendiaten bundesweit 2013 bei 7,6 Prozent [4]

40 Prozent der Stipendiaten in ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen

Die Verteilung der Stipendiaten auf die Fächergruppen ähnelt der Verteilung der Studierenden insgesamt. Auffällig dabei ist jedoch an den sächsischen Hochschulen der überdurchschnittlich hohe Anteil der Stipendiaten in den Ingenieurwissenschaften. 429 Stipendiaten, 40 Prozent, studierten ein ingenieurwissenschaftliches Fach. Bei

Abb. 7 Studenten und Stipendiaten an Hochschulen 2013 in Prozent

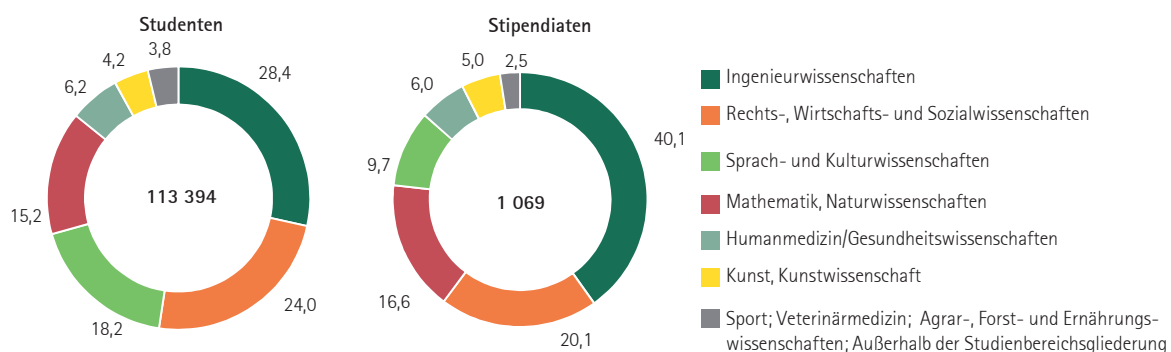
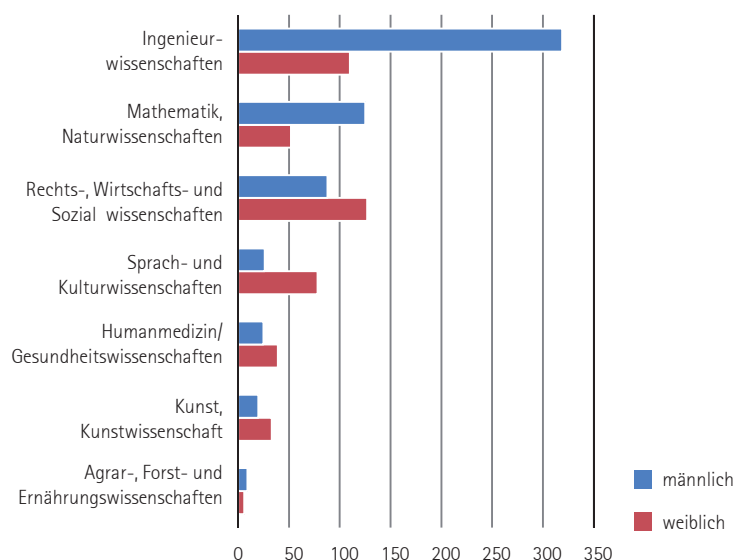


Abb. 8 Stipendiaten 2013 nach ausgewählten Fächergruppen und Geschlecht



den Studierenden insgesamt fielen 28 Prozent auf diese Fächergruppe. An zweiter Stelle standen die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit 215 (20 Prozent) Stipendiaten bzw. 24 Prozent der Studierenden insgesamt. An dritter Stelle bei den Geförderten stand die Fächergruppe „Mathematik, Naturwissenschaften“ mit einem Anteil von 17 Prozent. Diese Fächergruppe lag beim Studentenanteil (15 Prozent) hinter der Fächergruppe „Sprach- und Kulturwissenschaft“ (18 Prozent) auf Platz 4. Auch die 74 ausländischen Stipendiaten waren überwiegend in den Ingenieur-

wissenschaften und Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu finden. Jeweils rund ein Viertel von ihnen war in einem Studienfach dieser Fächergruppen eingeschrieben. Bundesweit waren 2013 mit 29 Prozent die meisten Stipendiaten in der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften, 26 Prozent in Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und 21 Prozent in Mathematik, Naturwissenschaften eingeschrieben. [4]

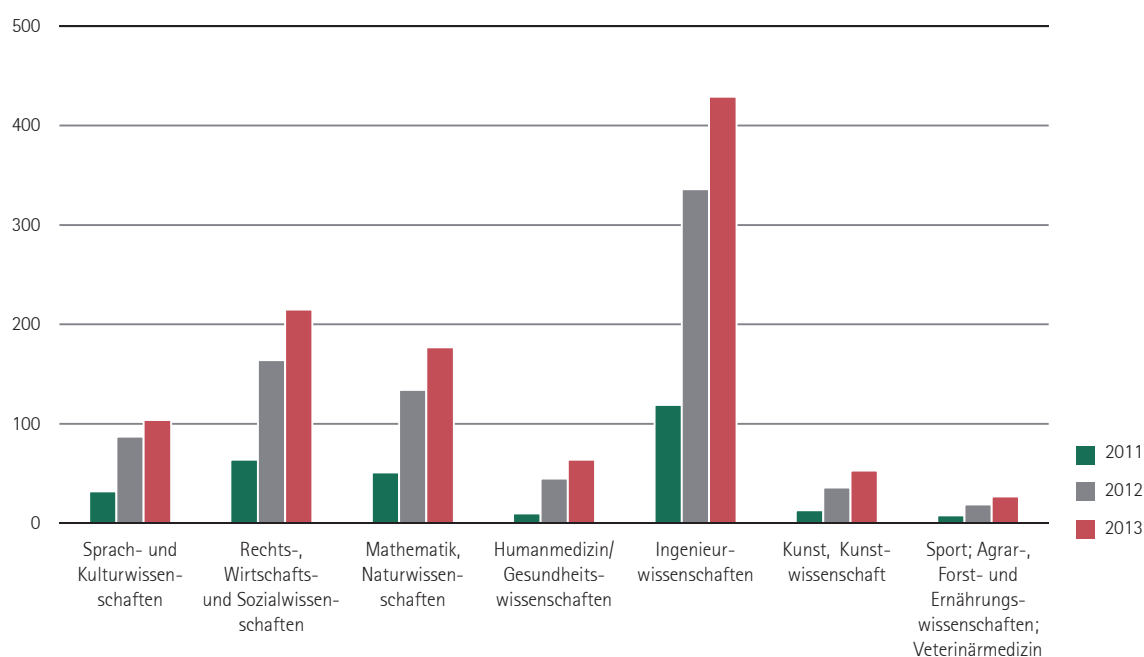
Während die meisten männlichen Stipendiaten in Sachsen (319 Personen) in den Ingenieurwissenschaften zu finden waren, traf das bei den **Frauen** auf die Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (127 Personen) zu. Mehr Frauen als Männer erhielten außerdem in den Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften, Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften und Kunst, Kunstwissenschaft ein Stipendium (vgl. Abb. 8).

Im Vergleich zu 2012 und 2011 ist die Zahl der Stipendiaten in allen Fächergruppen gestiegen. In den 3 Fächergruppen mit den meisten Stipendiaten stieg deren Anzahl gegenüber 2012 zwischen 28 Prozent (Ingenieurwissenschaften) und 32 Prozent (Mathematik, Naturwissenschaften) – vgl. Abb. 9.

1,2 Millionen € von privaten Mittelgebern für Stipendiaten in Sachsen

Die privaten Mittelgeber steuerten 2013 etwa 1,2 Millionen € zur Finanzierung der Deutschlandstipendien in Sachsen bei. Die Summe wur-

Abb. 9 Entwicklung der Stipendiaten nach Fächergruppen



de von insgesamt 403 Mittelgebern, darunter von 246 Kapitalgesellschaften zur Verfügung gestellt. Von insgesamt 1 225 590 € wurden 48 Prozent von den 246 Kapitalgesellschaften und über ein Drittel von sonstigen juristischen Personen des privaten Rechts bereitgestellt. Während bei den Universitäten und Fachhochschulen die Kapitalgesellschaften die größten Mittelgeber waren, spielten die sonstigen juristischen Personen des privaten Rechts bei den Kunsthochschulen eine bedeutende Rolle. Zwei Drittel der eingeworbenen Mittel von den Kunsthochschulen kamen von diesen Mittelgebern (vgl. Abb. 10).

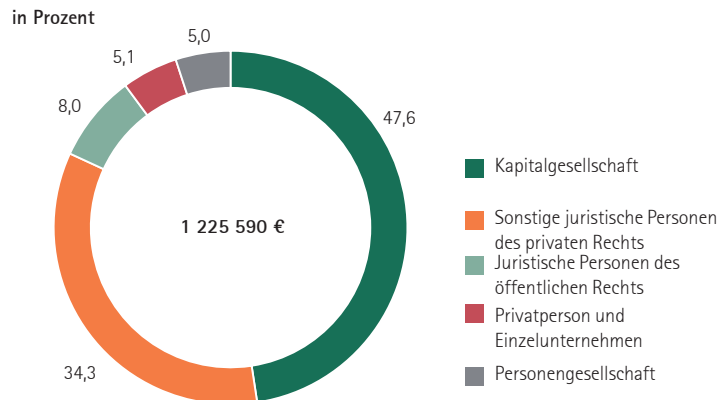
Im Vergleich zu 2012 wurde 2013 eine knappe halbe Million € mehr (65 Prozent) von privaten Mittelgebern von den Hochschulen in Sachsen eingeworben. Die Zahl der Mittelgeber erhöhte sich von 321 in 2012 auf 403. Trotz weniger Personengesellschaften sowie Privatpersonen und Einzelunternehmen erhöhte sich die Summe der beigesteuerten Mittel auch bei diesen Mittelgebern.

Rund 6 000 private Mittelgeber steuerten bundesweit rund 21 Millionen € für Stipendien bei. 41 Prozent der Mittel kamen von Kapitalgesellschaften, die damit vor den sonstigen juristischen Personen des privaten Rechts, die ein Drittel der Mittel bereitstellten, den größten Anteil an den Stipendien hatten. [4]

Deutschlandstipendium hat sich in Hochschullandschaft etabliert

Inzwischen wurden bundesweit 2013 fast 20 000 Deutschlandstipendien vergeben. Drei Viertel aller Hochschulen aus allen Bundesländern haben sich beteiligt. Rund 21 Millionen €

Abb. 10 Weitergegebene Mittel nach Rechtsform der Mittelgeber



haben private Förderer 2013 für das Programm aufgebracht. Immer mehr Hochschulen und Mittelgeber beteiligen sich mit immer höheren Fördergeldern an dem Stipendienprogramm seit 2011. Das trifft in vollem Maße auch für die sächsischen Hochschulen und Mittelgeber in Sachsen zu. Bezogen auf den Anteil der geförderten Studierenden im Vergleich der Bundesländer belegt Sachsen einen Platz im ersten Drittel. Das Deutschlandstipendium hat sich innerhalb der ersten drei Jahre in der deutschen Hochschullandschaft etabliert. [5] Verglichen mit dem BAföG hat das Deutschlandstipendium jedoch zahlenmäßig eine geringere Bedeutung. Allein 2013 erhielten in Sachsen rund 41 800 Studenten BAföG in Höhe von durchschnittlich monatlich 461 €.

Weitere Informationen zum Thema finden Sie hier:



Birgit Scheibe, Referatsleiterin Sozialwissenschaftliche Analysen und Prognosen
Alrun Klinger, Sachbearbeiterin Analyse Bildung, Kultur, Rechtspflege

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] www.das-neue-bafoeg.de/das-bafoeg-372.php
Aufgerufen am 18.08.2014]
- [2] Vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 7, 2012 und 2003; Statistik nach dem BAföG, Eckdaten über die Zahl der Geförderten und den finanziellen Aufwand 2014
- [3] Vgl. Pressemitteilung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung 077/2014 vom 20.08.2014
- [4] Vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 4.6, 2013
- [5] Vgl. Pressemitteilung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung 044/2014 vom 20.05.2014

Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien – aktuelle Ergebnisse aus der IKT-Erhebung 2013

Der Anteil der sächsischen Privathaushalte mit Internetzugang steigt weiter an. Im ersten Quartal 2013 waren 77,6 Prozent der Haushalte im Freistaat mit einem Internetzugang ausgestattet. Gegenüber dem Vorjahr stieg der Anteil um 7,3 Prozentpunkte. Auch die durchschnittliche Internetnutzung nimmt weiter zu. So waren 78,9 Prozent der Personen ab 10 Jahren im ersten Quartal 2013 jeden oder fast jeden Tag online. Dagegen surfen 2012 noch weniger als drei Viertel täglich im Internet.

Vorbemerkungen

An dieser Stelle werden, wie in den letzten Jahren, Ergebnisse für den Freistaat Sachsen aus der jährlich durchgeführten Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) vorgestellt. Neben aktuellen Entwicklungen steht diesmal auch das

sogenannte E-Government, also der Kontakt mit Behörden/öffentlichen Einrichtungen über das Internet, im Blickpunkt der Betrachtung.

2013 nahmen im Freistaat insgesamt 1 217 Personen in 650 Haushalten an der IKT-Erhebung teil. Neben dem Haushaltsfragebogen war ein Personenfragebogen von jeder zum Haushalt

Tab. 1 Ausstattung privater Haushalte mit Informations- und Kommunikationstechnologien in Sachsen und Deutschland 2007 und 2013, Berichtszeitraum 1. Quartal des jeweiligen Jahres (in Prozent)

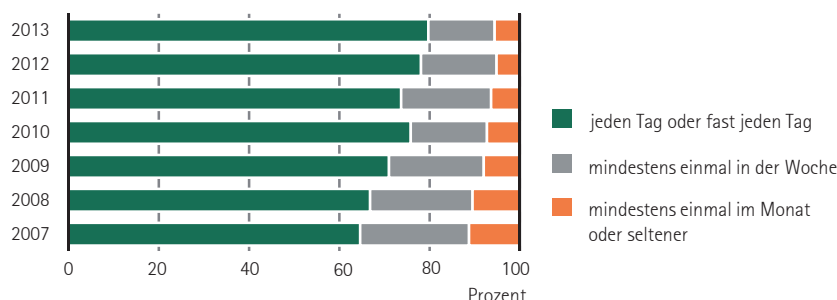
Merkmal	Sachsen		Deutschland	
	2007	2013	2007	2013 ¹⁾
Haushalte mit Computer (stationäre Computer, Laptop/Notebook, Netbook, Tablet-Computer) ²⁾	67,1	78,1	72,7	83
Haushalte mit Internetzugang ²⁾	59,1	77,6	64,9	82
Breitbandanschluss vorhanden ³⁾	53,4	96,2	69,4	96
Arten von Internetzugang³⁾ mit dem Computer von zu Hause aus				
darunter				
DSL-Anschluss	45,6	77,7	66,2	82
Anderer Breitbandanschluss	/	51,5	6,2	52
Analoges Modem oder ISDN-Modem/ISDN-Karte	45,3	/	40,7	3

1) Daten nur ohne Dezimalstelle verfügbar

2) Prozentanteil bezogen auf alle Haushalte

3) Prozentanteil bezogen auf Haushalte mit Internetzugang; Mehrfachnennung möglich

**Abb. 1 Durchschnittliche Computernutzung¹⁾ von Personen in Sachsen
2007 bis 2013, Berichtszeitraum 1. Quartal des jeweiligen Jahres**



1) Prozentanteil bezogen auf Personen ab 10 Jahren, die den Computer im Berichtszeitraum nutzten

gehörenden Person ab 10 Jahren auszufüllen. Die Auskunftserteilung erfolgte freiwillig. Für die Teilnahme an der Erhebung wurde den Privathaushalten wieder eine Aufwandsentschädigung von 10 € gezahlt. [vgl. 1, 2, 3]

Hinweise zur Ergebnisdarstellung

Im Artikel werden ausgewählte Ergebnisse aus der IKT-Erhebung 2013 vorgestellt und teilweise mit Vorjahresergebnissen verglichen. Alle dargestellten Daten beziehen sich auf das 1. Quartal (Berichtszeitraum) des jeweiligen Berichtsjahres. Soweit nicht anders angegeben, liegen bei den Ergebnissen zur Computer- und Internetnutzung ausschließlich Daten von Personen zugrunde, die diese im Berichtszeitraum nutzten. Tabelle 4 auf Seite 25 erläutert wichtige IT-Begriffe aus dem Artikel.

Ergebnisüberblick

Jeder fünfte Sachse hat noch keinen Computer genutzt

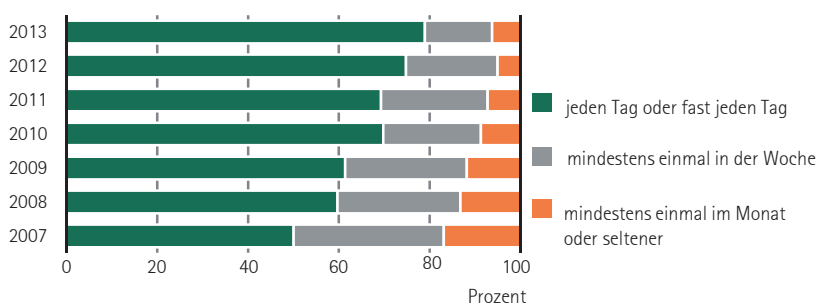
78,1 Prozent der privaten Haushalte im Freistaat waren 2013 mit einem Computer (stati-

onärer Computer, Laptop/Notebook, Netbook, Tablet-Computer) ausgestattet. Im Vergleich zu Sachsen verfügten im Bundesdurchschnitt 83,0 Prozent der privaten Haushalte über einen Computer.

Von den Personen, die den Computer im Berichtszeitraum nutzten, waren acht von zehn (79,7 Prozent) jeden Tag oder fast jeden Tag am Computer tätig. Dabei lag die Altersgruppe der 25- bis 44-Jährigen mit 88,6 Prozent fast 9 Prozentpunkte über dem Durchschnitt. Unter den 45- bis 64-Jährigen nutzten noch drei Viertel jeden oder fast jeden Tag einen Computer. 14,7 Prozent aller Personen ab 10 Jahren waren 2013 mindestens einmal in der Woche am Computer tätig.

Nur 19,1 Prozent gaben an, noch nie einen Computer genutzt zu haben. 2007 galt das noch für jeden vierten Sachsen (25,0 Prozent). Der größte Anteil der Nichtnutzer war auch 2013 erwartungsgemäß in der Altersgruppe 65 Jahre und älter zu finden. 70,7 Prozent dieser Altersgruppe hatten noch nie einen Computer genutzt (vgl. Tab. 1, Abb. 1). Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich dieser Anteil um 5,2 Prozentpunkte.

**Abb. 2 Durchschnittliche Internetnutzung¹⁾ von Personen in Sachsen
2007 bis 2013, Berichtszeitraum 1. Quartal des jeweiligen Jahres**



1) Prozentanteil bezogen auf Personen ab 10 Jahren, die das Internet im Berichtszeitraum nutzten

Acht von zehn Privathaushalten haben Internetzugang

1) Es ist zu beachten, dass sich die Werte auch beim Nutzungsort auf alle Internetnutzer ab 10 Jahren beziehen. Eine schärfere Abgrenzung durch Kombination der Merkmale Nutzungsort und soziale Stellung (z. B. Schüler und Studierende) ist auf Grund zu geringer Fallzahlen nicht möglich.

Deutlicher Zuwachs der Privathaushalte mit Internetzugang

Mehr als drei Viertel der Haushalte (77,6 Prozent) im Freistaat verfügten 2013 über einen Internetzugang. Damit stieg dieser Anteil gegenüber dem Vorjahr um 7,3 Prozentpunkte.

Auch der Anteil der Personen, die jeden oder fast jeden Tag online waren erhöhte sich weiter. Gegenüber 2012 wuchs er um 4,1 Prozentpunkte auf 78,9 Prozent.

Weiter zurückgegangen ist der Anteil der Personen, die etwas seltener, jedoch mindestens einmal in der Woche das Internet nutzen. Waren es 2012 noch 20,1 Prozent sank der Anteil 2013 auf 14,8 Prozent (vgl. Tab. 2, Tab. 3, Abb. 3).

Obwohl die Internetnutzung stark verbreitet ist und als Bestandteil des Alltagslebens gilt, gaben 23,8 Prozent der Personen ab 10 Jahren an, noch nie im Internet gesurft zu haben. Der Nichtnutzeranteil ist jedoch rückläufig, 2012 lag er noch 5,1 Prozentpunkte höher. Auch hier war der Anteil der Nichtnutzer in der Altersgruppe

65 Jahre und älter besonders hoch. Mehr als zwei Drittel (68,7 Prozent) von ihnen waren noch nie online.

Wie in den vorangegangenen Jahren waren unter den Internetnutzern wieder deutlich mehr Männer (53,4 Prozent) als Frauen (46,6 Prozent).

Fast die Hälfte der Anwender nutzt das Internet am Arbeitsplatz

Nahezu alle Internetanwender (96,1 Prozent) nutzten das Internet im Berichtszeitraum von zu Hause aus. Fast die Hälfte der Anwender (46,5 Prozent) surfte vom Arbeitsplatz aus durch das Internet. Knapp ein Drittel (30,9 Prozent) nutzte das Internet in der Wohnung einer anderen Person. Der Anteil der Anwender, die in einer Bildungseinrichtung¹⁾ (z. B. Schule, Berufsschule, Universität) online waren, lag bei 15,0 Prozent.

Von einem anderen Ort, wie z. B. Bibliothek, Hotel, Zug, Flughafen oder Internetcafé, surfen 38,2 Prozent im Internet.

Tab. 2 Ausgewählte Merkmale der Computer- bzw. Internetnutzung von Personen in Sachsen 2007 bis 2013 und Deutschland 2013, Berichtszeitraum 1. Quartal des jeweiligen Jahres (in Prozent)

Merkmal	Sachsen							Deutschland ¹⁾
	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2013
Durchschnittliche Computernutzung								
jeden Tag oder fast jeden Tag	64,6	66,9	71,0	75,8	73,7	78,1	79,7	82
mindestens einmal in der Woche	24,1	22,7	21,0	16,9	19,9	16,7	14,7	13
mindestens einmal im Monat oder seltener ²⁾	(11,3)	(10,5)	(8,0)	(7,3)	(6,4)	/	(5,6)	5
Durchschnittliche Internetnutzung								
jeden Tag oder fast jeden Tag	50,0	59,7	61,4	69,8	69,3	74,8	78,9	80
mindestens einmal in der Woche	33,1	27,1	26,8	21,5	23,5	20,1	14,8	15
mindestens einmal im Monat oder seltener ²⁾	16,9	13,2	(11,8)	(8,7)	(7,2)	(5,0)	(6,2)	6
Internetaktivitäten zu privaten Zwecken								
senden und empfangen von E-Mails	80,8	82,9	82,7	88,3	.	89,6	90,1	91
telefonieren/Videotelefonate (mit Webcam)	15,0	20,2	16,6	23,8	19,7	23,2	25,2	28
Informationssuche über Waren und Dienstleistungen	84,8	82,8	85,1	84,8	82,3	87,5	89,5	89
Nutzung von Reisedienstleistungen (z. B. Buchung von Fahrkarten für Urlaubsreisen)	55,2	47,1	57,0	51,9	62,0	58,6	65,4	62
Nutzung von Internet-Radio/Internet-Fernsehen	17,5	25,2	26,5	25,5	.	36,6	.	.
lesen/Herunterladen von Online-Nachrichten, -Zeitungen oder -Zeitschriften ³⁾	23,8	25,2	27,1	49,3	60,1	61,6	65,0	65
Internet-Banking/Online-Banking	45,5	48,8	49,5	53,2	53,7	53,8	57,4	52
Verkauf von Waren und Dienstleistungen	20,1	16,6	14,6	18,1	24,0	22,5	29,0	30
Kontakt mit Behörden/öffentl. Einrichtungen über das Internet (E-Government) in den letzten 12 Monaten ⁴⁾	57,6	43,5	61,1	59,2	59,4	62,8	57,8	54
Informationssuche auf den Webseiten von Behörden	52,6	41,8	60,4	57,8	59,0	62,8	57,8	53
herunterladen von amtlichen Formularen	34,3	20,2	43,2	40,1	34,5	36,2	35,9	33
Rücksendung ausgefüllter Formulare über das Internet	21,7	11,2	23,7	25,4	16,8	16,8	17,5	15

1) Daten nur ohne Dezimalstelle verfügbar

2) 2013: weniger als einmal in der Woche

3) 2013: lesen von Online-Nachrichten, -Zeitungen oder -Zeitschriften

4) bezogen auf Personen ab 10 Jahren, die das Internet in den letzten 12 Monaten nutzten

Mobile Internetnutzung außerhalb von Zuhause oder Arbeitsplatz

Im ersten Quartal 2013 waren 41,1 Prozent der Internetnutzer mit Handy/Smartphone online. Davon nutzten mehr als ein Drittel (35,3 Prozent) für die Internetverbindung das Mobilfunknetz und 23,1 Prozent ein drahtloses Netzwerk (z. B. Hotspot, WLAN, mobiles WiMAX). 32,6 Prozent der Internetanwender im Freistaat waren mit Laptop, Netbook oder Tablet-Computer mobil online. Als Verbindungsart nutzten dazu 14,6 Prozent das Mobilfunknetz (über USB-Stick oder Karte, z. B. integrierte SIM-Karte) und 22,8 Prozent ein drahtloses Netzwerk. [6]

Schnelles Internet durch Breitband

96,2 Prozent der sächsischen Privathaushalte mit Internetzugang verfügten 2013 über einen Breitbandanschluss (neben DSL z. B. auch über das TV- oder Stromkabel, über Funk, Satellit etc.) mit hohen Datenübertragungsraten zum schnellen Surfen und Arbeiten im Internet. Damit stieg der Anteil der Privathaushalte mit Breitbandzugang gegenüber 2012 nur noch geringfügig an (+0,9 Prozentpunkte). In den letzten Jahren wurden durch innovative Technologien auf Leitungs- als auch auf Funkbasis (z. B. UMTS, HSDPA, LTE) vorhandene Versorgungslücken vorwiegend im ländlichen Raum immer weiter geschlossen.

Wie in den Vorjahren blieb DSL unter den Breitbandanschlüssen erneut die marktbeherrschende Technologie. Mehr als drei Viertel der Haushalte (77,7 Prozent) mit Internetzugang verfügten über einen DSL-Anschluss. Der Anteil dieser Haushalte stieg im Freistaat gegenüber 2012 leicht um 1,3 Prozentpunkte. Sachsen lag 2013 noch einen reichlichen Prozentpunkt unter dem Durchschnitt der neuen Länder (einschließlich Berlin) und war vom Bundesdurchschnitt (82 Prozent) noch rund 4 Prozentpunkte entfernt. [4, 5]

Internetaktivitäten der Sachsen²⁾

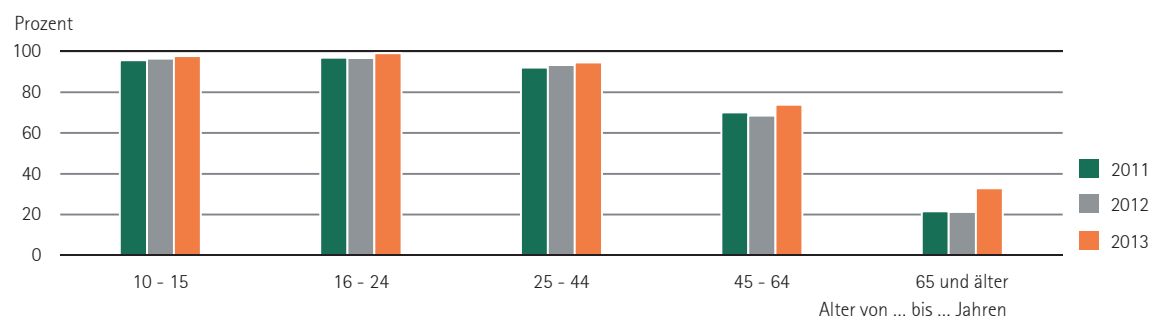
Drei Viertel der Anwender nutzen Online-Lexika

In der Rubrik „Kommunikation mit anderen Nutzern“ zählte das Senden oder Empfangen von E-Mails erwartungsgemäß wie in den Vorjahren mit 90,1 Prozent zu den beliebtesten Internetaktivitäten. Reichlich vier von zehn Anwendern (44,7 Prozent) nahmen an sozialen Netzwerken im Internet teil, dazu zählt z. B. die Erstellung von Nutzerprofilen und das Einstellen von Mitteilungen/Beiträgen auf Facebook, o. a. Ein Viertel der Internetnutzer (25,2 Prozent) telefonierte über das Internet (einschl. Videotelefonate). Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Plus von 2,0 Prozentpunkten.

Vier von zehn Anwendern nahmen an sozialen Netzwerken im Internet teil

2) bezogen auf sächsische Internetnutzer, die das Internet im Berichtszeitraum genutzt haben

Abb. 3 Anteil der Personen in Sachsen, die das Internet im 1. Quartal 2011, 2012 und 2013 nutzten, nach Altersgruppen



Tab. 3 Internetnutzer¹⁾ in Sachsen und Deutschland 2007 bis 2013, die das Internet jeden Tag oder fast jeden Tag nutzten, nach ausgewählten Altersgruppen, Berichtszeitraum 1. Quartal des jeweiligen Jahres (in Prozent)

Alter von ... bis ... Jahren	2007		2008		2009		2010		2011		2012		2013	
	Sachsen	Deutschland	Sachsen	Deutschland	Sachsen	Deutschland	Sachsen	Deutschland	Sachsen	Deutschland ²⁾	Sachsen	Deutschland ²⁾	Sachsen	Deutschland ²⁾
16 - 24	60,7	72,5	(65,1)	77,4	(69,0)	81,7	83,0	86,7	86,0	89	(92,3)	89	(94,9)	93
25 - 44	50,0	64,2	61,6	70,2	67,2	74,2	72,3	79,0	73,3	82	82,7	81	86,4	88
45 - 64	46,0	58,5	57,7	61,9	54,5	66,7	66,1	68,8	64,2	71	66,7	67	72,0	75

1) bezogen auf Personen, die das Internet im Berichtszeitraum nutzten

2) Daten nur ohne Dezimalstelle verfügbar

Zwei Drittel der Nutzer gaben an, dass Informationen auf den Webseiten von Behörden und öffentlichen Einrichtungen einfach zu finden sind

Die „Informationssuche“ zählt ebenfalls zu den häufigsten Aktivitäten im Netz. Neun von zehn Anwendern (89,5 Prozent) suchten bzw. informierten sich 2013 über Waren und Dienstleistungen. Drei Viertel (75,7 Prozent) nutzten Wikis/Online-Lexika, wie z. B. Wikipedia, um sich Wissen anzueignen. Weiter zugenommen hat der Anteil der Nutzer, die im Internet Online-Nachrichten, -Zeitungen oder -Zeitschriften lesen bzw. herunterladen. 2013 betrug deren Anteil bereits knapp zwei Drittel (65,0 Prozent, 2012: 61,6 Prozent).

Unter den „anderen Onlinediensten“ wurden besonders Reisedienstleistungen, z. B. zur Buchung von Fahrkarten oder Unterkünften, zur Informationssuche über Reiseziele oder zur Routenplanung, mit 65,4 Prozent häufig genutzt. Der Anteil der Anwender mit Internet-Banking/Online-Banking stieg gegenüber 2012 um 3,6 Prozentpunkte auf 57,4 Prozent. 2007 betrug der Nutzeranteil noch 45,5 Prozent, seitdem ist ein kontinuierlicher Anstieg zu beobachten. Vier von zehn Nutzern (43,3 Prozent) luden Software aus dem Netz herunter (ohne Computer- oder Videospiele). Der Anteil derer, die Waren oder Dienstleistungen im Internet verkauften, z. B. durch Versteigerungen, lag bei 29,0 Prozent. Gegenüber 2012 stieg er um 6,5 Prozentpunkte deutlich an.

Acht von zehn Anwendern (22,2 Prozent) nutzten das Internet im Berichtszeitraum auch zur Arbeitssuche oder zum Versenden von Bewerbungsunterlagen. 11,2 Prozent verfassten Meinungsäußerungen zu politischen oder sozialen Themen auf Internetseiten, wie z. B. Blogs und sozialen Netzwerken.

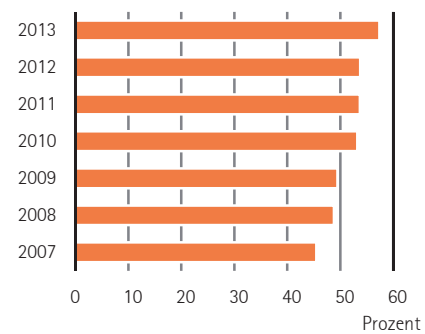
Auffällig ist bei einer geschlechterspezifischen Betrachtung, dass bis auf die Arbeitssuche und das Versenden von Bewerbungsunterlagen die dargestellten Internetaktivitäten häufiger von Männern als von Frauen durchgeführt wurden. Tabelle 2 zeigt eine Auswahl von Internetaktivitäten zu privaten Zwecken im zeitlichen Verlauf von 2007 bis 2013. Durch Anpassungen im jährlichen Frageprogramm können einige Aktivitäten nicht über den gesamten Zeitraum dargestellt werden.

E-Government – Behörden und öffentliche Einrichtungen im Internet³⁾

2013 suchten 57,8 Prozent der sächsischen Internetanwender Informationen auf den Webseiten von Behörden und öffentlichen Einrichtungen. Mehr als ein Drittel von ihnen (35,9 Prozent) lud von diesen Seiten Formulare herunter und knapp jeder fünfte Nutzer (17,5 Prozent) versendete ausgefüllte Formulare über das Netz an Behörden und öffentliche Einrichtungen zurück.

3) bezogen auf Personen, die in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung das Internet genutzt haben

Abb. 4 Internetnutzer mit Internet- bzw. Online-Banking 2007 bis 2013



1) Prozentanteil bezogen auf Personen ab 10 Jahren, die das Internet im Berichtszeitraum nutzten

Am häufigsten unter den aufgelisteten „Onlinebehördenservices“ wurde die Erstellung der Einkommensteuererklärung genannt. Fast ein Viertel (22,3 Prozent) übermittelte Steuerdaten online an das jeweilige Finanzamt. An zweiter Stelle stand mit 9,8 Prozent die Suche in Katalogen von öffentlichen Bibliotheken/Büchereien. Nachfolgend wird kurz auf die Fragen eingegangen, wie zufrieden oder unzufrieden die Internetanwender im Freistaat mit den Webseiten von Behörden und öffentlichen Einrichtungen waren sowie welche Probleme bei der Nutzung der Behördenwebseiten auftraten.

Zwei Drittel der Nutzer (66,3 Prozent) gaben an, dass Informationen auf den Webseiten einfach zu finden seien. Drei Viertel der Anwender (75,0 Prozent) waren mit der Nützlichkeit der vorhandenen Informationen auf den Seiten zufrieden. 61,0 Prozent beurteilten die Webseiten der Behörden und öffentlichen Einrichtungen als nutzerfreundlich.

Fast neun von zehn (86,8 Prozent) Anwendern hatten keine technischen Probleme bei der Nutzung der Onlineservices. Mehr als ein Drittel (36,0 Prozent) gab jedoch an, dass die auf den Webseiten angebotenen Informationen unzureichend, unklar formuliert oder veraltet waren.

Im Weiteren wurde abgefragt, welche Gründe gegen das Versenden von amtlichen Formularen über das Internet sprechen. 28,0 Prozent gaben an, dass keine Notwendigkeit bestand. Mehr als ein Drittel (34,6 Prozent) bevorzugte einen persönlichen Besuch und bei 30,4 Prozent war ein persönlicher Besuch oder die Abgabe in Papierform ohnehin erforderlich gewesen.

Jeweils acht von zehn Anwendern verneinten, dass sie mehr Vertrauen in die schriftliche Übermittlung oder Bedenken hinsichtlich des Schutzes und der Sicherheit persönlicher Daten haben.

Einkaufen im Internet (E-Commerce)⁴⁾

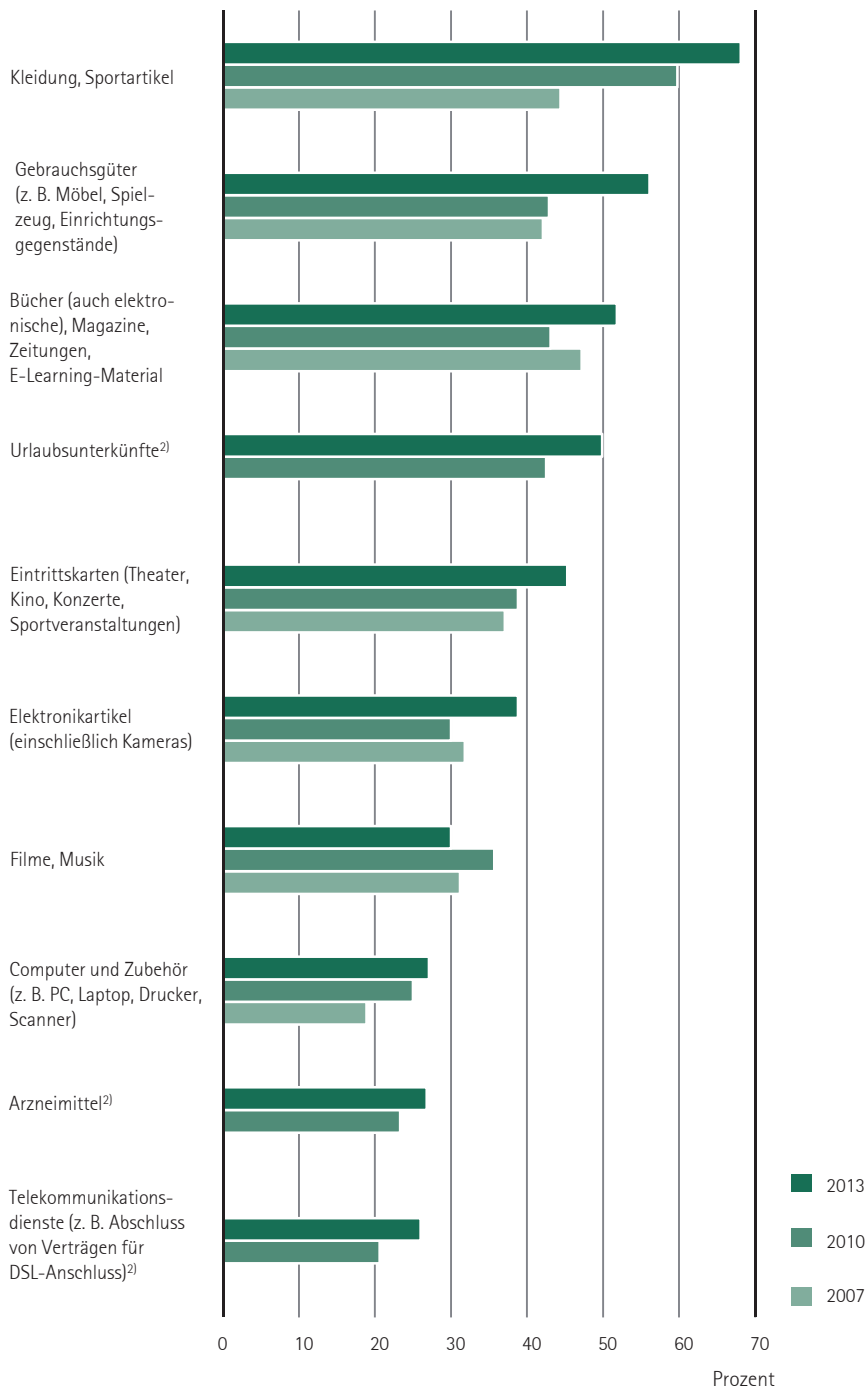
Fast acht von zehn sächsischen Internetanwendern (78,5 Prozent), die das Internet im Berichtszeitraum nutzten, kauften bzw. bestellten in den letzten 12 Monaten vor der Befragung Waren oder Dienstleistungen im Netz. Ein Jahr zuvor waren es noch 4,1 Prozentpunkte weniger. Abbildung 5 zeigt Einkäufe und Bestellungen

ausgewählter Produkte über das Internet in den Jahren 2007, 2010 und 2013.

Besonders beliebt waren 2013 beim Online-Einkauf nach wie vor Kleidung und Sportartikel (68,1 Prozent). Auf dem zweiten Rang folgten Gebrauchsgüter (z. B. Möbel, Spielzeug oder Geschirr) mit 56,1 Prozent. Stark nachgefragt wurden ebenfalls Bücher (auch elektronische), Zeitun-

4) bezogen auf Personen, die das Internet im Berichtszeitraum genutzt und innerhalb der letzten zwölf Monate Käufe oder Bestellungen über das Internet getätigt haben

Abb. 5 Einkäufe und Bestellungen über das Internet (E-Commerce) von Personen¹⁾ in Sachsen 2007, 2010 und 2013, Berichtszeitraum 1. Quartal des jeweiligen Jahres



1) Personen ab 10 Jahren, die das Internet in den letzten drei Monaten nutzten und innerhalb der letzten zwölf Monate Käufe oder Bestellungen über das Internet getätigt haben

2) wird erst seit 2009 gesondert erhoben bzw. ausgewertet

Kleidung und Sportartikel besonders häufig online bestellt bzw. gekauft

gen, Zeitschriften sowie E-Learning-Material mit 51,8 Prozent. Die Hälfte der Anwender (49,9 Prozent) buchte Urlaubsunterkünfte (z. B. Hotelreservierungen) online. Der Anteil der Kunden, die Eintrittskarten z. B. für Theater, Kino, Konzerte oder auch Sportveranstaltungen online kauften bzw. bestellten folgte mit 45,3 Prozent wie im Vorjahr auf dem fünften Rang.

Wird eine Unterscheidung der Onlinekäufer in männlich und weiblich vorgenommen, wurden alle Waren der genannten Kategorien wie auch bereits 2012 vom weiblichen Geschlecht häufiger gekauft bzw. bestellt als vom männlichen. Einen Überblick zu den geschlechterspezifischen Unterschieden im Onlinekaufverhalten zeigt die Abbildung 6.

Wie im Vorjahr bestellten oder kauften die meisten sächsischen „Online-Shopper“ 2013 bei Anbietern mit Sitz in Deutschland (93,0 Prozent). Jedoch sank der Anteil gegenüber 2012 um 4,9 Prozentpunkte. 17,0 Prozent der Kunden gaben an, bei Anbietern aus anderen EU-Ländern bestellt zu haben. Bei der Erhebung wurde nach dem Land gefragt, in dem der Verkäufer bzw. Anbieter der Waren und Dienstleistungen seinen Sitz hat. Mehrfachnennungen waren möglich.

Neu aufgenommen wurde die Frage, ob im Internet gekaufte oder bestellte Filme oder Musik

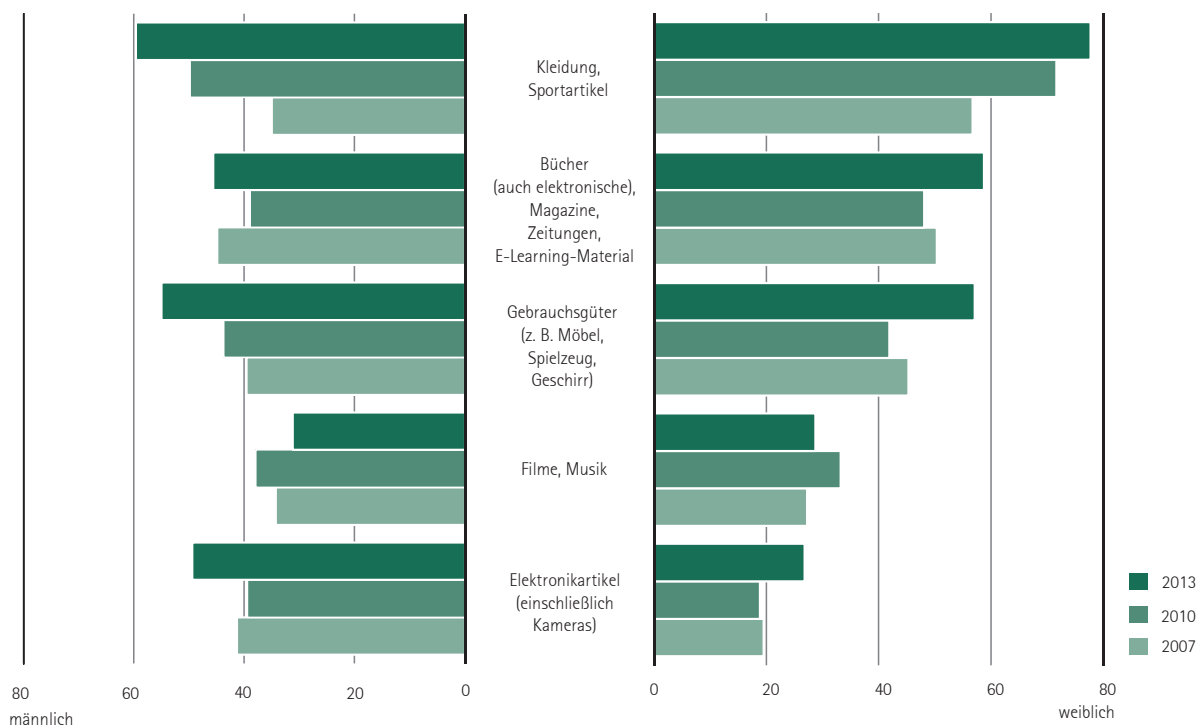
sowie Bücher (auch E-Books), Zeitungen oder E-Learning-Material kostenpflichtig aus dem Netz heruntergeladen oder per Post oder Lieferdienst zugestellt wurden. In beiden Kategorien überwog das kostenpflichtige Herunterladen (Filme oder Musik 58,8 Prozent, Bücher einschließlich E-Books, Zeitungen oder E-Learning-Material 78,0 Prozent).

Internetkenntnisse

Die IKT-Erhebung 2013 beinhaltete erstmals auch Fragen nach Kenntnissen und Fähigkeiten beim Umgang mit dem Internet.

Fast alle sächsischen Internetanwender (95,8 Prozent) haben bereits in der Vergangenheit eine Suchmaschine genutzt. Mehr als drei Viertel der Anwender (76,6 Prozent) gaben an, dass sie bereits einmal eine E-Mail mit Anhang versendet haben. Mitteilungen in Chatrooms, Newsgroups oder anderen Online-Diskussionsforen (z. B. auf Webseiten für soziale Netzwerke) wurden schon einmal von 28,7 Prozent der Anwender eingestellt. Ein knappes Viertel (23,5 Prozent) hat schon über das Internet telefoniert. Textdateien, Spiele, Bilder, Filme oder Musik wurden von einem Drittel der Anwender (32,6 Prozent) auf Webseiten hochgeladen. Etwa gleich viele Anwender (32,7 Prozent) ha-

Abb. 6 Ausgewählte gekaufte bzw. bestellte Waren über das Internet von Personen¹⁾ in Sachsen 2007, 2010 und 2013 nach Geschlecht, Berichtszeitraum 1. Quartal des jeweiligen Jahres (in Prozent)



1) Personen ab 10 Jahren, die das Internet im Berichtszeitraum genutzt und innerhalb der letzten zwölf Monate Käufe oder Bestellungen über das Internet getätigt haben

ben bereits bei ihren Tätigkeiten im Internet die Sicherheitseinstellungen ihres Internetbrowsers geändert bzw. angepasst.

Der Anteil der Internetnutzer im Freistaat, die ihre Internetkenntnisse für die Kommunikation mit Verwandten, Freunden oder Kollegen als ausreichend einstufen, lag bei 87,7 Prozent. In der Lage, ihre persönlichen Daten zu schützen, fühlten sich 62,9 Prozent. Knapp zwei Drittel (64,7 Prozent) erachteten ihre Kenntnisse für ausreichend, um ihren Computer vor Viren zu schützen.

Zusammenfassung

Die Computer- und Internetnutzung hat sich in den letzten Jahren zu einer Alltagsaktivität entwickelt. Nur jeder fünfte Sachse, der am Jah-

resende 2012 im Alter von 10 Jahren oder älter war, hatte bis zum 1. Quartal 2013 noch keinen Computer genutzt. Ein deutlicher Anstieg war bei der Ausstattung der Haushalte mit Internetzugang zu beobachten. Gegenüber 2012 wuchs der Anteil um 7,3 Prozentpunkte auf 77,6 Prozent. Immer beliebter wird das Surfen im Internet mit Handy/Smartphone. 41,1 Prozent waren im Berichtszeitraum bereits mobil online. Im Vorjahr waren es noch 35,7 Prozent. Dagegen stieg der Anteil der Haushalte mit Breitbandanschluss gegenüber 2012 nur noch geringfügig (+0,9 Prozentpunkte) auf 96,2 Prozent.

Bei den Aktivitäten und dem Einkaufsverhalten der Sachsen im Internet gab es im Vergleich zu 2012 kaum Veränderungen. Neu war die Auswertung, ob Filme, Musik, Bücher etc. kosten-

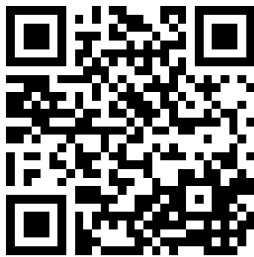
Knapp ein Drittel der Anwender hat bereits die Sicherheitseinstellungen ihres Internetbrowsers geändert

Tab. 4 Erläuterungen ausgewählter IT-Begriffe

Merkmal	Erläuterungen
Verbindungsarten und Hardware	
Breitbandverbindung	Ein Breitband-Internetzugang ermöglicht z. B. das schnelle Herunterladen von Daten und die Nutzung von Videokonferenzen in guter Qualität. Ein Breitbandzugang funktioniert beispielsweise über das Kabelmodem oder DSL.
DSL	Die „Digital Subscriber Line“ (engl. für „Digitale Teilnehmeranschlussleitung“) bezeichnet verschiedene Techniken, um über zwei bis vier Kupferadern des Telefonnetzes Daten mit hoher Datenübertragungsrate zu übertragen.
UMTS	Das „Universal Mobile Telecommunications System“ ist ein Mobilfunkstandard der dritten Generation (3G).
HSDPA	High Speed Downlink Packet Access (HSDPA) ist ein Datenübertragungsverfahren des Mobilfunkstandards UMTS. Das Verfahren ermöglicht DSL-ähnliche Datenübertragungsraten im Mobilfunknetz.
LTE	Long Term Evolution (LTE) ist ein Mobilfunkstandard der vierten Generation (3,9G-Standard), der mit bis zu 300 Megabit pro Sekunde deutlich höhere Downloadraten erreichen kann als UMTS.
WiMAX	WiMAX (Worldwide Interoperability for Microwave Access) ist eine Technologie, die breitbandiges Internet via Funk bereitstellen kann.
Hotspot	Hotspot sind öffentliche drahtlose Internetzugriffspunkte, die (oft gegen Bezahlung) für jedermann zugänglich sind. Die meisten sind im öffentlichen Raum installiert: in Restaurants, Cafés, Bibliotheken, Hotels, Krankenhäusern oder öffentlichen Plätzen (Flughäfen, Bahnhöfen usw.). Mit einem Laptop, Netbook, Tablet-Computer oder Smartphone kann man mittels der WLAN-Technologie eine Verbindung zum Internet aufbauen.
WLAN	WLAN steht für Wireless Local Area Network, ist also ein kabelloses lokales Netzwerk. WLAN wird überall dort eingesetzt, wo die Datenübertragung per Kabel nicht oder nur mit hohem Aufwand möglich wäre oder auch einfach nur aus Bequemlichkeit. Es ermöglicht z. B. innerhalb eines Hauses den Internetzugang aus jedem Raum oder sogar von der Terrasse im Garten.
Tablet-Computer	Ein Tablet-Computer (englisch tablet „Schreibtisch“, US-engl. tablet „Notizblock“) ist ein tragbarer, flacher Computer in besonders leichter Ausführung mit einem Touchscreen, anders als beim Notebook ohne ausklappbare Tastatur.
Internetaktivitäten	
Blog	Das Blog (auch: der Blog) oder auch Weblog, Wortkreuzung aus engl. Web und Log für Logbuch, ist ein auf einer Webseite geführtes und damit meist öffentlich einsehbares Tagebuch oder Journal, in dem mindestens eine Person, der Web-Logger, kurz Blogger genannt, Aufzeichnungen führt, Sachverhalte protokolliert ("postet") oder Gedanken niederschreibt.
E-Government	Unter E-Government versteht man das „elektronische Regieren und Verwalten“. Dabei handelt es sich um die Vereinfachung und Durchführung von Prozessen zur Information, Kommunikation und Transaktion innerhalb und zwischen Institutionen, Behörden, Personen, etc.
E-Learning-Material	Hierbei handelt es sich um Material für elektronisch unterstütztes Lernen. Damit sind alle Lernformen gemeint, bei denen digitale Medien zum Einsatz kommen.
Soziale Netzwerke	Ein soziales Netzwerk bzw. Social Network (deutsch: gemeinschaftliches Netzwerk) im Internet ist eine Verbindung von Menschen in einer Netzgemeinschaft. Handelt es sich um Netzwerke, bei denen die Benutzer gemeinsam eigene Inhalte erstellen, bezeichnet man diese auch als soziale Medien. Das weltweit größte soziale Netzwerk ist Facebook.

Quellen: Wikipedia.org und was-ist-wlan.de

Weitere Informationen zum Thema finden Sie hier:



pflichtig aus dem Netz heruntergeladen oder per Post zugestellt wurden. Es zeigte sich, dass sich die wenigsten Käufer oben genannte Artikel per Post oder Lieferservice zustellen ließen. Die IKT-Erhebung 2013 beinhaltete zusätzliche Fragen zum E-Government. Dabei gaben drei Viertel der Anwender an, mit der Nützlichkeit der vorhandenen Informationen auf den Webseiten von Behörden und öffentlichen Einrichtungen zufrieden zu sein. 61,0 Prozent beurteilten die Webseiten als nutzerfreundlich. Wie bereits 2012 erscheint Ende 2014 zur IT-Nutzung privater Haushalte erneut ein Faltblatt, welches in kompakter und übersichtlicher Form die wichtigsten Ergebnisse der IKT-Erhebung 2013 vorstellt.

Marcel Goldmann, Dipl.-Geogr., Fachverantwortlicher Analyse Bevölkerung, Haushalte
Bettina Koreng, Dipl.-Wirt.-Ing. (FH), Sachbearbeiterin Analyse Bevölkerung, Haushalte

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Goldmann, M; Koreng, B.: IKT-Erhebung 2012 – Computernutzung und Internetaktivitäten der sächsischen Privathaushalte. In: Statistik in Sachsen, Jahrgang 19 – 3/2013, S. 29 – 34.
- [2] Goldmann, M; Koreng, B.: Computer- und Internetnutzung privater Haushalte in Sachsen – Ergebnisse der IKT-Erhebung 2011. In: Statistik in Sachsen, Jahrgang 18 – 4/2012, S. 22 – 26.
- [3] Goldmann, M; Koreng, B.: Erhebung über private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien – IKT 2010. In: Statistik in Sachsen, Jahrgang 17 – 3/2011, S. 36 – 39.
- [4] Statistisches Bundesamt: Wirtschaftsrechnungen – Private Haushalte in der Informationsgesellschaft – Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien 2013, Fachserie 15 Reihe 4, Wiesbaden 2014.
- [5] Statistisches Bundesamt: Qualitätsbericht – Erhebung über die private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien – IKT 2013, Wiesbaden 2014.
- [6] Von Thenen, S.; Scheerbaum, P.: Mobile Internetnutzung in Deutschland und Europa 2012. In: Wirtschaft und Statistik 1/2014, S. 35 – 39.
- [7] Czajka, S.; Jechová, P.: Der Einsatz von Computer und Internet in privaten Haushalten in Deutschland – Ergebnisse der Erhebung 2011. In: Wirtschaft und Statistik 5/2012, S. 415 – 423.
- [8] Wikipedia.org und was-ist-wlan.de [Aufruf vom 20. August 2014].

Eingliederungshilfe für behinderte Menschen in Sachsen

Die Eingliederungshilfe im Rahmen des SGB XII ist einer der Hauptbestandteile der Sozialhilfe und wird deshalb statistisch sehr detailliert erfasst und abgebildet. Anlass für intensive Analysen der Eingliederungshilfe, insbesondere zur Hilfe zum selbstbestimmten Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten und zu Leistungen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen war eine Anfrage aus dem Sächsischen Staatsministerium für Soziales (SMS), verbunden mit dem Wunsch nach Bedarfsabschätzungen auf diesem Gebiet. Durch Arbeitstreffen, Informationsaustausch und angeregte Diskussionen sowohl mit dem SMS als auch dem Kommunalen Sozialverband Sachsen als dem Hauptträger der Eingliederungshilfe konnten die rein statistischen Aussagen um Hintergrundwissen ergänzt werden. Die Ergebnisse werden in diesem Artikel präsentiert und können nun zumindest im Ansatz die Frage klären, warum Sachsens Sozialhilfeausgaben im Bundesvergleich bevölkerungsbezogen am niedrigsten sind.

Vorbemerkung

Die Integration behinderter Menschen ist ein wichtiges gesellschaftliches Anliegen. Mit der UN-Behindertenrechtskonvention gibt es seit 2006 einen völkerrechtlichen Vertrag, der die Rechte behinderter Menschen zur gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben konkretisiert. Eine umfassende Betrachtung dieses Themas liefern die von der sächsischen Staatsregierung seit 1994 in jeder Legislaturperiode in Auftrag gegebenen Berichte zur Lage der Menschen mit Behinderung im Freistaat Sachsen. Im kürzlich erschienenen Fünften Bericht werden die Lebenslagen behinderter Menschen in zehn Handlungsfeldern dargestellt und analysiert. [1] Der vorliegende Artikel befasst sich nur aus dem Blickwinkel der Sozialhilfe mit diesem Thema.

Aufgaben und Entwicklung der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

Eingliederungshilfe nach SGB XII ist wichtige Komponente im Recht auf Teilhabe

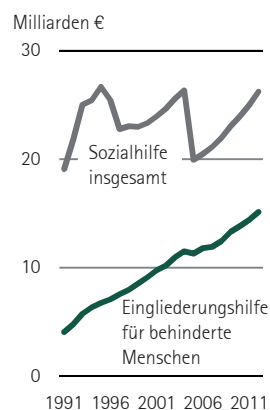
In Deutschland ist neben der Kranken- oder Rentenversicherung sowie der Bundesagentur für Arbeit die Sozialhilfe ein unverzichtbarer Leistungsträger auf diesem Gebiet. Eingliederungshilfe für behinderte Menschen im Rahmen der Sozialhilfe

wird gewährt, wenn entsprechende Leistungen nicht durch die oben genannten vorrangig verpflichteten Leistungsträger erbracht werden. Leistungsberechtigt sind alle Personen, die nicht nur vorübergehend körperlich, geistig oder seelisch behindert oder von Behinderung bedroht sind. Die Leistungen werden eingesetzt, um die Folgen einer vorhandenen Behinderung zu mildern, können aber auch vorbeugend geleistet werden, um eine drohende Behinderung zu vermeiden. Die zuvor im Bundessozialhilfegesetz (BSHG) geregelte Eingliederungshilfe für behinderte Menschen hat seit 1. Januar 2005 ihre Rechtsgrundlage im 6. Kapitel SGB XII (Sozialhilfe).

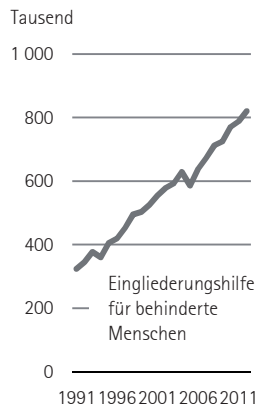
Eingliederungshilfe entwickelte sich zum größten Ausgabenposten im Rahmen der Sozialhilfe

Als einer der Hauptbestandteile der Sozialhilfe gewann die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen schon im früheren Bundesgebiet von Beginn an kontinuierlich an Bedeutung – 1963 wurden knapp 58 000 Empfänger und Bruttoausgaben von 46 Millionen € erfasst; 1990 waren es knapp 290 000 Empfänger und Bruttoausgaben von ca. 3,4 Milliarden €. Seit der Wiedervereinigung Deutschlands erfuhren die Bruttoausgaben der Eingliederungshilfe deutschlandweit einen Zuwachs um 270 Prozent von 4,1 Milliarden € 1991 auf 15,1 Mil-

Bruttoausgaben Deutschland



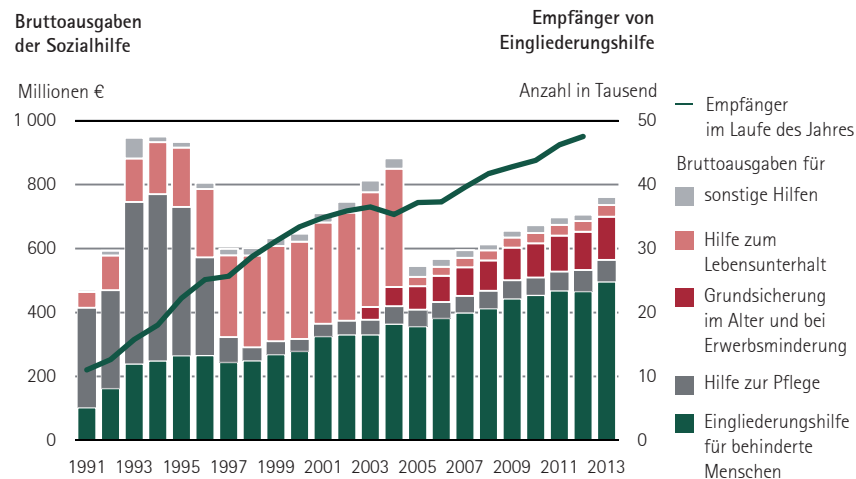
Leistungsempfänger Deutschland



Für 2013 stehen der amtlichen Statistik bei Fertigstellung des Beitrags nur Ergebnisse zu den Ausgaben zur Verfügung.

Für die Jahre 2003 bis 2005 wurden hier geschätzte, korrigierte Werte für die Ausgaben verwendet. In dieser Zeit waren die in der Statistik getrennt auszuweisenden Ausgaben für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Einrichtungen beim überörtlichen Träger zusätzlich noch als Bestandteil der Maßnahme (Eingliederungshilfe bzw. Hilfe zur Pflege) erfasst worden. Die Ausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt in Einrichtungen waren im Einführungsjahr des SGB XII 2005 ebenfalls in den meisten Fällen als Bestandteil der Maßnahme ausgewiesen worden, statt wie gefordert getrennt davon. Mehr dazu s. „Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe vor und nach Hartz IV“, Beitrag in Statistik in Sachsen, Jahrgang 15 - 2/2009.

Abb. 1 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen im Rahmen der Sozialhilfe in Sachsen 1991 bis 2013



liarden € 2012. Ihr Stellenwert innerhalb der Sozialhilfe stieg durch den enormen Rückgang der Hilfe zur Pflege nach Einführung der Pflegeversicherung und entsprechenden Leistungen zur häuslichen Pflege ab April 1995 und zur stationären Pflege ab Juli 1996. Nachdem 2005 auch noch die Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt in den allermeisten Fällen durch Leistungen nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende, „Hartz IV“) abgelöst wurden, wurde die Eingliederungshilfe zur wichtigsten Leistung der Sozialhilfe. Sie hatte im Jahr 2012 in Deutschland einen Anteil von 58 Prozent an den Gesamtbruttoausgaben der Sozialhilfe. Diese Leistungen kamen 820 944 Leistungsempfängern zugute, im ersten Jahr nach der Wiedervereinigung waren es 302 484.

2013 zahlten sächsische Sozialhilfeträger 496 Millionen € an Eingliederungshilfe aus

Die ersten statistischen Daten zu Hilfen nach dem BSHG in Sachsen stammen aus dem Jahr 1991. Mit 103 Millionen € hatte die Eingliederungshilfe damals einen Anteil von ca. 22 Prozent an den gesamten Sozialhilfebruttoausgaben. Etwa dreimal so viel wurde 1991 für Hilfe zur Pflege ausgegeben und weniger als die Hälfte für die Hilfe zum Lebensunterhalt. Bis 1996 änderte sich an der Reihenfolge dieser größten Ausgabepositionen der Sozialhilfe nichts, allerdings wurden durch beginnenden Wegfall der Hilfe zur Pflege trotz kontinuierlichem Anstieg der Hilfe zum Lebensunterhalt inzwischen schon ein Drittel der Bruttoausgaben für die Eingliederungshilfe getätigt, nur noch 38 Prozent für Hilfe zur Pflege und 27 Prozent für die Hilfe zum Lebensunterhalt. 1997 wurde nur noch jede sechste DM in der Sozialhilfe für Hilfe zur Pflege ausgegeben und schon reichlich 40 Prozent für Eingliederungshilfe. Und das, obwohl die Ausgaben der Eingliederungshilfe

(wahrscheinlich auch im Zusammenhang mit teilweiser Übernahme von Leistungen durch die Pflegeversicherung) in diesem und dem nächsten Jahr erstmals leicht rückläufig waren. Die Leistungen für Hilfe zum Lebensunterhalt waren aber weiter stark angestiegen und lagen von 1997 bis 2004 leicht über denen der Eingliederungshilfe. Nach Einführung von Hartz IV 2005 wurden die Leistungen der Eingliederungshilfe auch in Sachsen zum größten Ausgabeposten der Sozialhilfe. Seitdem werden etwa zwei Drittel der Sozialhilfebruttoausgaben als Eingliederungshilfe geleistet und seit 2007 mit ansteigender Tendenz wieder etwas über 20 Prozent für die den Lebensunterhalt sichernden Hilfen nach dem 3. und 4. Kapitel SGB XII. Dabei wurden für Hilfe zum Lebensunterhalt (3. Kapitel) meist nur um die 5 Prozent der Sozialhilfeausgaben benötigt. Der weit höhere und seitdem zweithöchste Ausgabenanteil im Rahmen der Sozialhilfe entfiel auf die 2005 ins SGB XII (Sozialhilfe) integrierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kapitel). 2013 wurden knapp 18 Prozent der Bruttoausgaben nach dem SGB XII dafür ausgezahlt, die Eingliederungshilfe lag mit 65,2 Prozent erstmals deutlich unter dem langjährigen Zweidrittelanteil. Dennoch waren die Ausgaben wiederum angestiegen auf mehr als 496 Millionen €. Wegen extrem hoher Einnahmen, durch beträchtliche Einnahmeüberhänge aus dem Vorjahr fielen allerdings die Nettoausgaben 2013 mit 396 Millionen € niedriger aus als im Vorjahr.

Empfängerzahlen und Ausgaben in Sachsen in reichlich 20 Jahren mehr als vervierfacht

Die Empfängerzahlen der Eingliederungshilfe in Sachsen stiegen seit 1991 um reichlich 330 Prozent - von ca. 11 000 im Jahr 1991 auf 47 514 Leistungsempfänger 2012. Im gleichen Zeitraum waren die Bruttoausgaben für diese Leistungen

von 103 Millionen € 1991 auf 467 Millionen € 2012 um reichlich 350 Prozent angewachsen. Bezogen auf die Einwohner Sachsens stiegen die Empfängerzahlen von 2,3 Empfängern je 1 000 Einwohner 1991 (relativ gleichmäßig) auf 11,7 je 1 000 Einwohner 2012. Die Ausgaben je Einwohner folgten diesem Aufwärtstrend (mit Ausnahmen von 1996 und 1997) – sie wuchsen von 22 € 1991 auf 115 € je Einwohner 2012 an. Die Ausgaben pro Leistungsempfänger lagen in Sachsen im Schnitt aller Jahre bei reichlich 10 000 €. Größere Schwankungen gab es vor allem in den Jahren bis 2004. Hier stiegen sie von 1991 bis 1993 von 9 300 € auf 15 200 € an und fielen dann bis 2000 auf 8 400 € zurück. Von 2004 bis 2013 lagen sie im Bereich zwischen 9 600 und 10 400 €.

Sozialhilfeträger Sachsens haben niedrigste Ausgaben im Bundesvergleich

In den Bundesländern gibt es starke regionale Differenzen in den einwohnerbezogenen Quoten für Empfänger und Ausgaben, aber auch in der Höhe der empfängerbezogenen Ausgaben in der Eingliederungshilfe. Während die einwohnerbezogene Empfängerquote in Sachsen über dem bundesdeutschen Durchschnitt liegt (2012 in Deutschland 10,2 Empfänger je 1 000 Einwohner; Sachsen 11,7), werden im Freistaat ausgabenseitig weit unterdurchschnittliche Werte nachgewiesen. Mit Ausgaben von 115 € pro Einwohner und 9 819 € pro Leistungsempfänger von Eingliederungshilfe 2012 hatte Sachsen die relativ niedrigsten Ausgaben im Vergleich aller Bundesländer (Deutschland 2012: 188 € pro Einwohner, 18 429 € pro Empfänger). Erklärend sei erwähnt, dass die Sozialhilfeträger Sachsens bei den stark kostenbeeinflussenden Faktoren wie Personalkosten und Refinanzierungsraten der Einrichtungen günstige Voraussetzungen haben. Der Freistaat Sachsen fördert investiv den Neu- und Umbau, die Sanierung sowie die Ausstattung von stationären Einrichtungen der Eingliederungshilfe. Die Förderung kann je nach Art und Zweck der Einrichtung bis zu 90 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben betragen. In der Regel erfolgt die Finanzierung durch 80 Prozent Fördermittel des Freistaates, 10 Prozent Kommunalanteil und 10 Prozent Eigenmittel der Leistungserbringer. Die Kostensätze fallen durch diesen hohen Förder- und geringen Refinanzierungsanteil im Bundesvergleich relativ gering aus.

Neuerungen mit Einführung des SGB XII

Persönliches Budget als neue Form der Leistungsgewährung gewinnt Einfluss

Deutliches Indiz für die Förderung von Selbstbe-

Tab. 1 Leistungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen in Sachsen, den Bundesländern und Deutschland

Merkmal	Empfänger im Laufe des Jahres	Brutto- ausgaben	Empfänger je 1 000 Einwohner ¹⁾	Ausgaben je Einwohner ¹⁾	Ausgaben je Empfänger
	Anzahl	Mill. €	Anzahl	€	
Sachsen von 1991 bis 2012					
1991	11 033	103	2,3	22	9 347
1992	12 644	163	2,7	35	12 894
1993	15 784	240	3,4	52	15 189
1994	18 030	249	3,9	54	13 830
1995	22 236	266	4,9	58	11 946
1996	25 142	266	5,5	58	10 594
1997	25 672	245	5,7	54	9 527
1998	28 758	250	6,4	55	8 680
1999	31 159	269	7,0	60	8 646
2000	33 408	279	7,5	63	8 354
2001	34 826	326	7,9	74	9 353
2002	35 882	331	8,2	76	9 219
2003	36 513	331	8,4	76	9 056
2004	35 327	364	8,2	85	10 309
2005	37 188	357	8,7	83	9 598
2006	37 288	382	8,7	90	10 248
2007	39 587	399	9,3	94	10 089
2008	41 719	413	9,9	98	9 899
2009	42 776	443	10,2	106	10 365
2010	43 790	454	10,5	109	10 379
2011	46 215	469	11,2	113	10 138
2012	47 514	467	11,7	115	9 819
2012 nach Bundesländern					
Baden-Württemberg	73 441	1 505	7,0	143	20 495
Bayern	128 771	2 216	10,3	178	17 210
Berlin	30 785	670	9,2	200	21 753
Brandenburg	29 751	389	12,1	159	13 061
Bremen	5 861	169	9,0	259	28 854
Hamburg	20 749	367	12,0	212	17 673
Hessen	58 282	1 128	9,7	188	19 351
Mecklenburg-Vorpommern	25 380	261	15,8	163	10 298
Niedersachsen	98 575	1 681	12,7	216	17 052
Nordrhein-Westfalen	170 033	3 952	9,7	225	23 244
Rheinland-Pfalz	34 165	792	8,6	198	23 183
Saarland	10 123	189	10,2	190	18 705
Sachsen	47 514	467	11,7	115	9 819
Sachsen-Anhalt	26 773	365	11,8	161	13 632
Schleswig-Holstein	35 654	608	12,7	217	17 063
Thüringen	25 087	370	11,5	170	14 751
Deutschland	820 944	15 129	10,2	188	18 429

1) Bevölkerung im Jahresdurchschnitt (einfacher Durchschnitt, ermittelt aus Jahresende und Jahresanfang).
Seit 2011 vorläufige Fortschreibungsergebnisse auf Basis der endgültigen Ergebnisse des Zensus 2011.

**Ein Persönliches Budget
nutzen in den Bundesländern
am Jahresende 2012**

... Prozent der Empfänger
von Eingliederungshilfe:

Rheinland-Pfalz:	11,3
Sachsen-Anhalt:	1,9
Thüringen:	1,4
Hamburg:	1,3
Baden-Württemberg:	1,2
Hessen:	1,1
Bayern:	1,0
Berlin:	1,0
Saarland:	1,0
Sachsen:	1,0
Brandenburg:	0,7
Mecklenb.-Vorpommern:	0,4
Niedersachsen:	0,4
Nordrhein-Westfalen:	0,3
Schleswig-Holstein:	0,2
Bremen:	-
Deutschland:	1,2

stimmung und Selbstständigkeit von behinderten Menschen ist die Einführung des Persönlichen Budgets als neue Form der Leistungsgewährung, welches seit 2005 mit Einführung des SGB XII auch Eingang in die Sozialhilfestatistik fand. Nach Schaffung der gesetzlichen Grundlage in § 17 SGB IX 2001 und Modellvorhaben von 2004 bis 2007 besteht seit 1. Januar 2008 in der Bundesrepublik Deutschland ein Rechtsanspruch auf das Persönliche Budget. Hierbei werden laufende Geldleistungen monatlich im Voraus gezahlt, über deren Verwendung der Leistungsberechtigte im Rahmen festgelegter Kriterien und Auflagen frei entscheiden kann. Grundlage ist eine Zielvereinbarung zwischen dem Berechtigten und dem Leistungsträger, die die individuellen Förder- und Leistungsziele sowie die zu erbringenden Nachweise für die Bedarfsdeckung und die Qualitätssicherung enthält. Nach Einzelfällen in der Einführungsphase des Persönlichen Budgets erhielten am Jahresende 2007 bereits 77 behinderte Menschen in Sachsen diese Leistung. Ende 2012 wurden 418 Persönliche Budgets gewährt, 176 mehr als ein Jahr zuvor. Bundesweit ist allerdings seit Jahren Rheinland-Pfalz Vorreiter mit den meisten Fällen und Erfahrungen aus verschiedenen Modellprojekten. Am Jahresende 2012 wurden dort 3 248 Budgets im Rahmen der Eingliederungshilfe erfasst, damit nutzten hier 11,3 Prozent der Empfänger von Eingliederungshilfe diese Leistungsform, im Bundesdurchschnitt waren es 1,2 Prozent. In 8 der 16 Bundesländer, darunter Sachsen, nahm etwa ein Prozent der Leistungsempfänger ein Persönliches Budget in Anspruch, in 5 Bundesländern wurde es deutlich unter einem halben Prozent bzw. gar nicht genutzt.

Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft seit 2005 besser in Statistik abgebildet

Die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen wird erst seit Einführung des SGB XII tiefer strukturiert erfasst. Insbesondere die Hilfen auf dem Gebiet der Teilhabe behinderter Menschen am Leben in der Gemeinschaft mit einem hohen Stellenwert für die Leistungsberechtigten und Leistungsträger werden seitdem in verschie-

dene Teilhabebereiche untergliedert gesondert ausgewiesen. Bis 2004 wurden die in diesen Bereich fallenden Leistungen bis auf die heilpädagogischen Leistungen für Kinder als sonstige Eingliederungshilfen zusammengefasst.

Die wichtigsten Leistungsarten der Eingliederungshilfe werden in Tabelle 2 dargestellt. Nicht enthalten sind Leistungsbereiche, die nur ganz vereinzelte Empfängerzahlen aufweisen. Auch im Teilhabebereich selbst wurden die seltener gewährten Hilfearten, wie z. B. Hilfsmittel, Hilfen zur Förderung der Verständigung mit der Umwelt und Hilfe bei Beschaffung, Ausstattung und Erhaltung einer Wohnung hier weggelassen. Sichtbar wird, dass sowohl Ausgaben als auch Empfängerzahlen von zwei wichtigen Leistungsbereichen dominiert werden - den Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft und den Leistungen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen, die 2012 in Sachsen 60 bzw. 32 Prozent der Ausgaben beanspruchten. 65 Prozent der Empfänger nahmen Teilhabeleistungen in Anspruch und fast jeder dritte Werkstattleistungen, wobei beide Leistungen oft auch gleichzeitig gewährt werden. So nahmen z. B. 41 Prozent der Empfänger von Werkstattleistungen auch Teilhabeleistungen zum Wohnen in Anspruch und 42 Prozent der behinderten Menschen, die Leistungen zum betreuten Wohnen erhielten, besuchten ein Werkstatt für behinderte Menschen.

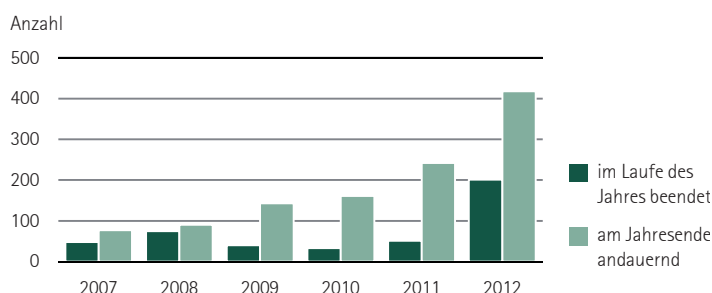
Die Hilfen zu einem selbstbestimmten Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten spielen im Teilhabebereich eine herausragende Rolle. Von hoher Bedeutung sind hier aber auch die heilpädagogischen Leistungen für Kinder, die 2012 immerhin ein Viertel der Leistungsberechtigten stellten, und 11 Prozent der Bruttoausgaben der Eingliederungshilfe beanspruchten.

Hilfe zu selbstbestimmtem Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten

Leistungen in betreuten Wohnmöglichkeiten verursachen die höchsten Kosten

16 037 Personen, ein reichliches Drittel der Empfänger von Eingliederungshilfe in Sachsen erhielten 2012 Leistungen in betreuten Wohnmöglichkeiten. Hierfür wurden 210,6 Millionen € ausgegeben, das waren 45 Prozent der Bruttoausgaben der Eingliederungshilfe in Sachsen. 2013 waren es 239,8 Millionen € mit einem Anteil von 48 Prozent. Der überwiegende Teil der Ausgaben (2012 fast 91 Prozent, 2013 über 92 Prozent) wurde für die stationären Hilfen zum Wohnen in Einrichtungen für behinderte Menschen bzw. diesen angegliederten Au-

Abb. 2 Persönliche Budgets der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen in Sachsen



Benwohngruppen verwendet. Dabei gab es lt. interner Statistik des Kommunalen Sozialverbandes Sachsen (KSV)¹⁾ keine nennenswerten Kapazitätszuwächse bei stationären Wohnrichtungen. In den letzten Jahren sank dadurch der Anteil der Wohnheimplätze von 64,3 Prozent 2006 auf 51,2 Prozent 2013. Der Anteil der Plätze in Außenwohngruppen, die ebenso wie das Wohnheim eine ganzheitliche Betreuung für die Hilfebedürftigen realisieren, stieg im gleichen Zeitraum von 9,5 Prozent auf 13,3 Prozent. Der Kapazitätsanteil des ambulant betreuten Woh-

nens wuchs von 26,1 Prozent auf 35,5 Prozent. Die Landesarbeitsgemeinschaft Sozialplanung orientiert auch weiterhin auf eine Bedarfsdeckung durch niedrigschwelligere Angebote. [2]

Tendenz zur Ambulantisierung der Hilfen in betreuten Wohnmöglichkeiten

Ambulante Wohnformen, in denen behinderte Menschen in ihrer eigenen Wohnung oder einer Wohngemeinschaft leben und dort betreut werden, bieten und erfordern mehr Selbstständigkeit. Die Leistungsgewährung für die einzelnen

1) Daten der Belegungsstatistik des KSV Sachsen jeweils zum Jahresende aus der Statistik Wohnen.

Tab. 2 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen in Sachsen

Hilfeart ¹⁾	2008	2009	2010	2011	2012	
					absolut	Anteil in %
Bruttoausgaben (in 1 000 €)						
Insgesamt	412 959	443 364	454 476	468 543	466 549	100
darunter						
Leistungen zur medizinischen Rehabilitation	266	562	339	421	631	0,1
Leistungen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen	125 658	131 464	135 954	141 992	148 437	31,8
Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft	249 443	270 750	276 238	286 836	280 630	60,2
darunter						
heilpädagogische Leistungen für Kinder	44 608	46 571	48 534	49 271	50 702	10,9
Hilfen zum Erwerb praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten	12 930	13 609	14 911	15 570	15 904	3,4
Hilfe zu selbstbestimmtem Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten	190 434	209 220	211 167	220 119	210 600	45,1
Hilfen zur Teilhabe am gemeinschaftlichen und kulturellen Leben	1 168	1 199	1 451	1 782	2 687	0,6
Hilfe zu einer angemessenen Schulbildung	26 530	30 074	31 224	30 422	30 881	6,6
Sonstige Leistungen der Eingliederungshilfe	10 463	10 136	10 290	8 314	6 043	1,3
darunter in Einrichtungen	386 771	412 461	420 438	433 710	425 583	91,2
Empfänger im Laufe des Jahres						
Insgesamt	41 719	42 776	43 790	46 215	47 514	100
darunter						
Leistungen zur medizinischen Rehabilitation	1 805	1 985	2 213	3 316	3 501	7,4
Leistungen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen	13 957	14 418	14 803	15 125	15 415	32,4
Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft	25 584	28 239	29 082	29 611	30 730	64,7
darunter						
heilpädagogische Leistungen für Kinder	10 118	12 043	12 192	11 794	11 854	24,9
Hilfen zum Erwerb praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten	1 028	1 008	1 045	1 071	990	2,1
Hilfe zu selbstbestimmtem Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten	13 353	14 123	14 761	15 052	16 037	33,8
Hilfen zur Teilhabe am gemeinschaftlichen und kulturellen Leben	1 168	1 310	1 275	1 920	2 320	4,9
Hilfe zu einer angemessenen Schulbildung	5 243	4 668	4 572	5 039	4 988	10,5
Sonstige Leistungen der Eingliederungshilfe	1 908	1 001	901	609	4 726	9,9
darunter in Einrichtungen	29 723	30 609	31 713	32 703	33 625	70,8

1) Empfänger mehrerer Leistungen werden bei jeder Hilfeart gezählt, im Insgesamt sind Mehrfachzählungen nur insoweit ausgeschlossen, als sie aufgrund der Meldung erkennbar waren.

Der Kommunale Sozialverband Sachsen (KSV) ist als überörtlicher Träger sachlich zuständig für Leistungen nach dem SGB XII an Hilfeempfänger im Alter von 18 bis unter 65 Jahren. Genannt seien im Zusammenhang mit diesem Artikel vor allem die stationären und teilstationären Leistungen nach dem SGB XII sowie Leistungen des ambulant betreuten Wohnens und alle weiteren Leistungen dort für Leistungsberechtigte der Eingliederungshilfe nach § 53 Abs. 1 SGB XII.

In der amtlichen Statistik werden weder Außenwohngruppen noch abWflex gesondert erfasst. Die Außenwohngruppen werden auf Grund ihres ganzheitlichen Betreuungskonzeptes mit als Wohnform in Einrichtungen erfasst, abWflex als ambulante Wohnform zählt zu den Leistungen außerhalb von Einrichtungen.

Hilfereiche (Lebensunterhalt, Eingliederungsmaßnahmen, evtl. Pflege) erfolgt hier unabhängig voneinander. In der Regel wird ambulant betreutes Wohnen bei einem niedrigeren Betreuungsbedarf in Anspruch genommen. Insbesondere Körperbehinderte, aber auch Menschen mit einer chronisch psychischen Behinderung bevorzugen diese Form des betreuten Wohnens. [1] Dabei bietet das sogenannte abWflex (ambulant betreutes Wohnen mit flexibleren Zugangsvoraussetzungen) im Rahmen des Maßnahmekonzeptes des KSV zur Steuerung des ambulant betreuten Wohnens durch einen höheren Betreuungsschlüssel als sonst ambulant üblich eine weitere Alternative gegenüber der Unterbringung in einer Einrichtung. Die amtliche Statistik unterscheidet das betreute Wohnen nach der Leistungsgewährung „außerhalb von Einrichtungen“ bzw. „in Einrichtungen (inklusive Außenwohngruppen)“. Die Verlagerung von Kapazitäten aus den Wohnheimen in die Außenwohngruppen kann damit hier nicht nachgewiesen werden. Die Entwicklung der Empfängerzahlen und Ausgaben der letzten Jahre widerspiegeln jedoch die Tendenz zur Ambulantisierung des betreuten Wohnens. Der Anteil der Leistungsempfänger außerhalb von Einrichtungen stieg von 30,7 Prozent im Laufe des Jahres 2008 auf 36,4 Prozent 2012. Der entsprechende Ausgabenanteil stieg im gleichen Zeitraum von 6,5 auf 9,2 Prozent. Die stetige Erhöhung der Ausgaben je Empfänger im ambulanten Bereich des betreuten Wohnens könnte ein Indiz für eine verstärkte Nutzung auch von Personen mit höherem Betreuungsbedarf sein.

Da ein Teil der betreuten Wohnmöglichkeiten nur kurzfristig in Anspruch genommen werden, sind zur Beurteilung der langfristigen Entwicklung der Empfängerzahlen stichtagsbezogene Daten zum jeweiligen Jahresende aussagefähiger. Diese zeigen ebenfalls in beiden Bereichen des betreuten Wohnens steigende Empfängerzahlen. Der Anstieg im stationär betreuten Wohnen verläuft jedoch gemäßiger, der Anteil von Empfängern in Einrichtungen nimmt ab.

Ambulante Wohnformen werden insbesondere von jüngeren Menschen bevorzugt

Bei einer Betrachtung der Empfängerzahlen von Hilfen zum selbstbestimmten Wohnen in den einzelnen Altersgruppen zeigt sich, dass behinderte Menschen mit Eintritt ins Erwachsenenalter relativ häufig betreute Wohnformen nutzen und dabei die Betreuung außerhalb von Einrichtungen eine größere Rolle spielt als bei Älteren (s. auch Tab. 4). Im Lebensalter von 33 bis 40 Jahren gab es 2012 weniger Menschen in betreuten Wohnformen als in den Altersjahren von 25 bis 32. Letzteres liegt nicht nur am sogenannten Pillenknick, denn auch bei der bevölkerungsbezogenen Quote, die Schwankungen der Einwohnerzahlen ausgleicht, ist diese Tendenz sichtbar. Die meisten Empfänger (am Jahresende 2012 jeweils ca. 400) befanden sich im Alter von 48 bis 53 Jahren. In dieser Lebensphase kommen evtl. neue Leistungsempfänger dadurch hinzu, dass ihre Eltern sich aus Altersgründen nicht mehr im Stande sehen, die Versorgung weiterhin allein zu gewährleisten. Das betreute Wohnen in Einrichtungen war in diesen Altersjahren doppelt so oft vertreten wie ambulante Wohnformen. Ab einem Alter von 54

Tab. 3 Empfänger und Ausgaben für Hilfen zum selbstbestimmten Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten in Sachsen

Merkmal	2008	2009	2010	2011	2012
Empfänger im Laufe des Jahres					
Insgesamt	13 353	14 123	14 761	15 052	16 037
Außerhalb von Einrichtungen	4 109	4 551	4 840	5 163	5 832
In Einrichtungen	9 245	9 577	9 925	9 896	10 447
Bruttoausgaben in 1 000 €					
Insgesamt	190 434	209 220	211 167	220 119	210 600
Außerhalb von Einrichtungen	12 296	13 276	14 493	15 931	19 286
In Einrichtungen	178 137	195 944	196 674	204 187	191 315
Ausgaben je Empfänger in €					
Insgesamt	14 262	14 814	14 306	14 624	13 132
Außerhalb von Einrichtungen	2 992	2 917	2 995	3 086	3 307
In Einrichtungen	19 268	20 460	19 816	20 633	18 313

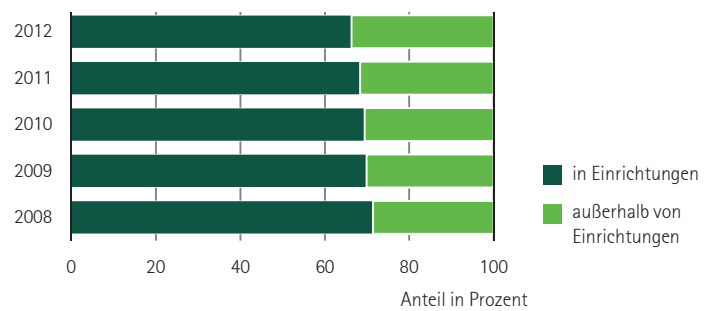
Jahren bis 61 Jahren gab es jeweils nur noch 350 bis 300 Leistungsempfänger. Danach, ab Geburtsjahrgang 1950 wurden immer weniger Empfänger mit Teilhabeleistungen zum Wohnen gezählt, sie sinkt schnell auf unter 100 Personen je Altersjahrgang. Es gab insgesamt nur noch 97 behinderte Menschen in betreuten Wohnformen, die bereits das 80. Lebensjahr erreicht hatten. Außer des „Euthanasieprogrammes“ des Naziregimes spielt hier auch die früher geringere Lebenserwartung behinderter Menschen eine Rolle.

Bedarf an betreutem Wohnen schon frühzeitig höher und im Alter länger anhaltend

Während 2008 nur knapp 42 von 10 000 der 20- bis unter 60-Jährigen Leistungen des betreuten Wohnens in Anspruch nahmen, waren es 2012 über 50. Die höchste altersspezifische Quote wurde 2012 für 32-Jährige mit mehr als 65 Leistungsempfängern von 10 000 Einwohnern errechnet. Bei den Leistungsempfängern von 25 bis 32 Jahren (außer 26-Jährigen) und denen von 49 bis 53 Jahren (außer 50-Jährigen) traten dabei Quoten von über 60 auf. 33 der 35 Altersjahrgänge von 24 bis 58 Jahren erreichten Quoten über 50.

2008 hatten 49-Jährige mit reichlich 55 von 10 000 Einwohnern die höchste Quote bei Leis-

Abb. 3 Empfänger von Hilfen zum selbstbestimmten Wohnen in betreuten Wohnmöglichkeiten am Jahresende 2008 bis 2012



tungen des betreuten Wohnens. Quoten über 50 wurden nur neunmal bei den Altersjahrgängen zwischen 44 und 54 Jahren und viermal im Alter zwischen 26 und 31 Jahren errechnet. Die Abbildung 5 zeigt, dass sich die Quoten auf erhöhtem Niveau mit jedem Berichtsjahr in höhere Altersjahre verschieben.

Leistungen zum betreuten Wohnen in den Landkreisen Görlitz und Nordsachsen besonders hoch

In den Kreisfreien Städten und Landkreisen Sachsens werden Leistungen zum betreuten Wohnen sehr unterschiedlich genutzt. Das betrifft sowohl die Anzahl der gewährten Leistungsfälle in Bezug zu den Einwohnern als auch die Form der Leistung

Abb. 4 Empfänger von Hilfen zum selbstbestimmten Wohnen in betreuten Wohnmöglichkeiten am Jahresende 2012

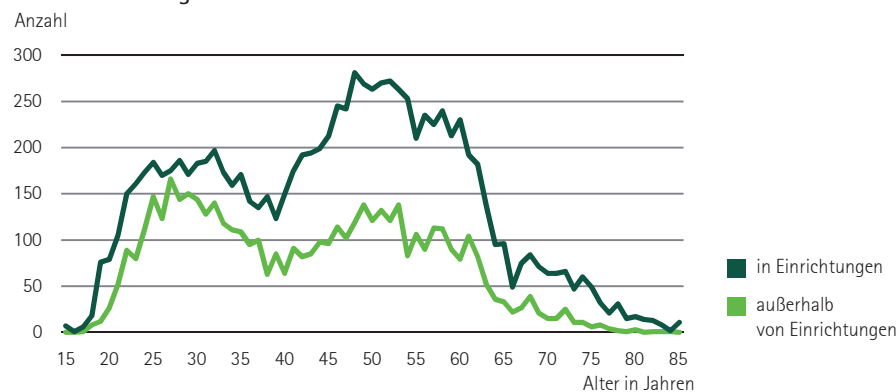
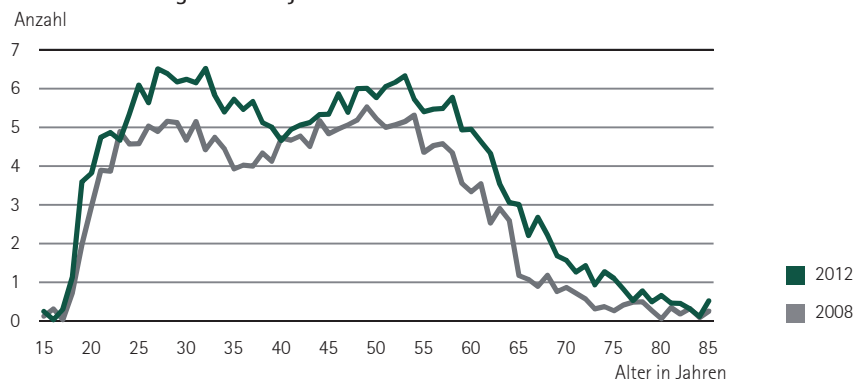


Abb. 5 Empfänger von Hilfen zum selbstbestimmten Wohnen in betreuten Wohnmöglichkeiten je 1 000 Einwohner am Jahresende 2008 und 2012



Leistungen in betreuten
Wohnmöglichkeiten
nutzen in den Bundesländern
am Jahresende 2012
... von 10 000 Einwohnern:

Hamburg:	73
Nordrhein-Westfalen:	53
Mecklenb.-Vorpommern:	50
Schleswig-Holstein:	50
Sachsen-Anhalt:	49
Berlin:	49
Hessen:	47
Niedersachsen:	44
Brandenburg:	43
Bremen:	39
Thüringen:	38
Sachsen:	36
Saarland:	32
Baden-Württemberg:	30
Bayern:	29
Rheinland-Pfalz:	22
Deutschland:	42

als stationäre oder ambulante Betreuung. Ein Anstieg der Leistungsfälle ist aber beim Vergleich der Jahre 2008 und 2012 in allen Kreisen zu beobachten. In allen Kreisfreien Städten und Landkreisen liegt der Anstieg des ambulant betreuten Wohnens über dem in stationären Wohnformen. In den Kreisfreien Städten Chemnitz und Leipzig werden mehr ambulante als stationäre Wohnangebote genutzt. In der Kreisfreien Stadt Dresden und allen Landkreisen überwiegen die Empfänger in Einrichtungen. Besonders viele Leistungsempfänger konzentrieren sich in den Landkreisen Görlitz, Bautzen und Nordsachsen, wo es oft schon historisch gewachsen sehr viele Einrichtungen für behinderte Menschen gibt. Da bis zum 65. Lebensjahr der überörtliche Träger die Leistung erbringt und danach der örtliche Träger, in dessen Zuständigkeitsbereich die behinderten Menschen vor der Unterbringung im Wohnheim lebten, entstehen für die Sozialhilfeträger der betroffenen Landkreise keine finanziellen Nachteile.

Quote für Sachsen liegt leicht unter dem Bundesdurchschnitt

Unter Berücksichtigung aller Empfänger von Hilfen zum selbstbestimmten Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten erhielten am Jahresende 2012 in Sachsen 36 von 10 000 Einwohnern entsprechende Leistungen, im Bundesdurchschnitt waren es 42. Die bevölkerungsbezogenen meisten Leistungen dieser Art wurden in Hamburg, die wenigsten in Rheinland-Pfalz gewährt.

Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen

Leistungen in Behindertenwerkstätten nehmen trotz Inklusionsbestrebungen weiterhin zu

Die Arbeit in einer Behindertenwerkstatt ist eine Maßnahme für behinderte Menschen, die zwar Arbeitsleistungen erbringen können, aber

Tab. 4 Empfänger von Hilfen zum selbstbestimmten Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten
in Sachsen am Jahresende 2008 und 2012 nach dem Wohnsitz

Kreisfreie Stadt Landkreis	Anzahl						Veränderung 2012 gegenüber 2008 in %			Je 10 000 Einwohner	
	insgesamt		außerhalb von Einrichtungen		in Einrichtungen		ins- gesamt	außerhalb von Einrichtungen	in	2008	2012
	2008	2012	2008	2012	2008	2012					
Alter											
	2008	2012	2008	2012	2008	2012				2008	2012
Insgesamt											
Chemnitz, Stadt	531	737	252	425	279	312	38,8	68,7	11,8	22	31
Erzgebirgskreis	842	1 079	196	401	646	678	28,1	104,6	5,0	22	30
Mittelsachsen	937	1 026	254	287	683	739	9,5	13,0	8,2	28	32
Vogtlandkreis	678	774	150	228	528	546	14,2	52,0	3,4	27	33
Zwickau	901	1 090	306	446	595	644	21,0	45,8	8,2	26	33
Dresden, Stadt	902	1 225	340	583	562	642	35,8	71,5	14,2	18	23
Bautzen	1 076	1 242	174	226	902	1 016	15,4	29,9	12,6	33	40
Görlitz	1 513	1 800	326	443	1 187	1 357	19,0	35,9	14,3	53	68
Meißen	594	696	205	230	389	466	17,2	12,2	19,8	23	28
Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	623	728	188	253	435	475	16,9	34,6	9,2	24	30
Leipzig, Stadt	1 586	1 691	775	900	811	791	6,6	16,1	-2,5	31	32
Leipzig	802	923	135	173	667	750	15,1	28,1	12,4	30	36
Nordsachsen	772	872	138	198	634	674	13,0	43,5	6,3	37	44
außerhalb Sachsens	510	659	64	106	446	553	29,2	65,6	24,0	x	x
Insgesamt	12 267	14 542	3 503	4 899	8 764	9 643	18,5	39,9	10,0	29	36
darunter im Alter von ... bis unter ... Jahren											
unter 20	179	144	29	21	150	123	-19,6	-27,6	-18,0	3	2
20 - 40	4 589	5 351	1 469	2 182	3 120	3 169	16,6	48,5	1,6	44	56
40 - 60	6 245	6 697	1 684	2 095	4 561	4 602	7,2	24,4	0,9	48	56
60 - 85	1 242	2 313	321	599	921	1 714	86,2	86,6	86,1	11	20
85 und mehr	12	37	-	2	12	35	208,3	-	191,7	1	3

Tab. 5 Empfänger und Ausgaben für Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen

Merkmal	2008	2009	2010	2011	2012
Sachsen					
Ausgaben in 1 000 €	125 658	131 464	135 954	141 992	148 437
Empfänger im Laufe des Jahres	13 957	14 418	14 803	15 125	15 415
Ausgaben je Empfänger in €	9 003	9 118	9 184	9 388	9 629
Empfänger am Jahresende	13 501	13 954	14 318	14 597	14 914
Empfänger je 10 000 Einwohner	32	33	35	36	37

behinderungsbedingt keine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt finden.

Am Jahresende 2012 gab es in Sachsen 14 914 behinderte Menschen, die durch Leistungen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen unterstützt wurden. Im Laufe des Jahres 2012 wurden insgesamt 15 415 dieser Hilfen gewährt. Sowohl 2012 als auch 2013 wurden dafür 148 Millionen € durch die Träger der Sozialhilfe ausgezahlt. Pro Leistungsfall wurden damit 2012 durchschnittlich 9 630 € ausgegeben. 2008 waren für die 13 957 Leistungsfälle durchschnittlich 9 003 € ausgegeben worden, insgesamt 126 Millionen €. Am Jahresende wurden damals 13 501 Leistungsempfänger gezählt. Die Bruttoausgaben nahmen demzufolge in diesem Zeitraum um 18 Prozent zu und die Anzahl der Leistungsempfänger am Jahresende stieg um reichlich 10 Prozent.

Mehr Ältere in Werkstätten für behinderte Menschen als zuvor

Von den am Jahresende 2012 in einer Behindertenwerkstatt unterstützten Beschäftigten waren 14 528 in einem Alter zwischen 20 und 60 Jahren. Behinderte junge Menschen im Alter von 18 und 19 Jahren sind (u. a. durch Maßnahmen zur Berufsausbildung) dort relativ selten anzutreffen, ebenso wie ab 60-Jährige. Die meisten Leistungsempfänger (über 400 pro Altersjahrgang) gab es 2012 im Alter von 23 bis 35 Jahren. Bei den 36- bis 45-Jährigen waren es jeweils nur wenig über 300 (39-Jährige – nur 276) und damit weniger als

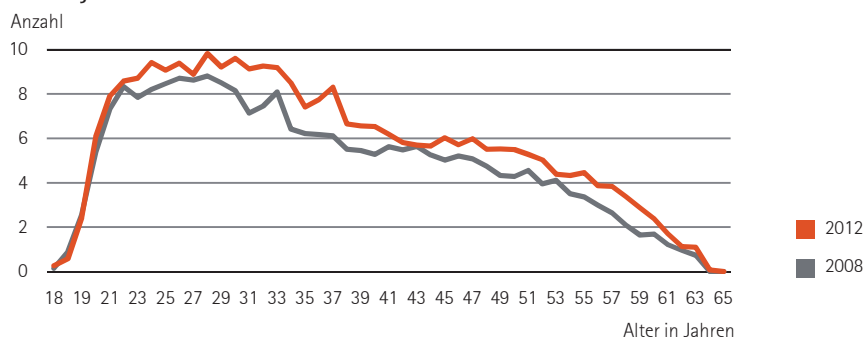
in den 6 Altersjahrgängen unmittelbar danach. Ab dem 52. Lebensjahr ging 2012 die Anzahl der Werkstattbeschäftigten pro Altersjahr mit kleineren Schwankungen immer weiter zurück.

Beim Betrachten verschiedener Altersgruppen zeigt sich jedoch, schon beim Vergleich zwischen dem Jahresende 2012 und 2008, dass immer mehr ältere Menschen das Angebot einer geschützten Werkstattbeschäftigung nutzen. Während die Anzahl der Werkstattnutzer unter 40 Jahren in diesem Zeitraum um 8 Prozent stieg, waren es bei über 40-Jährigen 14 Prozent. Betrachtet man nur die über 50-Jährigen, so waren es 2012 34 Prozent mehr. Die Anzahl der wenigen über 60-Jährigen ist um über 100 Prozent gestiegen – von 272 auf 545 Personen.

Bevölkerungsbezogene Quoten in den einzelnen Altersjahren ebenfalls gestiegen

Im Normalfall arbeiten behinderte Menschen frühestens vom 18. Lebensjahr bis maximal zum Erreichen der Regelaltersgrenze in einer geschützten Werkstatt. Während am Jahresende 2008 noch 51 von 10 000 Einwohnern Sachsens in dieser Altersgruppe dort einer unterstützten Beschäftigung nachgingen, waren es am Jahresende 2012 bereits 60. Die höchsten Werkstattquoten mit nicht unerheblichen Schwankungen waren bei 22- bis 34-Jährigen (2008) bzw. 22- bis 38-Jährigen (2012) zu verzeichnen. Auffällig ist die relativ hohe Werkstattnutzung von Personen des Geburtsjahrgangs 1974 im Gegensatz zu denen der Jahrgänge 1975 und

Abb. 6 Empfänger von Leistungen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen je 1 000 Einwohner am Jahresende 2008 und 2012



Leistungen in Werkstätten
für behinderte Menschen
nutzen in den Bundesländern
am Jahresende 2012

... von 10 000 Einwohnern:	
Mecklenb.-Vorpommern:	48
Sachsen-Anhalt:	45
Thüringen:	42
Brandenburg:	40
Schleswig-Holstein:	37
Sachsen:	37
Nordrhein-Westfalen:	36
Niedersachsen:	35
Rheinland-Pfalz:	31
Saarland:	31
Hessen:	27
Baden-Württemberg:	27
Bayern:	25
Hamburg:	23
Berlin:	23
Bremen:	12
Deutschland:	32

1976. Die Quoten aller Altersjahrgänge ab dem 21. Lebensjahr liegen 2012 höher als 2008 und verschieben sich nach hinten, woran sich eine verstärkte und längere Werkstattnutzung zeigt.

Sachsen hat mehr Leistungsempfänger in anerkannten Werkstätten als der Bundesdurchschnitt

Am Jahresende 2012 besuchten bundesweit durchschnittlich 32 von 10 000 Einwohnern eine Werkstatt für behinderte Menschen. Sachsen lag bei der Quote von Empfängern von Werkstattleistungen wie alle anderen neuen Bundesländer sowie Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen über dem Bundesdurchschnitt. Die meisten Leistungen in Werkstätten wurden in Mecklenburg-Vorpommern genutzt (48 je 10 000 Einwohner), die wenigsten in Bremen (12 je 10 000 Einwohner) sowie in allen weiteren Stadtstaaten.

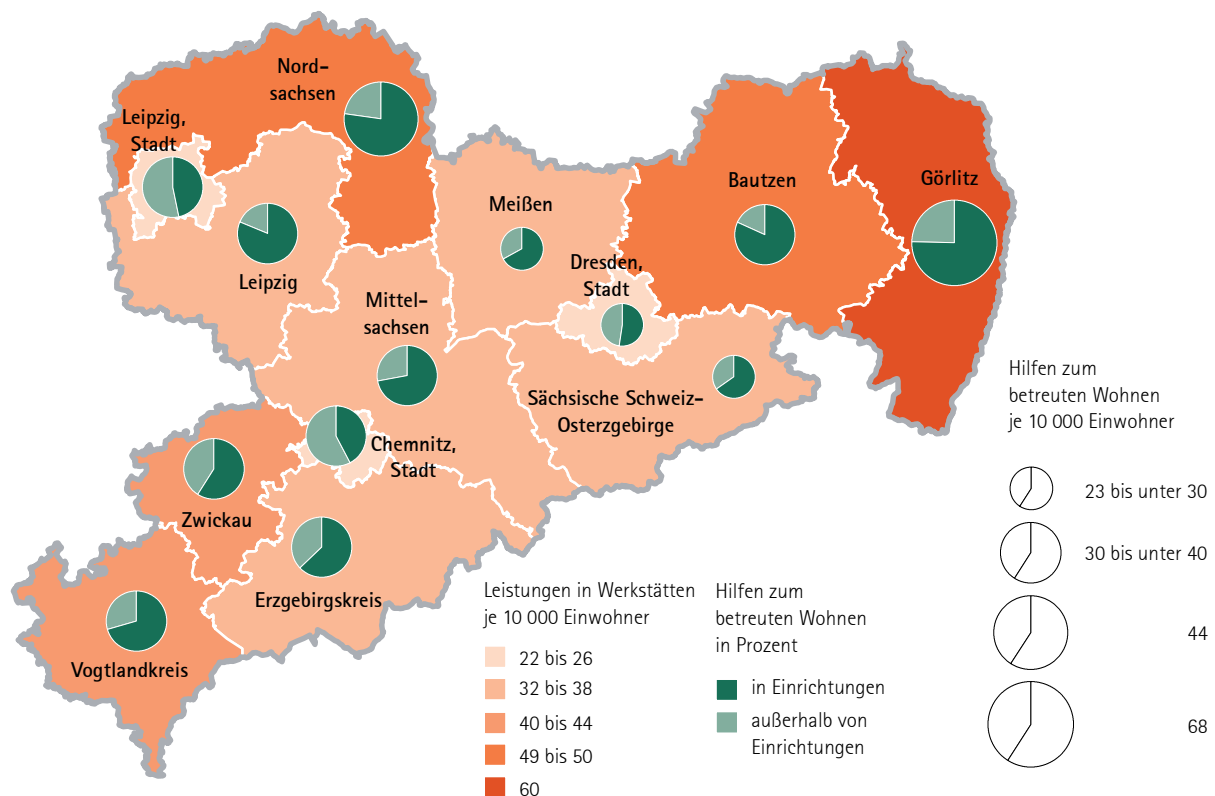
Werkstätten oft in Verbindung mit Wohn-einrichtungen

Auch in Sachsen wurden in den Großstädten weniger Eingliederungsleistungen in Werkstätten gewährt als in ländlichen Gebieten. Alle drei Kreisfreien Städte wiesen am

Jahresende 2012 weit unter dem Sachsen-durchschnitt liegende Empfängerquoten auf (Leipzig: 22, Dresden: 23, Chemnitz: 26). Im Landkreis Görlitz erhielten dagegen 60 von 10 000 Einwohnern Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen, im Landkreis Bautzen 50 und im Landkreis Nordsachsen 49. In diesen drei Landkreisen gab es auch die meisten Empfänger von Leistungen in betreuten Wohneinrichtungen. Dabei war der Anteil von Leistungen zum Wohnen in Einrichtungen in diesen Kreisen auch sehr hoch. Oft gibt es eine Kopplung von Wohnheimen mit Werkstätten von behinderten Menschen.

Werkstätten für behinderte Menschen werden jedoch nur zu einem Teil von Personen genutzt, die gleichzeitig auch Teilhabeleistungen zum Wohnen erhalten. Von den 14 914 unterstützten Werkstattbeschäftigten in Sachsen am Jahresende 2012 erhielten 4 427 Leistungen zum betreuten Wohnen in einer Einrichtung und 1 635 von ihnen wurden durch ambulante Angebote zum Wohnen betreut. 8 852 behinderte Menschen (fast 60 Prozent der Werkstattgänger) kamen aus einem sozialen Umfeld in die Werkstatt, in dem keine Leistungen zum betreuten Wohnen durch die Sozialhilfeträger gewährt wurden.

Abb. 7 Empfänger von Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen und von Hilfen zum selbstbestimmten Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten in Sachsen
Gebietsstand: 1. Januar 2014



Kartengrundlage: Verwaltungsgrenzen, © GeoSN 2014

Zukünftige Entwicklung

Bedarfsabschätzung für betreutes Wohnen gestaltet sich schwierig

Zunehmend erreichen Behinderte mit entsprechendem Hilfebedarf das Rentenalter. Einerseits liegt das an der gestiegenen Lebenserwartung, die auch behinderten Menschen unterstellt werden kann, andererseits fielen bis 1945 geborene Menschen mit geistiger Behinderung meist den nationalsozialistischen Euthanasie-Morden zum Opfer.

Es ist anzunehmen, dass Behinderte in betreuten Wohnmöglichkeiten entsprechende Hilfen auch lebenslang benötigen (evtl. systemübergreifend in Kombination mit Pflege- und anderen Leistungen). So wird ein wachsender Bedarf an Plätzen in betreuten Wohnmöglichkeiten in den nächsten Jahren hauptsächlich auf über 65-Jährige zurückzuführen sein. Damit ändert sich der Bedarf auch inhaltlich, da Tagesstrukturen (Werkstatt für behinderte Menschen) wegfallen und möglicherweise die Pflege in den Vordergrund tritt. Entsprechende Handlungsempfehlungen veröffentlichte der Landespflegeausschuss des Freistaates Sachsen schon 2011. [3]

Bereits in den letzten fünf Jahren (2007 bis 2012) hat sich die Anzahl der ab 65-Jährigen mit Hilfen zum selbstbestimmten Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten verdoppelt (1 161 Hilfeempfänger am Jahresende 2012, darunter 913 in Einrichtungen). Der Anteil der Senioren an allen entsprechenden Hilfeempfängern ist in diesem Zeitraum von 4,8 auf 8,0 Prozent gestiegen. Nach ersten Schätzungen könnte 2020 schon jeder sechste Behinderte in betreuten Wohnmöglichkeiten über 65 Jahre alt sein und 2030 mehr als jeder vierte. Die Gesamtzahl der Behinderten mit Hilfebedarf fürs Wohnen könnte dann zwischen 15 000 und 20 000 liegen.

Genauere Bedarfsabschätzungen gestalten sich sehr schwierig, da eine Vielzahl von Einflussgrößen berücksichtigt werden muss. An erster Stelle steht das Recht auf Selbstbestimmung der behinderten Menschen. Wird eine Betreuung im häuslichen Umfeld (weitgehend ohne Hilfebedarf) einer entsprechenden ambulant oder stationär betreuten Wohnmöglichkeit vorgezogen bzw. wie lange wird diese möglich sein? Wie weit ist Ambulantisierung, auch in seinen flexibilisierten Formen, fortsetzbar? Sind dem behinderten Menschen Umzüge, das Verlassen des gewohnten sozialen Umfeldes oder eine Unterbringung in weiter räumlicher Entfernung zum Elternhaus zuzumuten? Ändern sich Angebote und auch Wünsche der Behinderten durch den Grundgedanken der Inklusion grundlegend? Da der Hilfebedarf der behinderten Menschen sehr

individuell ist und sich möglicherweise auch verändert, kann dem nur ein entsprechendes individuelles Case Management gerecht werden.

Werkstattbesuche könnten nach kurzfristig weiterem Anstieg zukünftig zurückgehen

Allein in den letzten fünf Jahren ist die Zahl der Leistungsempfänger in Werkstätten für behinderte Menschen um mehr als 10 Prozent gestiegen. Dabei geht die Zahl der unter 25-Jährigen in der Werkstatt seit 2011 zurück, weil geburtenschwache Jahrgänge (meist nach Durchlaufen von Eingangsverfahren und dem Berufsbildungsbereich, die in der amtlichen Sozialhilfestatistik nicht nachgewiesen werden) aufrücken, während sich die Zahl der über 60-Jährigen in den letzten fünf Jahren verdoppelt hat. Noch übersteigen allerdings die Eintritte junger Menschen in die Werkstatt die altersbedingten Abgänge, so dass der Bedarf an Werkstattplätzen weiter steigt. Falls sich die Rahmenbedingungen nicht gravierend ändern, wird sich dieser Anstieg weiter abschwächen und ab ca. 2024 könnten jährlich mehr Behinderte die Werkstatt altersbedingt verlassen, als junge Behinderte neu eintreten (angenommene Quote: 0,9 Prozent der Bevölkerung jedes Altersjahrgangs benötigen einen Werkstattplatz). Ähnlich wie beim Wohnen gibt es allerdings intensive Bemühungen, den in der UN-Behindertenrechtskonvention verankerten Inklusionsgedanken auszubauen. Bis jetzt sind jedoch Übergänge von Werkstattbesuchern auf den allgemeinen Arbeitsmarkt trotz der relativ guten Arbeitsmarktsituation eher selten.

Gina Gäbler, Dipl.-Slaw., Fachverantwortliche Analyse Soziales, Gesundheit
Gabriele Philipp, Dipl.-Ing., Referentin Analyse Soziales, Gesundheit

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Fünfter Bericht zur Lage der Menschen mit Behinderung in Sachsen (04/2014), Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, Großschirma 04/2014, erstellt durch das ISG Köln (Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH).
- [2] Handlungsempfehlung der Landesarbeitsgemeinschaft Sozialplanung zur Steuerung des ambulant betreuten Wohnens nach § 53 SGB XII für Menschen mit Behinderung vom 31.01.2012.
- [3] Sächsisches Gesamtkonzept zur Versorgung älterer Menschen mit Behinderung - Empfehlung des Landespflegeausschusses Freistaat Sachsen, September 2011.

Gesundheitsausgaben im Ländervergleich 2008 bis 2012 – Realisierung eines länder- übergreifenden Ansatzes

Die Gesundheitsausgaben stellen einen Indikator für das medizinische Versorgungsniveau der Bevölkerung dar. Der zu verzeichnende jährliche Zuwachs der Ausgaben lässt sich auf verschiedene Ursachen – wie das steigende Durchschnittsalter der Bevölkerung, den medizinischen Fortschritt und damit einhergehend veränderte Angebotsstrukturen und Inanspruchnahme gesundheitsrelevanter Leistungen, die Preisentwicklung sowie politische Entscheidungen beispielsweise zum Leistungskatalog der Krankenkassen – zurückführen. Die AG Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder berechnete erstmals analog zur Gesundheitspersonalrechnung grundsätzlich vergleichbare Länderergebnisse zu den Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern für fünf Bundesländer nach einem länderübergreifenden Ansatz.

Vorbemerkungen

Bereits 2011 auf der 4. Tagung der „Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder“ (AG GGRdL)¹⁾ verständigten sich die Länder Sachsen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Thüringen darauf, die Berechnung der Gesundheitsausgaben auf den länderübergreifenden Ansatz²⁾ umzustellen und so miteinander vergleichbare Länderergebnisse vorzulegen. [1] Die Gesundheitsausgabenrechnung ist Teil der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen der Länder³⁾, diese umfassen zudem die Gesundheitspersonalrechnung und den Wertschöpfungsansatz. Aufbauend auf den im Jahr 2013 gewonnenen Erfahrungen der effektiven und effizienten Umsetzung der Berechnung des Gesundheitspersonals für alle Mitgliedsländer der AG GGRdL erfolgten im Jahr 2014 methodische Anpassungen und zugleich die Vereinheitlichung der Rechenwerke für die Gesundheitsausgabenrechnung. Hierdurch wird die angestrebte hohe Vergleichbarkeit der Ergebnisse zwischen den Ländern gewährleistet. Indem, analog zur Gesundheitspersonalrechnung, die Datenbeschaffung, der Aufbau und die Pflege des Rechenwerkes weitgehend an einer Stelle erfolgen, können auch hier Synergiepotenziale genutzt werden.

Mit der Gesundheitsausgabenrechnung wird der gesamte volkswirtschaftliche Ressourcen-

verbrauch ermittelt, der im Laufe eines Jahres für den Erhalt und die Wiederherstellung der Gesundheit aufgewendet wurde. Auf Länderebene werden die Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern ausgewiesen.

Zu den Gesundheitsausgaben zählen alle Käufe von Waren und Dienstleistungen, die zum Zweck der Prävention, Behandlung, Rehabilitation und Pflege getätigt werden sowie die Investitionen der Einrichtungen des Gesundheitswesens. Räumlich bezieht sich die Erfassung der Gesundheitsausgaben dabei auf die Käufe der inländischen Bevölkerung (die gegebenenfalls auch im Ausland getätigt werden können). Inhaltlich werden nur die Transaktionen für die letzte Verwendung erfasst, ein direkter Patientenbezug muss daher im Regelfall gegeben sein. Transaktionen zwischen Leistungserbringern, z. B. die Lieferung von Arzneimitteln von pharmazeutischen Großhändlern an Apotheken, bleiben unberücksichtigt. [2]

Verwendung einer länderübergreifenden Methode

Erstmals erfolgten im Jahr 2014 die Berechnungen zur Gesundheitsausgabenrechnung auf Länderebene für die Jahre 2008 bis einschließlich 2012 für fünf Mitgliedsländer der

- 1) Mitglieder der AG GGRdL sind derzeit die Statistischen Landesämter Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Thüringen, Sachsen als Federführung und das Statistische Bundesamt.
- 2) Unter einem länderübergreifenden Ansatz wird eine einheitliche Methodik zur Berechnung der Gesundheitsausgaben bzw. des Gesundheitspersonals auf Länderebene verstanden. Der länderübergreifende Ansatz dieser Berechnungen wurde im Rahmen der Arbeit der AG GGRdL im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen entwickelt und innerhalb der AG GGRdL abgestimmt und evaluiert.
- 3) Unter Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen werden Rechenwerke verstanden, die sich mit Fragestellungen der Gesundheitswirtschaft beschäftigen und gegenwärtig noch entwickelt werden. Sie halten Informationen zu Art und Umfang der erbrachten Leistungen und der dafür eingesetzten Ressourcen sowie zu zukünftigen Entwicklungstendenzen in der Gesundheitswirtschaft bereit.

AG GGRdL⁴⁾ einheitlich nach dem länderübergreifenden Ansatz. Den Berechnungen liegt die von der AG GGRdL entwickelte und von Sachsen maßgeblich geprägte länderübergreifende Methodik zugrunde. Sie setzt auf der Methodik der Gesundheitsausgabenrechnung des Bundes auf, die ihrerseits am Konzept des „System of Health Accounts“ [3] ausgerichtet ist, welches von der OECD, der WHO und Eurostat zum Zweck der internationalen Vergleichbarkeit empfohlen wird. Die länderübergreifende Methode zur Gesundheitsausgabenrechnung wurde Ende 2013 innerhalb der AG GGRdL evaluiert und verabschiedet.

Bei der Umsetzung der Berechnungen auf Länderebene für acht Ausgabenträger wurde der Fokus auf die Verwendung dieser einheitlichen Methodik und die gleichzeitige Verwendung einheitlicher Rechenwerke und Datenquellen gelegt. Eine Analyse der bisher jeweils gesonderten Länderrechnungen zu den Gesundheitsausgaben in Sachsen und Baden-Württemberg zeigte, dass beide sich zwar an der länderübergreifenden Methodik orientierten, dennoch gewisse Unterschiede hinsichtlich der ermittelten Ergebnisse vorhanden waren, die auf die unterschiedliche Auslegung der Methodik oder auf die Nutzung unterschiedlicher Datenquellen zurückzuführen waren.

Aufgrund dessen erfolgte eine Präzisierung der Methodendokumentation, in der nun die länderübergreifende Methodik der Gesundheitsausgabenrechnung auf Länderebene umfassend und detailliert beschrieben ist und die den Berechnungen zugrunde liegenden Datenquellen vollständig und eindeutig dokumentiert werden. Mit der Methodendokumentation werden die Berechnungen für Dritte nachvollziehbar, gleichzeitig wird die Transparenz des Rechenwerks erhöht, um u. a. die Akzeptanz der Ergebnisse der Gesundheitsausgabenrechnung bei den Nutzern zu fördern (vgl. [4, S. 28 ff.]).

Der länderübergreifende Ansatz sieht die Berücksichtigung von länderspezifischen Daten im größtmöglichen Umfang vor. Da bestimmte Informationen jedoch nur auf Bundesebene und nicht für die einzelnen Bundesländer verfügbar sind, konnte eine direkte Übernahme der Bundesmethodik nicht erfolgen. Eine Berechnung der Gesundheitsausgaben mittels Disaggregation⁵⁾ top down anhand des Bevölkerungsanteils eines Bundeslandes an der Bevölkerung von Deutschland liefert andererseits nur bedingt Ergebnisse, die dem Informationsbedürfnis auf Länderebene entsprechen. Aufgrund dessen wurde die Bundesmethode auf die Länder zugeschnitten, sodass die Gesundheitsausgaben der Länder durch eine Kombination aus

- a) direkter Nutzung länderspezifischer Daten,
- b) Nutzung länderspezifischer Informationen zur qualifizierten Disaggregation⁶⁾ sowie
- c) Disaggregation der Bundeswerte mittels der Bevölkerungsanteile

ermittelt werden.

Nutzungsgrad länderspezifischer Daten

Um Ergebnisse zu erhalten, die länderspezifische Gegebenheiten wiedergeben, werden die Berechnungen auf Ebene der acht Ausgabenträger bzw. teilweise auf Ebene der Zweisteller sowie weiterer Unterpositionen durchgeführt. Die öffentlichen Haushalte untergliedern sich beispielsweise in sieben Zweisteller, von denen sich zwei aus mehreren Unterpositionen zusammensetzen (vgl. Abb. 1).

Die Ausgabenpositionen werden dabei möglichst auf tiefster Ebene unter Verwendung länderspezifischer Daten ermittelt und anschließend zu den einzelnen Ausgabenträgern aggregiert. Für den größten Teil stehen geeignete Datenquellen zur Verfügung. Im Ergebnis können gut 94 Prozent (hiervon 55 Prozent direkt und 45 Prozent mittels einer qualifizierten Disaggregation) der sächsischen Gesundheitsausgaben mit länderspezifischen Daten untersetzt werden.

Bei den verwendeten Daten handelt es sich primär um Daten der amtlichen Statistik wie z. B. die

- Statistik der Sozialhilfe,
- Statistik der Kriegssopferfürsorge,
- Asylbewerberleistungsstatistik,
- Einkommens- und Verbrauchsstichprobe oder
- den Mikrozensus.

Auch von Datenhaltern außerhalb des statistischen Verbundes werden länderspezifische Daten verwendet, wie die Mitgliederstatistik (KM6) oder die Statistik der Einnahmen und Ausgaben (KJ1) in der gesetzlichen Krankenversicherung bzw. sozialen Pflegeversicherung (PJ1) nach Kasenart oder Krankenkasse, die vom GKV-Spitzenverband zur Verfügung gestellt werden. [5]

Nur zu einem sehr geringen Anteil (sechs Prozent) basiert die Berechnung auf einer Disaggregation der Bundeswerte mittels des Bevölkerungsanteils.

- 4) Für Nordrhein-Westfalen wurden die Gesundheitsausgaben noch mittels Disaggregation anhand des Bevölkerungsanteils von Nordrhein-Westfalen an der Bevölkerung Deutschlands ermittelt. Die Gesundheitsausgaben von Nordrhein-Westfalen sind daher zurzeit noch nicht uneingeschränkt mit den übrigen Ländern vergleichbar.
- 5) Die Disaggregation anhand des Bevölkerungsanteils eines Bundeslandes an der Gesamteinwohnerzahl Deutschlands geht davon aus, dass die durchschnittlichen Ausgaben je Einwohner im Bundesland mit denen des Bundes identisch sind. Eine adäquate Abbildung länderspezifischer Gegebenheiten ist hierdurch nicht möglich, sodass dieses Verfahren nur eingesetzt werden sollte, wenn explizit keine länderspezifischen Primär- oder Sekundärinformationen verfügbar sind.
- 6) Bei der qualifizierten Disaggregation handelt es sich um eine besondere Form der Disaggregation. Fehlen geeignete länderspezifische Ausgangsdaten, werden geeignete Disaggregationsfaktoren bestimmt. Auf deren Basis werden die Ergebnisse der jeweiligen Unterposition der Gesundheitsausgabenrechnung des Bundes top-down auf die Länder aufgeteilt. Dieses Verfahren findet bspw. bei der Ermittlung der Gesundheitsausgaben der privaten Haushalte Verwendung. Hier wird die relative Abweichungen der Ausgaben privater Haushalte für Gesundheitspflege nach Bundesländern gegenüber dem Bundesdurchschnitt laut Einkommens- und Verbrauchsstatistik genutzt und auf die Gesundheitsausgaben für Deutschland angewendet.

Abb. 1 Inhaltliche Gliederung der Ausgabenträger und Datenquellen zur Berechnung der Gesundheitsausgaben nach dem länderübergreifenden Ansatz (am Beispiel von Sachsen 2012)

Ausgabenträger (Einsteller, Zweisteller) und Unterpositionen		Datenquelle/Berechnung	Anteil an Insgesamt in %
Gesundheitsausgaben insgesamt		Summe der Einsteller	100
1	öffentliche Haushalte	Summe der Zweisteller	3,60
11	Sozialhilfe	Summe der Unterpositionen	0,90
	Hilfe zur Gesundheit	GBE: Statistik der Sozialhilfe – Ausgaben und Einnahmen	
	Erstattung an Krankenversicherungen		
	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	Summe der Unterpositionen	
	Suchtkrankenhilfe	qualifizierte Disaggregation der Ausgaben für Suchtkrankenhilfe (Dtl.) anhand des Länderanteils aller anderen Unterpositionen der Sozialhilfe	
	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation	GBE: Statistik der Sozialhilfe – Ausgaben und Einnahmen	
	Heilpädagogische Leistungen für Kinder		
	Hilfe zur Pflege		
12	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	StBa: Asylbewerberleistungsstatistik – Ausgaben und Einnahmen	0,05
13	Kriegsopferfürsorge	Summe der Unterpositionen	0,01
	Krankenhilfe	StBa: Statistik der Kriegsopferfürsorge	
	Hilfe zur Pflege		
	Erholungshilfe		
14	Kriegsopferversorgung	Disaggregation mittels des Bevölkerungsanteils BL/Dtl.	0,01
15	Gesundheitsausgaben der Bundesagentur für Arbeit		0,01
16	Öffentlicher Gesundheitsdienst		
18	Sonstige staatliche Ausgaben		2,63
2	gesetzliche Krankenversicherung	Summe der Zweisteller	64,43
21, 23	AOK, IKK	KJ1-Statistik, gesetzliche Krankenversicherung – Endgültige Rechnungsergebnisse Einnahmen und Ausgaben	43,19
22, 24-26	BKK, LKK, KBS, VDEK	Qualifizierte Disaggregation der Gesundheitsausgaben nach Kassenart (Dtl.) anhand des jeweiligen Versichertenanteils (BL/Dtl.) (KM6-Statistik).	21,24
3	soziale Pflegeversicherung	Summe der Zweisteller	11,29
31, 33	AOK, IKK	PJ1-Statistik – soziale Pflegeversicherung – Endgültige Rechnungsergebnisse Einnahmen und Ausgaben	7,57
32, 34-36	BKK, LKK, KBS, VDEK	Nutzung des Verhältnisses der Summe länderspezifischer Gesundheitsausgaben in der Pflegeversicherung zu denen in der Krankenversicherung	3,72
4	gesetzliche Rentenversicherung	Disaggregation mittels des Bevölkerungsanteils BL/Dtl.	1,41
5	gesetzliche Unfallversicherung		1,62
6	Private Krankenversicherung (ohne Versorgung der Bundesbahn- und Bundespostbeamten)	Qualifizierte Disaggregation der Pro-Kopf-Ausgaben in der privaten Krankenversicherung (Dtl.) mittels der Zahl privat Versicherter (BL; MZ)	4,75
7	Arbeitgeber	Summe der Zweisteller	3,98
71	Beihilfen	Qualifizierte Disaggregation der Gesundheitsausgaben (Dtl.) mittels des Arbeitnehmeranteils BL/Dtl. (AK ETR)	3,67
72	Fürsorgeleistungen		0,07
75	Betrieblicher Gesundheitsdienst		0,24
8	private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	Summe der Zweisteller	8,93
81-86	private Haushalte	Qualifizierte Disaggregation: Nutzung relativer Abweichungen der Ausgaben privater Haushalte für Gesundheitspflege (BL) gegenüber dem Bundesdurchschnitt laut EVS	8,45
87	private Organisationen ohne Erwerbszweck	Disaggregation mittels des Bevölkerungsanteils BL/Dtl.	0,48

GBE: Gesundheitsberichterstattung, MZ: Mikrozensus, StBa: Statistisches Bundesamt, StLa: Statistisches Landesamt, BL: Bundesland, Dtl.: Deutschland, AK ETR: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, EVS: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

■ Ausgaben sind darstellbar. Ländervergleich ist möglich. ■ Ausgaben sind darstellbar. Ländervergleich ist bedingt möglich.

Generell wird also eine möglichst breite Untersetzung der Ausgabenträger mit länderspezifischen Daten angestrebt. Der Zeitaufwand für Datenbeschaffung, Plausibilisierung und Einarbeitung in das Rechenwerk steht in einem positiven Verhältnis zum Nutzen, der durch die Abbildung länderspezifischer Besonderheiten bei den Gesundheitsausgaben messbar wird. Lediglich im Jahr 2014, in dem die Gesundheitsausgabenrechnung zu einem länderübergreifenden Rechenwerk weiterentwickelt wurde, war ein erhöhter Aufwand zu verzeichnen. Das logisch strukturierte Excel-Rechenwerk kann in einem überschaubaren zeitlichen Rahmen – mit den derzeit vorhandenen Ressourcen im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen sowie der Bereitstellung von ausreichenden Ressourcen in den Ländern der AG Mitglieder – jährlich aktualisiert und fortgeschrieben werden. Grundlegende Revisionen erfordern entsprechend mehr Aufwand zur Anpassung an das Rechenwerk. Da mit einer jährlichen Aktualisierung und Fortschreibung eine Berechnung auf Grundlage von Referenzwerten aus Vorjahren vermieden wird, wirkt sich dies positiv auf die Genauigkeit der Ergebnisse aus (vgl. [6, S. 34ff.]).

Effiziente und effektive Umsetzung der Berechnung

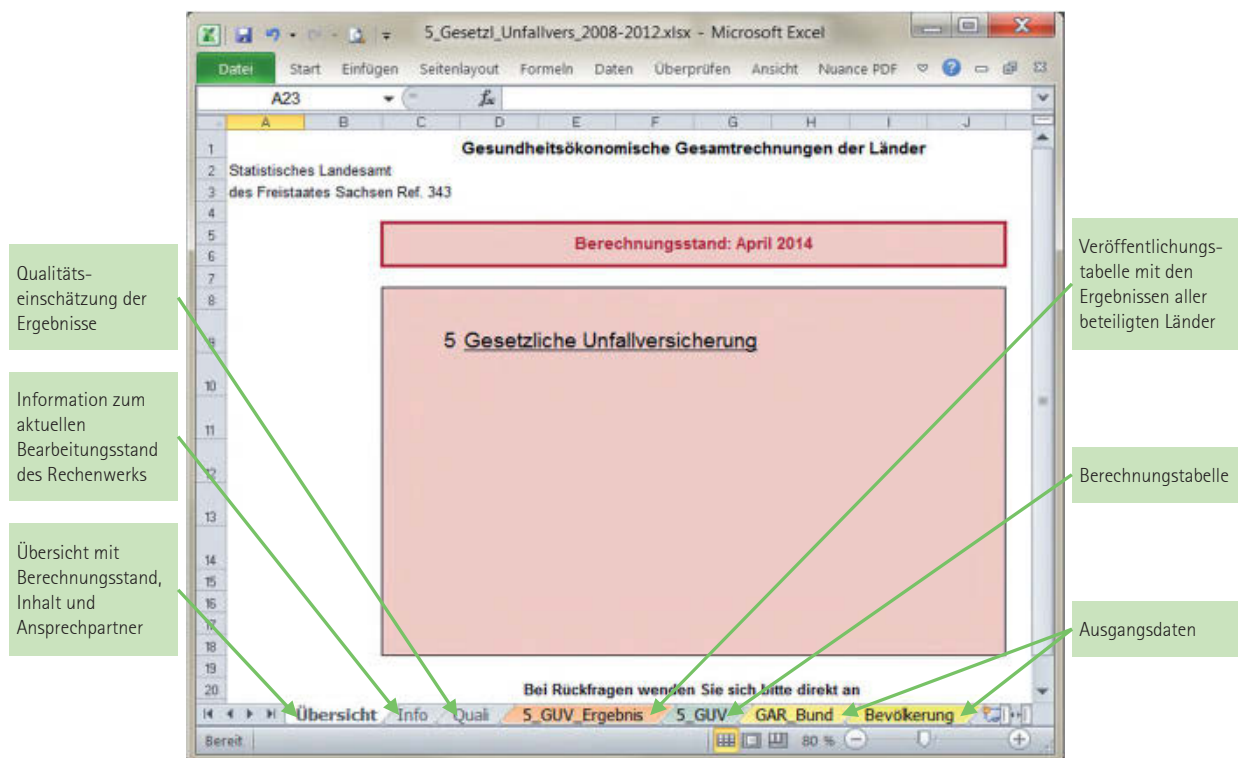
Wesentliche Voraussetzungen zur effektiven und effizienten Umsetzung der Gesundheitsausgabenrechnung nach dem länderübergreifenden Ansatz für alle Mitglieder der AG GGRdL stellen die zentrale Datengewinnung sowie das einheitliche, gemeinsame Rechenwerk dar.

Standardisierung des gemeinsamen Rechenwerkes

Im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen wurde parallel zur Präzisierung der Methodik ein Excel-Rechenwerk erarbeitet, welches so angelegt ist, dass es auch für die Erstellung von Gesundheitsausgabenrechnungen weiterer Bundesländer nach dem länderübergreifenden Ansatz genutzt werden kann.

Die im Zuge der Umsetzung der Gesundheitspersonalrechnung auf Länderebene entwickelten Anforderungen an ein gemeinsames Rechenwerk wurden auch dem Aufbau des Excel-Rechenwerkes für die Gesundheitsausgabenrechnung zugrunde gelegt. Dessen Grundstrukturen und Layout orientieren sich ebenfalls an dem der Gesundheitspersonalrechnung (vgl. Abb. 2; für detaillierte Informationen zu Aufbau und Inhalten des Excel-Rechenwerkes vgl. [7, S. 65 f.]).

Abb. 2 Auszug aus dem länderübergreifenden Rechenwerk der Gesundheitsausgabenrechnung der Länder



Dadurch wird den Nutzern des Rechenwerks neben einem Höchstmaß an Transparenz eine schnelle Einarbeitung ermöglicht. Dies ist für die Gesundheitsausgabenrechnung unter anderem unerlässlich, da zwei der acht Ausgaben-träger – die gesetzliche Krankenversicherung und die soziale Pflegeversicherung – von den Mitarbeitern in den Ländern selbstständig bearbeitet werden müssen. Hierfür nutzen sie das zur Verfügung gestellte Excel-Rechenwerk, dessen Aufbau sowie die Einarbeitung gemeinsam genutzter Ausgangsdaten aus zentral verfügbaren Quellen in Sachsen erfolgen. Damit wird ein großer Teil der Arbeiten für die dezentral zu berechnenden Ausgaben-träger zentral erbracht, wodurch Mehrfacharbeiten oder wiederholte Rückfragen bei den Datenhaltern vermieden werden. Dies trägt zu einer Entlastung der übrigen Mitglieder der AG GGRdL bei. Das gilt auch für das Statistische Bundesamt, was sowohl Partner zur methodischen Abstimmung als auch für die Bereitstellung von Zahlen verantwortlich ist. Um die Einarbeitungszeit für die einzelnen Länder in die beiden Rechenwerke so gering wie möglich zu halten, wurde im Mai 2014 ein Workshop durchgeführt.

In dem Rechenwerk wird für jeden Ausgaben-träger eine separate Excel-Datei erstellt, deren Aufbau grundsätzlich identisch ist. Die ersten Tabellenblätter beinhalten zunächst eine Übersicht mit Berechnungsstand, Inhalt und Ansprechpartner sowie eine Information zum aktuellen Bearbeitungsstand des Rechenwerks und eine Qualitätseinschätzung der Ergebnisse. Des Weiteren umfassen die einzelnen Excel-Dateien eine Veröffentlichungstabelle zu den Ergebnissen aller beteiligten Länder, Berechnungstabellen gesondert für jeden Zweisteller, Nebenrechnungen z. B. zur Ermittlung von Disaggregationsfaktoren und die Ausgangsdaten. In den Tabellenblättern werden in den Zeilen die Bundesländer alphabetisch geordnet abgebildet, wobei das Excel-Rechenwerk bereits grundsätzlich für alle 16 Bundesländer nutzbar wäre. Die Zeitreihe ist spaltenweise angeordnet, sodass bei der jährlichen Fortschreibung des Excel-Rechenwerks lediglich eine neue Spalte eingefügt werden muss.

Zentrale Datengewinnung und Koordination der Berechnungen

Mit Ausnahme der Ausgaben-träger gesetzliche Krankenversicherung und soziale Pflegeversicherung sind alle Daten zentral abrufbar. Auf den Internetseiten der Gesundheitsberichtserstattung des Bundes sind fast alle verwendeten Daten für die Gesundheitsausgabenrechnung der amtlichen Statistik online abrufbar und ein

Download im CSV-Format möglich. Daten aus der Asylbewerberleistungsst Statistik, der Statistik der Kriegsopferfürsorge oder der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe stehen ebenfalls beim Statistischen Bundesamt zur Verfügung und werden dort von Sachsen angefordert. Die verwendeten Daten zu den Arbeitnehmern nach Ländern sind auf der Internetseite des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (AK ETR) verfügbar.

Die Gesundheitsausgabenrechnung der Länder wird derzeit weitgehend in Sachsen durchgeführt, für sechs von acht Ausgaben-trägern – öffentliche Haushalte, gesetzliche Rentenversicherung und Unfallversicherung, private Krankenversicherung, Arbeitgeber sowie private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck – werden Daten zentral angefragt und in das Excel-Rechenwerk eingearbeitet.

Aufwändiger ist derzeit das Zur-Verfügung-Stellen von statistischem Material der Krankenversicherungsträger, welches für die Ausgaben-träger gesetzliche Krankenversicherung und soziale Pflegeversicherung benötigt wird.

Hier gilt es, datenschutzrechtlichen Erfordernissen Rechnung zu tragen und die länderspezifischen Besonderheiten zu beachten. Daher müssen für diese beiden Ausgaben-träger die hierfür benötigten Informationen in den Ländern selbst beschafft, plausibilisiert und in das zur Verfügung gestellte Excel-Rechenwerk integriert werden. Weil dieses Vorgehen den Koordinations- und Zeitbedarf erhöht, wird perspektivisch nach Lösungen gesucht, um die Berechnungen ebenfalls an einer Stelle durchführen zu können. Bevor die Berechnung der beiden Ausgaben-träger an zentraler Stelle durchgeführt werden kann, müssen die länderspezifischen Sachverhalte analysiert, dokumentiert und in das Rechenwerk eingearbeitet werden.

Weiterentwicklung der länderübergreifenden Methode

Mit der Umsetzung des länderübergreifenden Ansatzes in einem einheitlichen, gemeinsamen Rechenwerk existiert eine solide Basis, um vergleichbare Ergebnisse zu den Gesundheitsausgaben für die Länder zu ermitteln.

Darauf aufbauend wird das Rechenwerk weiterentwickelt, um länderspezifische Gegebenheiten noch genauer abzubilden. Der bei den jeweiligen Ausgaben-trägern noch bestehende Handlungsbedarf sowie Möglichkeiten zur Qualitätsverbesserung werden in der Methodendokumentation zur Gesundheitsausgabenrechnung für die einzelnen Ausgaben-träger detailliert festgehalten. [1] Zum Handlungsbe-

darf gehört vor allem die regelmäßige Überprüfung der Verfügbarkeit und Nutzungsmöglichkeit weiterer Datenquellen auf Länderebene sowie des gewählten Berechnungsansatzes. Bei der Nutzung neuer Datenquellen sollten allerdings immer Effizienzgesichtspunkte Berücksichtigung finden, weshalb im Einzelfall zu prüfen ist, ob der mit der Nutzung verbundene Aufwand in einem positiven Verhältnis zum Nutzen – die Erhöhung der Validität – steht (vgl. [6, S. 34ff.]) Ziel ist es, die Validität der Berechnungen der beiden dezentral berechneten Ausgabenträger – gesetzliche Krankenversicherung und soziale Pflegeversicherung – zu erhöhen. Gut zwei Drittel der Ausgaben

dieser beiden Träger werden bereits direkt mit länderspezifischen Daten unterlegt. Dieser Anteil könnte tendenziell durch eine weitere Datenanalyse und -aufbereitung erhöht werden. Zum anderen wird, nachdem erstmals die Berechnung für mehrere Länder erfolgte, eine Einschätzung zur Genauigkeit des angewandten Angleichungsverfahrens bei den Kassenarten ohne länderspezifische Ausgangsdaten durch die AG vorgenommen. Da diese Träger einen hohen Anteil an den Gesundheitsausgaben repräsentieren (vgl. Tab. 1), werden bei der Weiterentwicklung der Gesundheitsausgabenrechnung der Länder diese Aspekte im Vordergrund stehen.

Tab. 1 Gesundheitsausgaben 2012 nach ausgewählten Bundesländern und Ausgabenträgern

Ausgabenträger	Gesundheitsausgaben						
	BW	HE	NRW ¹⁾	RP	SN	TH	D
in Mill. €							
Insgesamt²⁾	38 071	22 929	65 558	15 170	15 242	8 291	300 437
Öffentliche Haushalte	1 599	1 109	3 148	692	549	323	14 429
Gesetzliche Krankenversicherung	20 144	12 251	37 621	8 545	9 820	5 153	172 408
Soziale Pflegeversicherung	3 047	2 111	5 016	1 404	1 721	887	22 985
Gesetzliche Rentenversicherung	559	318	930	211	215	115	4 261
Gesetzliche Unfallversicherung	642	366	1 069	243	247	133	4 899
Private Krankenversicherung	4 066	2 267	6 102	1 567	723	439	27 963
Arbeitgeber	1 814	1 004	2 811	595	606	319	12 884
Private Haushalte u. private Organisationen ohne Erwerbszweck	6 199	3 502	8 861	1 912	1 360	924	40 606
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent							
Insgesamt	2,6	2,8	2,1	2,9	2,9	2,0	2,3
Öffentliche Haushalte	1,8	2,7	3,2	1,5	2,5	2,4	3,4
Gesetzliche Krankenversicherung	2,6	2,8	2,1	2,3	2,6	1,2	2,3
Soziale Pflegeversicherung	4,7	3,8	4,5	9,1	5,1	4,7	4,7
Gesetzliche Rentenversicherung	3,7	3,8	3,2	3,2	3,0	2,6	3,4
Gesetzliche Unfallversicherung	3,2	3,2	2,7	2,6	2,4	2,0	2,9
Private Krankenversicherung	2,5	2,8	0,7	3,0	3,1	4,2	0,9
Arbeitgeber	2,3	2,1	1,9	1,8	1,4	0,8	2,1
Private Haushalte u. private Organisationen ohne Erwerbszweck	2,1	2,1	1,4	1,9	2,8	3,3	1,6
€ je Einwohner							
Insgesamt	3 612	3 819	3 736	3 802	3 764	3 812	3 740
Öffentliche Haushalte	152	185	179	174	136	148	180
Gesetzliche Krankenversicherung	1 911	2 040	2 144	2 142	2 425	2 369	2 140
Soziale Pflegeversicherung	289	352	286	352	425	408	290
Gesetzliche Rentenversicherung	53	53	53	53	53	53	50
Gesetzliche Unfallversicherung	61	61	61	61	61	61	60
Private Krankenversicherung	386	378	348	393	179	202	350
Arbeitgeber	172	167	160	149	150	147	160
Private Haushalte u. private Organisationen ohne Erwerbszweck	588	583	505	479	336	425	500

1) Hier erfolgte eine Disaggregation der Bundeswerte top down mittels des Bevölkerungsanteils Bundesland/Deutschland. Die Disaggregation mittels der Bevölkerungszahlen geht davon aus, dass die durchschnittlichen Ausgaben je Einwohner im Bundesland mit denen des Bundes identisch sind.

2) Differenzen bei der Summenbildung sind auf Rundungen in den Berechnungsstufen zurückzuführen.

Ausgewählte Ergebnisse der Gesundheitsausgabenrechnung 2008 bis 2012

Erstmalig können für fünf der sechs Mitglieder der AG GGRdL⁷⁾ miteinander vergleichbare Länderergebnisse zu den Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern ausgewiesen werden.

Steigende Gesundheitsausgaben in Sachsen

Die Gesundheitsausgaben für Sachsen betragen 2012 insgesamt gut 15 242 Millionen € (vgl. Tab. 1). Damit sind sie seit 2008 kontinuierlich gestiegen, insgesamt um 17,4 Prozent bzw. 2 263 Millionen €. Im Jahr 2009 war im Vergleich zum Vorjahr mit 5,9 Prozent allerdings der größte Anstieg zu verzeichnen. In den darauffolgenden Jahren verringerte sich der Anstieg immer weiter, bis er 2012 im Vergleich zum Vorjahr nur noch 2,9 Prozent betrug.

Pro Einwohner wurden in Sachsen 2012 insgesamt 3 764 € für die Gesundheit ausgegeben (vgl. Abb. 3), 112 € mehr als 2011 und sogar 678 € mehr als 2008. Gemessen am BIP lag der Anteil der Gesundheitsausgaben in Sachsen 2012 bei 15,7 Prozent. Zwischen 2008 und 2012 ist dieser Anteil von 14,2 Prozent um 1,5 Prozentpunkte angestiegen.

Fast zwei Drittel der Gesundheitsausgaben in Sachsen entfielen auf die gesetzliche Krankenversicherung, pro Kopf waren das im Jahr 2012 rund 2 425 € (vgl. Tab. 1). Den zweitgrößten Anteil (11,3 Prozent) finanzierte die soziale Pflegeversicherung (vgl. Abb. 4). Deren Ausgaben betrugen pro Kopf 425 €. Das steigende Durchschnittsalter der Bevölkerung bedingt insbesondere bei der Ausgabenentwicklung in der sozialen Pflegeversicherung einen deutlichen

Ausgabenanstieg (vgl. Tab. 1). Gegenüber 2011 verzeichnete diese mit 5,1 Prozent den größten relativen Zuwachs. Im Vergleich zu 2008 stiegen die Ausgaben sogar um ein Viertel. Während die Ausgaben der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, der privaten sowie der gesetzlichen Krankenversicherung seit 2008 ebenfalls stark um knapp ein Fünftel anstiegen, war der Anstieg der Ausgaben bei den öffentlichen Haushalten mit sieben Prozent und bei den Arbeitgebern sowie der gesetzlichen Rentenversicherung mit je neun Prozent eher moderat.

Gesundheitsausgaben im Ländervergleich

Die höchsten Ausgaben verzeichnete 2012 Nordrhein-Westfalen mit 65 558 Millionen € und die geringsten Thüringen mit 8 291 Millionen € (vgl. Abb. 3). Unter Nutzung der Einwohner als Bezugsgröße ergibt sich jedoch ein differenzierteres Bild. Pro Kopf investierte Hessen mit 3 819 € den höchsten Wert in die Gesundheit und Baden-Württemberg mit 3 612 € den geringsten.

Die Gesundheitsausgaben in Sachsen lagen mit 3 764 € je Einwohner im Mittelfeld der Länder und geringfügig über dem Bundesdurchschnitt von 3 740 €.

In allen sechs Bundesländern stiegen die Gesundheitsausgaben kontinuierlich an. Der Anstieg 2012 im Vergleich zu 2008 betrug in den Ländern mindestens zehn Prozent, er fiel tendenziell allerdings in den alten Ländern etwas geringer aus als in den neuen Ländern. Sachsen verzeichnete den stärksten Zuwachs (17,4 Prozent) und Baden-Württemberg den niedrigsten

7) Die folgenden Ausführungen sowie der Begriff „Bundesländer“ beziehen sich ausschließlich auf die sechs Länder, welche Mitglied der AG GGRdL sind.

BW – Baden-Württemberg,
HE – Hessen,
NRW – Nordrhein-Westfalen,
RP – Rheinland-Pfalz,
SN – Sachsen,
TH – Thüringen

Abb. 3 Gesundheitsausgaben 2008 und 2012 nach ausgewählten Bundesländern

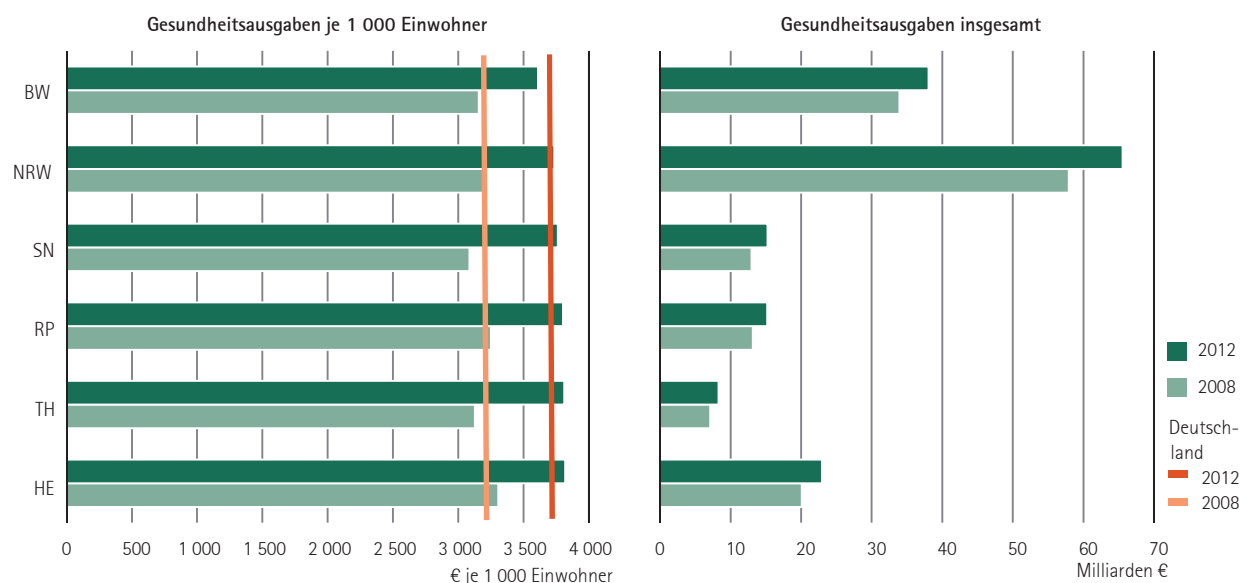
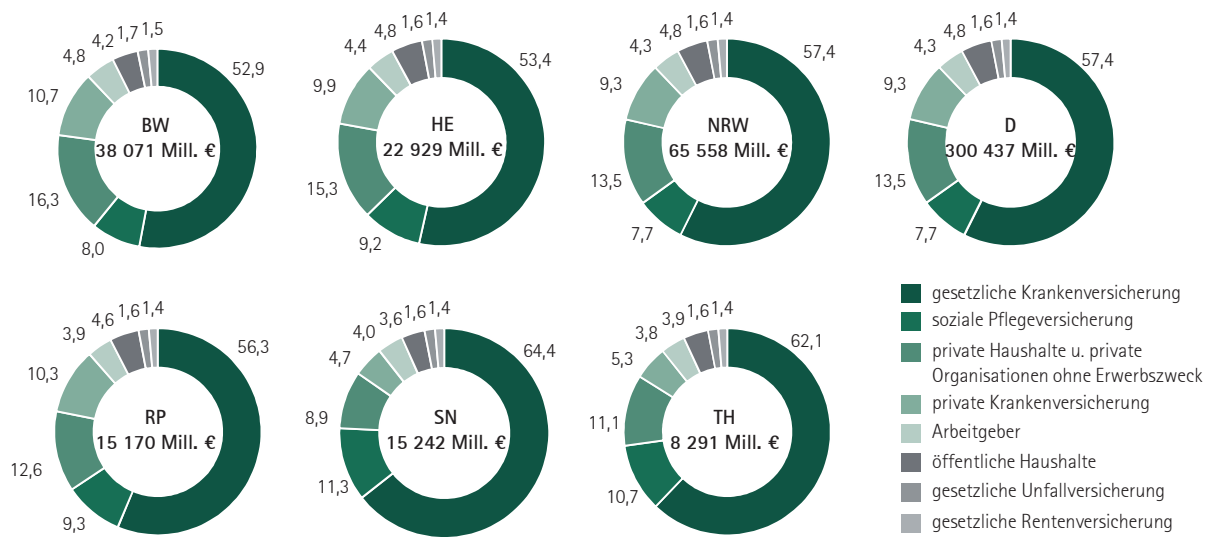


Abb. 4 Gesundheitsausgaben in Deutschland und ausgewählten Bundesländern 2012 nach Ausgabenträgern in Prozent



(12,2 Prozent). Die Entwicklung der Ausgaben pro Kopf war ähnlich, hier stiegen die Ausgaben um 14,4 Prozent (Baden-Württemberg) bis 22,0 Prozent (Sachsen).

Der Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP war in Thüringen mit 16,7 Prozent minimal höher als in Sachsen mit 15,7 Prozent. In den übrigen (westdeutschen) Bundesländern lagen die Anteile mit 9,6 Prozent (Baden-Württemberg) bis 12,8 Prozent (Rheinland-Pfalz) deutlich darunter.

In den sechs Bundesländern entfielen über die Hälfte der Ausgaben auf die gesetzliche Krankenversicherung. Ihr Anteil lag zwischen 52,9 Prozent in Baden-Württemberg und 64,4 Prozent in Sachsen. Je Einwohner betrugen die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen zwischen 1 911 € (Baden-Württemberg) und 2 425 € (Sachsen) (vgl. Tab. 1).

Der stärkste Anstieg im Vergleich zu 2008 ist in allen sechs Bundesländern bei den Ausgaben in der sozialen Pflegeversicherung zu verzeichnen. (vgl. Abb. 5). Dieser lag zwischen 18,9 Prozent (Hessen) und 24,9 Prozent (Thüringen). Am geringsten – zwischen 6,7 Prozent (Sachsen) und 8,2 Prozent in Thüringen – stiegen die Ausgaben der öffentlichen Haushalte, in Hessen waren diese sogar leicht rückläufig.

Während die sozialen Pflegversicherungen in Sachsen den zweitgrößten Ausgabenanteil trugen, finanzierten in den übrigen fünf Ländern die privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck den zweitgrößten Anteil der Gesundheitsausgaben, mit Werten zwischen 425 € pro Einwohner in Thüringen und 588 € in Baden-Württemberg.

Nutzung länderspezifischer Daten erhöht die Ergebnisqualität

Um den Nutzen einer Berechnung der Gesundheitsausgaben unter Verwendung länderspezifischer Daten und nach dem länderübergreifenden Ansatz bewerten zu können, bietet sich ein Vergleich der länderspezifisch berechneten Ergebnisse mit denen anhand der Bevölkerungsanteile vom Bundeswert disaggregierten Werte an. Letztlich wird mit der länderspezifischen Berechnung das Ziel verfolgt, die Besonderheiten

Abb. 5 Gesundheitsausgaben in Deutschland und ausgewählten Bundesländern 2012 gegenüber 2008 nach Ausgabenträgern
Messzahl 2008 = 100

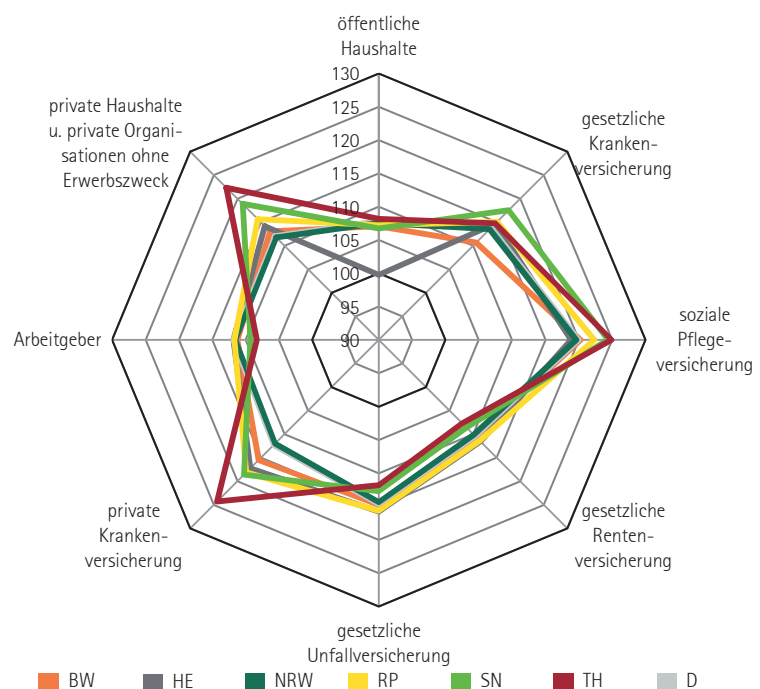
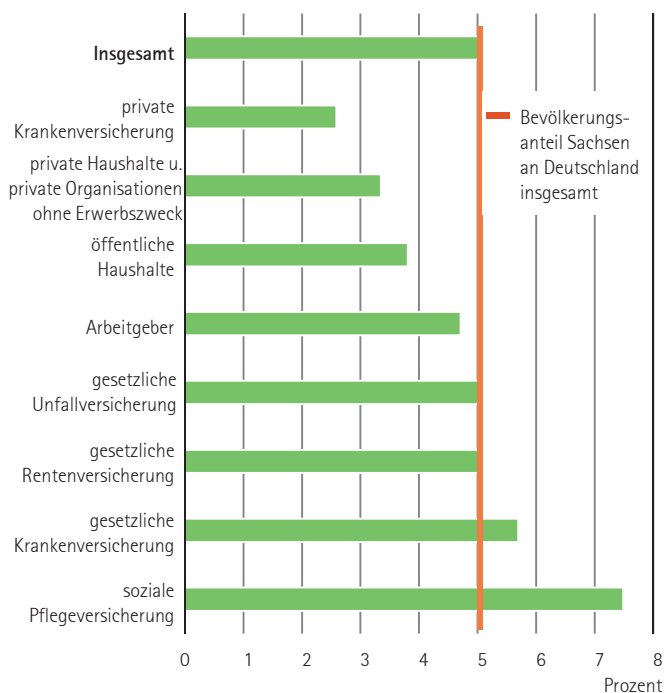


Abb. 6 Anteil der Gesundheitsausgaben in Sachsen an den Gesundheitsausgaben in Deutschland 2012 nach Ausgabenträgern



Tab. 2 Abweichung der länderspezifisch berechneten Gesundheitsausgaben in Sachsen von denen anhand der Bevölkerungsanteile vom Bundeswert disaggregierten Werte (in Prozent)

Ausgabenträger	Abweichung in %					
	BW	HE	NRW ¹⁾	RP	SN	TH
Insgesamt	-3,3	2,2	0,0	1,8	0,8	2,0
Öffentliche Haushalte	-15,4	2,9	0,0	-3,3	-24,4	-17,3
Gesetzliche Krankenversicherung	-10,9	-4,8	0,0	-0,1	13,1	10,5
Soziale Pflegeversicherung	1,1	23,0	0,0	23,1	48,7	42,6
Gesetzliche Rentenversicherung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesetzliche Unfallversicherung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Private Krankenversicherung	10,9	8,6	0,0	12,9	-48,6	-42,0
Arbeitgeber	7,4	4,4	0,0	-6,9	-6,5	-8,5
Private Haushalte u. private Organisationen ohne Erwerbszweck	16,5	15,5	0,0	-5,1	-33,5	-15,9

1) Hier erfolgte eine Disaggregation der Bundeswerte top down mittels des Bevölkerungsanteils Bundesland/ Deutschland. Die Disaggregation mittels der Bevölkerungszahlen geht davon aus, dass die durchschnittlichen Ausgaben je Einwohner im Bundesland mit denen des Bundes identisch sind.

der einzelnen Länder abzubilden und zugleich die Vergleichbarkeit der Ergebnisse zwischen den Ländern zu gewährleisten (vgl. Abb. 6). Bei Betrachtung der Gesundheitsausgaben insgesamt sind weder in Sachsen noch in den anderen fünf Ländern große Abweichungen gegenüber einer Disaggregation anhand des Bevölkerungsanteils erkennbar (vgl. Tab. 2). Sie bewegen sich im Bereich von minus 3,3 Prozent für Baden-Württemberg bis plus 2,2 Prozent für Hessen.

Erst bei Betrachtung der einzelnen Ausgabenträger wird der Nutzen einer länderspezifischen Berechnung besonders deutlich (vgl. Tab 2). Markante Unterschiede zeigen sich bei den Ländern Sachsen und Thüringen, aber auch in den anderen Ländern würden die Ausgaben verschiedener Ausgabenträger bei einer Disaggregation mittels des Bevölkerungsanteils über- bzw. unterschätzt. Länderspezifische Besonderheiten sind folglich erst unter Einbeziehung länderspezifischer Daten darstellbar. Ohne sie würden die Ausgaben für die soziale Pflegeversicherung zum Teil stark unterschätzt werden. Besonders offensichtlich wird die Länderspezifität im Bereich der Krankenversicherungen. Während die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung in den westdeutschen Bundesländern überschätzt und die Ausgaben der privaten Krankenversicherung zugleich unterschätzt würden, stellt sich dieses Verhältnis in den ostdeutschen Bundesländern genau umgekehrt dar.

Eine Berechnung der Gesundheitsausgaben unter Verwendung länderspezifischer Daten ist also unerlässlich, um die Ausgabenstruktur der Länder besser einschätzen und darstellen zu können.

Ausblick

Um dem wachsenden Informationsbedürfnis der Adressaten in Politik, Wissenschaft oder bei den Akteuren im Gesundheitswesen selbst gerecht zu werden, sollte es Ziel sein, eine kontinuierliche Gesundheitsausgabenrechnung in den Ländern zu etablieren.

Mit einer zentralen Berechnung der Gesundheitsausgaben (derzeit in Sachsen) nach dem länderübergreifenden Ansatz kann die AG GGRdL effektiv und effizient miteinander vergleichbare Gesundheitsausgabenrechnungsergebnisse auf Länderebene ausweisen. Zu-

gleich wird es möglich, eine Vielzahl von Indikatoren des Themenfeldes 10, Ausgaben und Finanzierung, der Gesundheitsberichterstattung der Länder (GBE) zur Verfügung zu stellen.

Das durch die Arbeitsgruppe umgesetzte Verfahren zur Erstellung von Gesundheitsausgabenrechnungen auf Länderebene trägt dem von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder verabschiedeten Masterplan der amtlichen [8] Statistik Rechnung, indem übergreifende und einheitliche Verfahren und Techniken anstelle isolierter Lösungen zum Einsatz kommen.

Die vergleichende Analyse der Länderergebnisse wird zudem umso fundierter, je mehr Länder in die Untersuchungen einbezogen sind. Deshalb ist es ein Ziel der AG GGRdL weitere Länder als Mitglieder zu gewinnen, um die Daten der Gesundheitsausgabenrechnung auch für diese Länder bereitstellen zu können.

Janika Weigel, Dipl.-Soziologin, Sachbearbeiterin Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen

Susanne Meise, bis August 2014 Referentin Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen

Dr. Bernd Richter, Referent Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen

Literatur- und Quellenverzeichnis

- [1] AG GGRdL (2014): Gesundheitsausgabenrechnung nach Ausgabenträgern auf Länderebene. http://www.ggrdl.de/GGR/A_P_VI_meth_2014.pdf; sowie AG GGRdL (2014): Gesundheitspersonalrechnung auf Länderebene nach Einrichtungen http://www.ggrdl.de/GGR/P_P_VI_meth_2014.pdf [Stand: 15.09.2014].
- [2] AG GGRdL (2014): Definitionen. http://www.ggrdl.de/ggr_definitionen.html. [Stand: 15.09.2014].
- [3] OECD, Eurostat, WHO (2011): A System of Health Accounts, OECD Publishing. doi: 10.1787/9789264116016-en. Unter: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-30-11-270/EN/KS-30-11-270-EN.PDF (Aufruf am 19.06.2014.)
- [4] Richter, B. (2011): Gesundheitsausgabenrechnung nach Ausgabenträgern – methodische Grundlagen zur Realisierung eines länderübergreifenden Ansatzes. In: Statistik in Sachsen. 1/2011, S. 28 - 32.
- [5] GKV-Spitzenverband (2013): Gesetzliche Krankenversicherung. Endgültige Rechnungsergebnisse. Einnahmen und Ausgaben/Mitglieder und Versicherte. Unter: <http://www.bmg.bund.de/krankenversicherung/zahlen-und-fakten-zur-krankenversicherung.html> [Stand: 15.09.2014].
- [6] Richter, K. (2011): Entwicklung eines methodischen Instrumentariums zur Berechnung der Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern auf Länderebene. In: Statistik in Sachsen. 1/2011, S. 33-38.
- [7] Meise, S./Weigel, J. (2014): Zentrale Umsetzung einer Gesundheitspersonalrechnung auf Länderebene durch das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen. In: Statistik in Sachsen. 1/2014, S. 62 - 77.
- [8] Masterplan zur Reform der amtlichen Statistik. Bericht der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Wiesbaden 2003.

Zur regionalen Industriestruktur des Freistaates Sachsen

Die Analyse der regionalen Industriestruktur eines Landes kann aus zwei unterschiedlichen Blickwinkeln heraus erfolgen. Zum einen kann von den Regionen (Landkreisen und Kreisfreien Städten) ausgegangen werden und es wird dargestellt, welche Industriebereiche jeweils in welchem Maße vertreten sind. Diese Herangehensweise steht im ersten Teil dieses Beitrages im Mittelpunkt. Zum anderen kann aber auch von den Industriebereichen ausgegangen werden und es wird ermittelt, welche Anteile auf die jeweiligen Regionen entfallen. Dabei wird die wirtschaftliche Bedeutung einer Region für eine bestimmte Branche deutlich. Im vorliegenden Beitrag wurden einige ausgewählte Industriebereiche betrachtet.

NACE: Nomenclature statistique des activités économiques dans la Communauté européenne
ISIC: International Standard Industrial Classification of all Economic Activities

Vorbemerkungen

Im Jahr 2014 wurden drei Ausgaben des Branchenreports „Industrie im Freistaat Sachsen, Kreisergebnisse“ veröffentlicht. In der ersten wurde für die Jahre 2000 bis 2008 die Industrie nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003, dargestellt. [1] Das heißt, die Zeitreihe umfasst nahezu ein Jahrzehnt. Ab dem Berichtsjahr 2009 wurde die Statistik im Bergbau, der Gewinnung von Steinen und Erden sowie dem Verarbeitenden Gewerbe auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008, umgestellt. Damit folgte Deutschland Vorgaben von Eurostat (NACE, Rev. 2) bzw. letztendlich der UN Statistics Division (ISIC, Rev. 3).

Die Abgrenzung der Industrie in den beiden Klassifikationen der Wirtschaftszweige unterscheidet sich beträchtlich voneinander, so dass die bisherige Zeitreihe mit dem Jahr 2008 beendet werden musste. Für das Berichtsjahr 2008 erfolgte eine Doppelaufbereitung nach beiden Klassifikationen, so dass die neue Zeitreihe wiederum mit dem Jahr 2008 beginnt. Im zweiten Branchenreport „Industrie im Freistaat Sachsen, Kreisergebnisse“ erfolgte die Darstellung der Industrie nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008, für die Jahre 2008 bis 2012. [2] Dieser Branchenreport wird jährlich fortgeschrieben.¹⁾

- 1) Die Veröffentlichung erfolgt im Unterschied zur ersten und zweiten Ausgabe als Tabellenband, das heißt ohne Analysetexte und Abbildungen. Die Ausgabe für die Jahre 2008 bis 2013 wurde im Jahr 2014 veröffentlicht.
- 2) Da das Verarbeitende Gewerbe die deutlich überwiegende Rolle spielt, wurde in diesem Beitrag – abweichend zu anderen Veröffentlichungen – diese Reihenfolge der Namensnennung der beiden Wirtschaftsabschnitte gewählt.
- 3) Für die Gemeinden können in der Regel nur Gesamtergebnisse ohne jede sachliche Gliederung veröffentlicht werden.

Eine Rückrechnung der nach WZ 2003 erhobenen Daten für die Jahre vor 2008 auf die WZ 2008 war sowohl aus sachlichen Gründen als auch in Abwägung des dazu erforderlichen Arbeitsaufwandes nicht möglich.

Methodische Hinweise

Die Analyse erfolgte für das Verarbeitende Gewerbe sowie den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden (Industrie)²⁾ in der Abgrenzung nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). Demzufolge beginnt der Analysezeitraum mit dem Berichtsjahr 2008.

In regionaler Hinsicht können Daten für die Gemeinden, Kreise (Landkreise und Kreisfreie Städte) und NUTS-2-Regionen (z. B. Bezirke der sächsischen Handwerks- sowie Industrie- und Handelskammern) aufbereitet werden. In diesem Beitrag steht die Kreisebene im Mittelpunkt.³⁾ Unter sachlichen Gesichtspunkten erfolgt die Analyse im Allgemeinen nach den Wirtschaftsabteilungen (WZ-2-Steller). Hierfür wird im Folgenden der Begriff Industriebereiche verwendet.

Die Analyse schließt die Merkmale Betriebe, tätige Personen, Gesamtumsatz sowie Auslandsumsatz und Exportquote ein. Das Merkmal

Abb. 1 Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2008 bis 2013



Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen; Stand: 30. September

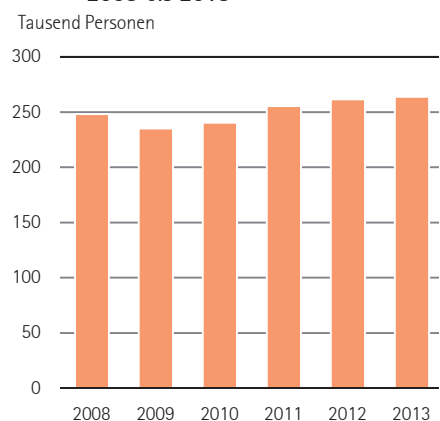
Entgelte – früher als Bruttolohn- und -gehaltssumme bezeichnet – wird nur bei Bedarf in die Betrachtung einbezogen. Im Allgemeinen verläuft die Entwicklung der Entgelte ähnlich wie die der tätigen Personen.

Entwicklung der Industrie 2008 bis 2013

Betriebe

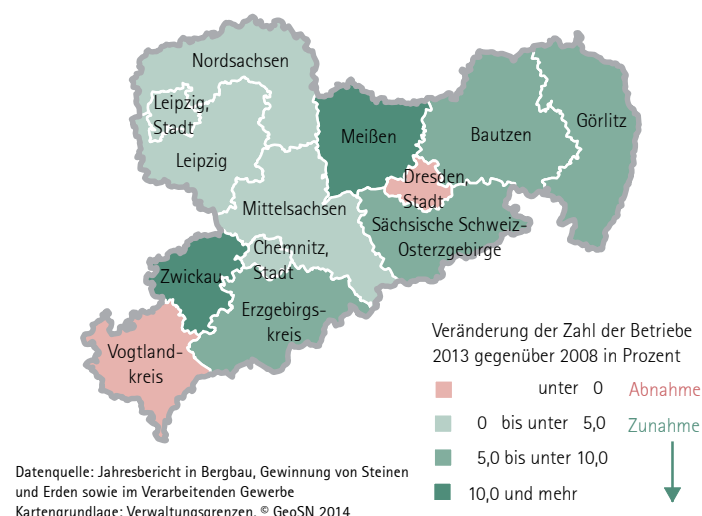
Die Betriebszahl (Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen) erhöhte sich im Analysezeitraum von 2 906 Betrieben 2008 auf 3 052 Betriebe 2013 und damit um 5,0 Prozent (bzw. 146 Betriebe). Von 2012 zu 2013 hat die Zahl faktisch stagniert (vgl. Abb. 1). Die Verteilung der Betriebe auf die 13 sächsischen Landkreise und Kreisfreien Städte folgt zwei Kriterien. Zum einen konzentrieren sich die Industriebetriebe in

Abb. 3 Tätige Personen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2008 bis 2013



Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen; Stand: 30. September

Abb. 2 Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2008 bis 2013



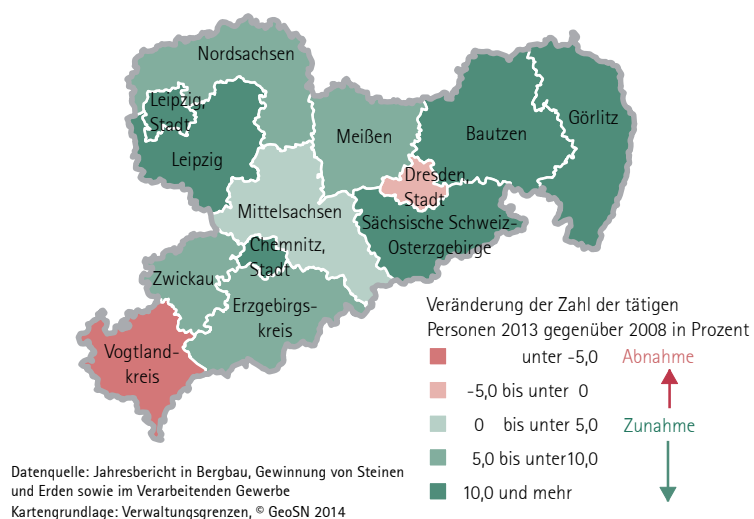
den Kreisfreien Städten. Dresden führt hier mit rund 240 Betrieben im Untersuchungszeitraum, zuletzt (2013) waren es 236, die Rangfolge an. Chemnitz und Leipzig lagen mit knapp 160 Betrieben im Untersuchungszeitraum nahezu gleichauf. Zuletzt (2013) waren es in Chemnitz 154 Betriebe und in Leipzig 164 Betriebe. [3] Die Verteilung der Industriebetriebe auf die Landkreise ist einerseits von der Größe der Landkreise abhängig, andererseits aber auch von den Größenstrukturen der Betriebe.⁴⁾ Diese wiederum steht in Zusammenhang zur Bereichsstruktur (vgl. [2, Tabellen 1.1]). In manchen Industriebereichen dominieren größere Betriebe und in anderen eher mittlere. Außerdem sind auch historische Entwicklungen zu beachten. So ist zum Beispiel die Industrie im westlichen Erzgebirgsraum verhältnismäßig flächenhaft verteilt. Das heißt, fast jede Gemeinde war in der Vergangenheit bzw. ist auch gegenwärtig Industriestandort (vgl. dazu [5]).

Die Betriebszahlen in den Landkreisen schwanken im Untersuchungszeitraum von 2008 bis 2013 zwischen knapp 150 im Landkreis Nordsachsen, zuletzt (2013) 148, und rund 400 Betrieben im Erzgebirgskreis, zuletzt (2013) 415. Dementsprechend liegen die Anteile der Landkreise an der Betriebszahl insgesamt zwischen rund fünf Prozent und knapp 14 Prozent. Die Entwicklung der Betriebszahlen in den Kreisen im Untersuchungszeitraum zeigt Abbildung 2. Die Auswertung des statistischen Unternehmensregisters (URS-Neu) zeigt, dass im Jahr 2011 in Sachsen insgesamt rund 15 000 Betriebe in den Wirtschaftsabschnitten Verarbeitendes Gewerbe und Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden registriert waren (alle Betriebe, ohne Abschneidegrenze). Davon sind 2013

Null sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigte? – In diesem Fall bedeutet die Aussage "0", dass diese Einheit zu einem früheren Zeitpunkt über sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigte verfügt hat, zum letzten Stand jedoch nicht mehr, dafür aber einen steuerbaren Umsatz von 17 500 € oder mehr erbrachte.

4) Hier kann sich die Abschneidegrenze von 20 tätigen Personen auswirken. Eine Betriebsgrößenstruktur mit vielen Betrieben in der Nähe der Abschneidegrenze und wenigen größeren Betrieben führt zu einer höheren Zahl der statistisch erfassten Industriebetriebe.

Abb. 4 Tätige Personen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2008 bis 2013



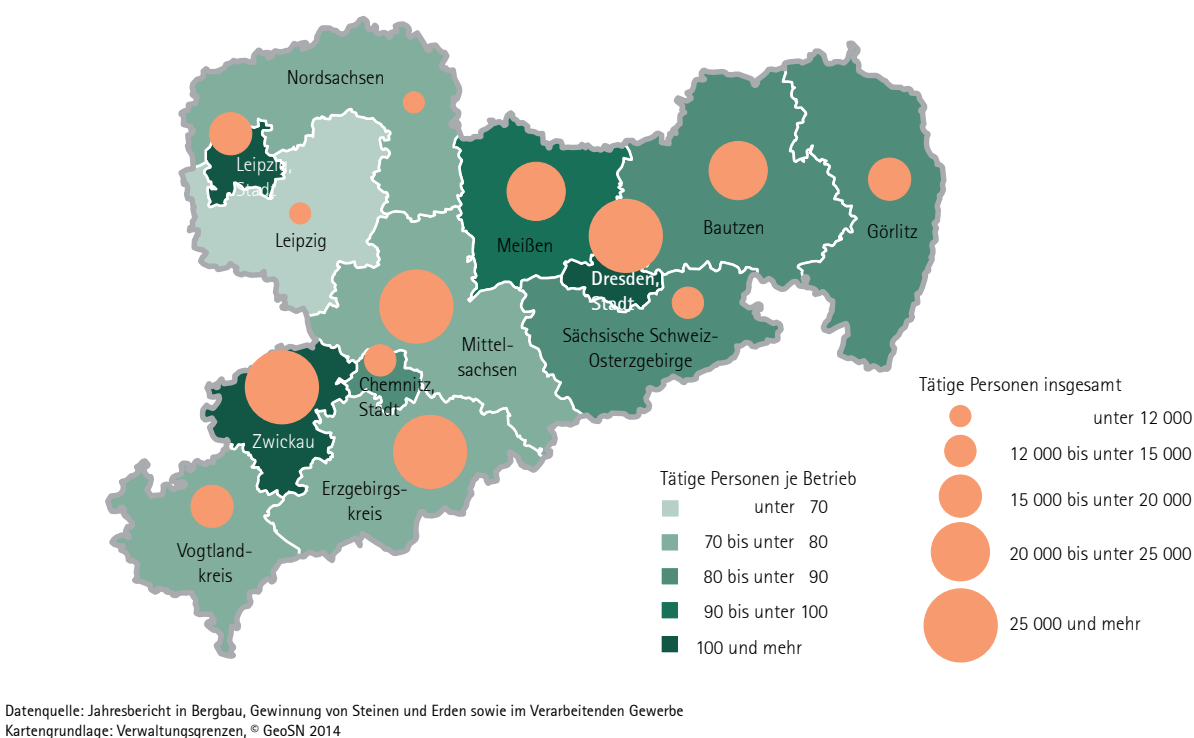
noch rund 14 500 Betriebe wirtschaftlich aktiv gewesen (vgl. [6, Tab. 3]). Das heißt, nur rund ein Fünftel aller sächsischen Industriebetriebe reicht an die Marke von 20 tätigen Personen heran und unterliegt somit der statistischen Beobachtung. Allein rund 70 Prozent aller Industriebetriebe in Sachsen haben zwischen null und neun sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

Tätige Personen

Die Zahl der tätigen Personen in der sächsischen Industrie lag im Jahr 2008 bei 248 003 und am Ende des Untersuchungszeitraumes 2013 bei 263 703 (Stand jeweils Ende September). Für den gesamten Zeitraum entspricht das seiner Zunahme von 6,3 Prozent. Im Jahr 2009 war die Zahl der tätigen Personen im Vorjahresvergleich um 5,2 Prozent auf 234 986 Personen gefallen (vgl. Abb. 2). Die Gründe dafür sind im Konjunkturverlauf zu suchen. Hier wirkte sich die Wirtschaftskrise entsprechend aus. Ab 2010 ist die Zahl der tätigen Personen wieder durchgängig gestiegen, bis 2013 um insgesamt 12,2 Prozent.

Die Verteilung der tätigen Personen auf die sächsischen Kreise zeigt Abbildung 5. An der Spitze lagen im Untersuchungszeitraum der Erzgebirgskreis mit gut 29 000 Industriebeschäftigten und der Landkreis Zwickau mit rund 28 000 Industriebeschäftigten. Im Jahr 2013 waren es im Erzgebirgskreis 30 663 Personen und im Landkreis Zwickau 29 700 Personen. Es folgen der Landkreis Mittelsachsen mit zuletzt (2013) 27 295 tätigen Personen und die Kreisfreie Stadt Dresden mit 27 155 tätigen Personen. Die beiden Landkreise mit den wenigsten Industriebeschäftigten sind die Landkreise Leipzig und Nordsachsen mit jeweils rund 11 000 Personen im Untersuchungszeitraum. Zuletzt

Abb. 5 Tätige Personen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2013



(2013) waren es im Landkreis Leipzig 11 899 Personen und im Landkreis Nordsachsen 11 443 tätige Personen. Die Entwicklung der Industriebeschäftigten im Untersuchungszeitraum veranschaulicht Abbildung 4.

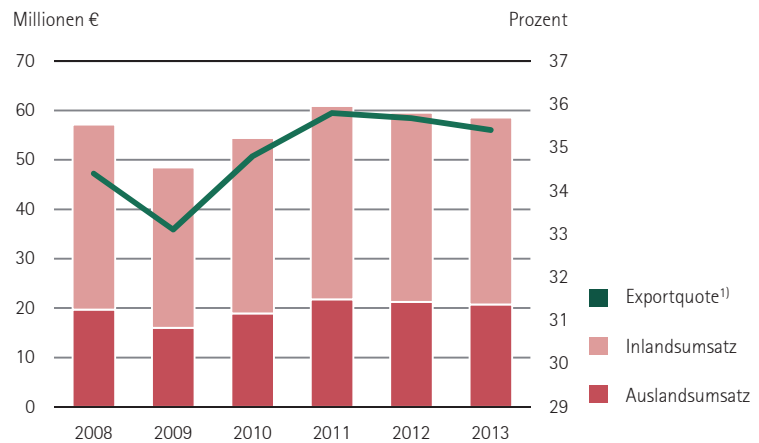
Gesamtumsatz

Der Gesamtumsatz lag im Jahr 2008 bei 57,1 Milliarden € und sank im Jahr darauf infolge der Wirtschaftskrise auf 48,4 Milliarden €. Das entspricht einem Rückgang um 15,2 Prozent. Dabei sank der Auslandsumsatz mit 18,6 Prozent stärker als der Inlandsumsatz mit 13,4 Prozent.⁵⁾

Von 2009 bis 2011 war wieder eine positive Umsatzentwicklung zu beobachten. Der bisherige Höchstwert wurde 2011 mit 60,9 Milliarden € erreicht, seither ist der Industrieumsatz wieder leicht rückläufig. Allerdings lag der Gesamtumsatz mit 58,6 Milliarden € 2013 noch über dem Wert zu Beginn von 2008 (vgl. Abb.6).

Bei den hier dargestellten Umsatzentwicklungen bleiben die Preisveränderungen unberücksichtigt. Für den Inlandsumsatz sei hier auf den Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte verwiesen. [7] Er stieg 2011 in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um 5,3 Prozent und 2012 um 1,6 Prozent. 2013 lag er faktisch auf dem Vorjahresniveau (vgl. Tab. 1). Das heißt, diese Veränderungen der Erzeugerpreise wirken – in grober Näherung – auf die nominale Erhöhung des Inlandsumsatzes der sächsischen Industrie im Jahr 2011 (plus 10,2 Prozent) im Hinblick auf die reale Erhöhung dämpfend und auf die nominale Senkung des Inlandsumsatzes 2012 (minus 2,1 Prozent) verstärkend.⁶⁾ Auch beim Gesamtindex der Ausführpreise (ohne Reparatur und Instandhaltung und Installation von Ma-

Abb. 6 Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2008 bis 2013



Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen

1) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in Prozent

schinen) sind 2011 (plus 3,3 Prozent) und 2012 (plus 1,5 Prozent) Preiserhöhungen und 2013 (minus 0,6 Prozent) ein leichter Preisrückgang ermittelt worden (vgl. Tab. 1). Das heißt, beim Auslandsumsatz der Industrie wirken – wiederum in grober Näherung – die Veränderungen der Ausführpreise 2011 auf den nominalen Zuwachs des Auslandsumsatzes im Hinblick auf den realen Zuwachs dämpfend, 2012 auf seine Senkung verstärkend und 2013 auf die Senkung wiederum dämpfend.

Die Verteilung des Umsatzes auf die sächsischen Kreise zeigt Abbildung 7. Der Landkreis Zwickau ist der Kreis mit dem höchsten Umsatz. Im Mittel des Untersuchungszeitraumes lag er bei knapp acht Milliarden €, zuletzt (2013) bei gut 8,5 Milliarden €. Es folgen der Landkreis Bautzen und die Kreisfreien Städte Leipzig und Dresden mit im Untersuchungszeitraum durch-

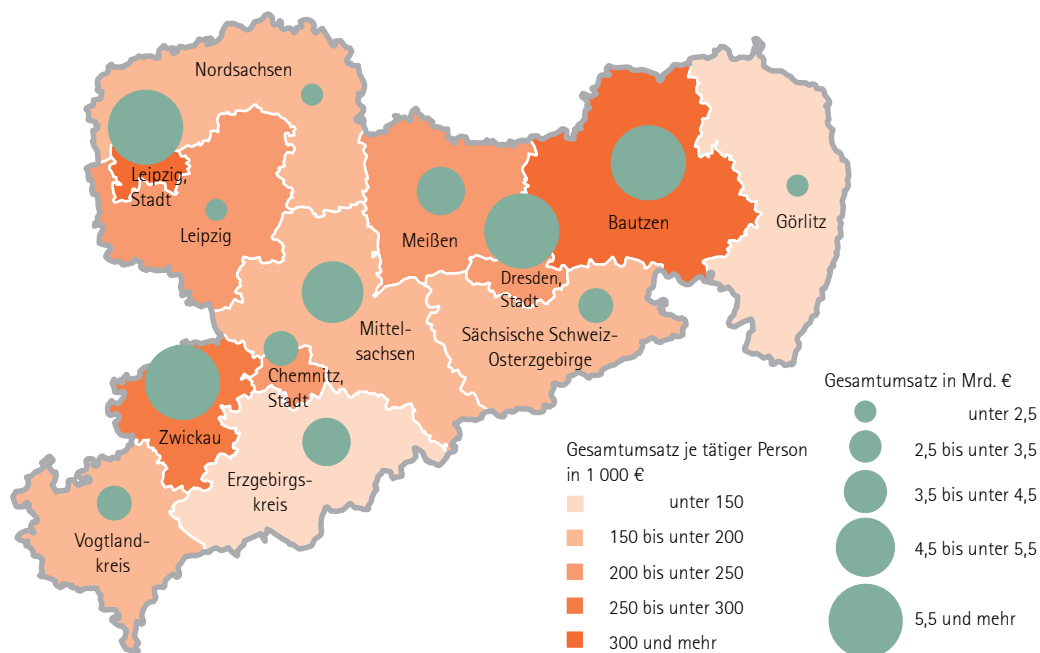
- 5) Der Auslandsumsatz war bereits 2008 um 1,7 Prozent niedriger als im Vorjahr. Die Wirtschaftskrise machte sich zuerst im Auslandsgeschäft bemerkbar, während der Inlandsumsatz im gleichen Zeitraum noch um 5,1 Prozent gestiegen war.
- 6) Der Index der Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte wird nur noch für Deutschland insgesamt ermittelt. Dem liegt die Annahme zu Grunde, dass es keine größeren regionalen Preisunterschiede in Deutschland mehr gibt.

Tab. 1 Ausgewählte Erzeugerpreisindizes und Ausführpreisindizes für Deutschland 2008 bis 2013 (2010 = 100)

Jahr	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)		Gesamtindex der Ausführpreise ohne Reparatur und Instandhaltung und Installation von Maschinen		Darunter			
					Bearbeitete Waren		Maschinenbau-erzeugnisse, elektrotechnische Erzeugnisse und Fahrzeuge	
	Jahresdurchschnitt	Veränderung zum Vorjahr in %	Jahresdurchschnitt	Veränderung zum Vorjahr in %	Jahresdurchschnitt	Veränderung zum Vorjahr in %	Jahresdurchschnitt	Veränderung zum Vorjahr in %
2008	102,8	x	99,1	x	100,3	x	98,2	x
2009	98,5	-4,2	96,9	-2,2	95,1	-5,2	98,8	0,6
2010	100	1,5	100	3,2	100	5,2	100	1,2
2011	105,3	5,3	103,3	3,3	105,9	5,9	100,4	0,4
2012	107,0	1,6	104,9	1,5	105,6	-0,3	102,0	1,6
2013	106,9	-0,1	104,3	-0,6	103,8	-1,7	101,7	-0,3

Datenquelle: Statistisches Bundesamt

Abb. 7 Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2013



Datenquelle: Jahresbericht in Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden sowie im Verarbeitenden Gewerbe
Kartengrundlage: Verwaltungsgrenzen, © GeoSN 2014

schnittlich mehr als 6,5 Milliarden € Jahresumsatz. Zuletzt (2013) lag er im Landkreis Bautzen bei 7,5 Milliarden €, in der Stadt Leipzig bei 7,4 Milliarden € und in der Stadt Dresden bei 6,4 Milliarden €. Die umsatzschwächsten Kreise mit zuletzt (2013) weniger als 2,5 Milliarden € Gesamtumsatz sind die Landkreise Görlitz, Leipzig und Nordsachsen. Die Entwicklung des Gesamtumsatzes im Untersuchungszeitraum ist in Abbildung 8 dargestellt.

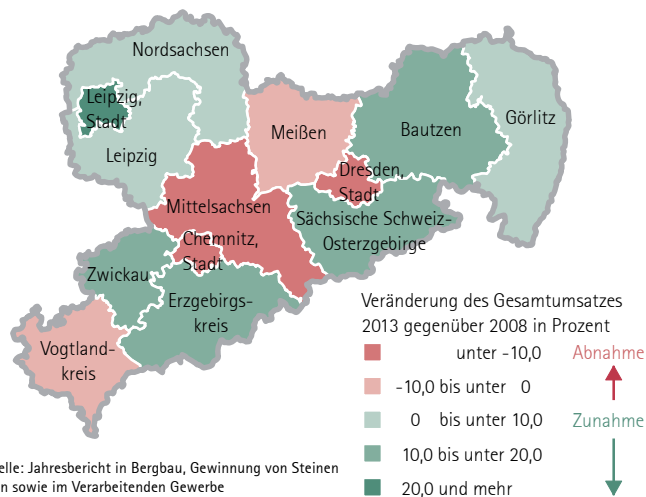
Auslandsumsatz

Der Auslandsumsatz lag 2008 bei 19,7 Milliarden € und 2013 bei 20,7 Milliarden €. Das heißt, am Ende des Untersuchungszeitraumes lag er um 5,5 Prozent höher als am Anfang. Innerhalb des Untersuchungszeitraumes nahm der Auslandsumsatz die gleiche Entwicklung, wie der Inlandsumsatz bzw. der Gesamtumsatz. Das heißt, 2009 sank er infolge der Wirtschaftskrise auf 16,0 Milliarden €, stieg anschließend wieder an und erreichte 2011 mit 21,8 Milliarden € seinen Maximalwert. 2012 und 2013 sank er wieder leicht und lag zuletzt immerhin über dem Wert des Jahres 2008 (vgl. Abb. 6).

Die Verteilung des Auslandsumsatzes auf die sächsischen Kreise zeigt Abbildung 10. Über den gesamten Analysezeitraum hinweg wurde im Landkreis Zwickau mit jährlich rund 3,7 Milliarden € der höchste Auslandsumsatz erwirtschaftet, es folgen die Stadt Leipzig mit nicht ganz dreieinhalb Milliarden € und die Stadt Dresden mit reichlich drei Milliarden €. Am aktuellen Rand (2013) führte die Stadt Leipzig mit 3,9 Milliarden € Auslandsumsatz, gefolgt vom Landkreis Zwickau mit 3,8 Milliarden € und der Stadt Dresden mit 3,4 Milliarden € die Rangfolge an.

In der Größenordnung von einer bis eineinhalb Milliarden € folgte eine Gruppierung, bestehend aus den Kreisen Meißen, Mittelsachsen, Bautzen, dem Erzgebirgskreis und der Stadt Chem-

Abb. 8 Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2008 bis 2013



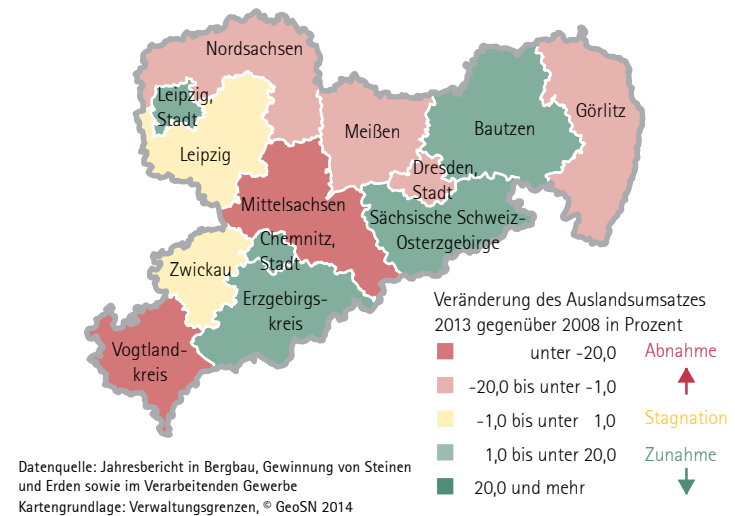
Datenquelle: Jahresbericht in Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden sowie im Verarbeitenden Gewerbe
Kartengrundlage: Verwaltungsgrenzen, © GeoSN 2014

nitz. Alle anderen Landkreise erwirtschaften Auslandsumsätze zwischen rund einer halben Milliarde € und einer Milliarde € (vgl. Abb. 10). Die Entwicklung des Auslandsumsatzes im Untersuchungszeitraum zeigt Abbildung 9. Das Verhältnis von Inlandsumsatz und Auslandsumsatz ist in den 13 sächsischen Kreisen unterschiedlich. Dementsprechend unterscheiden sich auch die Exportquoten. Für Sachsen insgesamt lag sie 2013 bei 35,4 Prozent. Überdurchschnittlich war sie in den beiden Städten Dresden und Leipzig mit je 52,7 Prozent und im Landkreis Zwickau mit 44,6 Prozent. In der Stadt Chemnitz und den Landkreisen Meißen und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge lag die Exportquote etwas unter dem Mittelwert. In allen anderen Kreisen war sie dementsprechend stärker unterdurchschnittlich, am niedrigsten im Landkreis Bautzen mit nur 18,0 Prozent. Obwohl der Gesamtumsatz in diesem Kreis sehr hoch ist, ist der Auslandsumsatz unterdurchschnittlich. Das ist auf die Bereichsstruktur zurückzuführen. Die hier dominierende Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln produziert in hohem Maße für den Inlandmarkt.

Bereichsstruktur der Industrie in den Kreisen

Die Bereichsstruktur der Industrie der einzelnen Kreise lässt sich am günstigsten im Vergleich zur sächsischen Industriestruktur beschreiben.

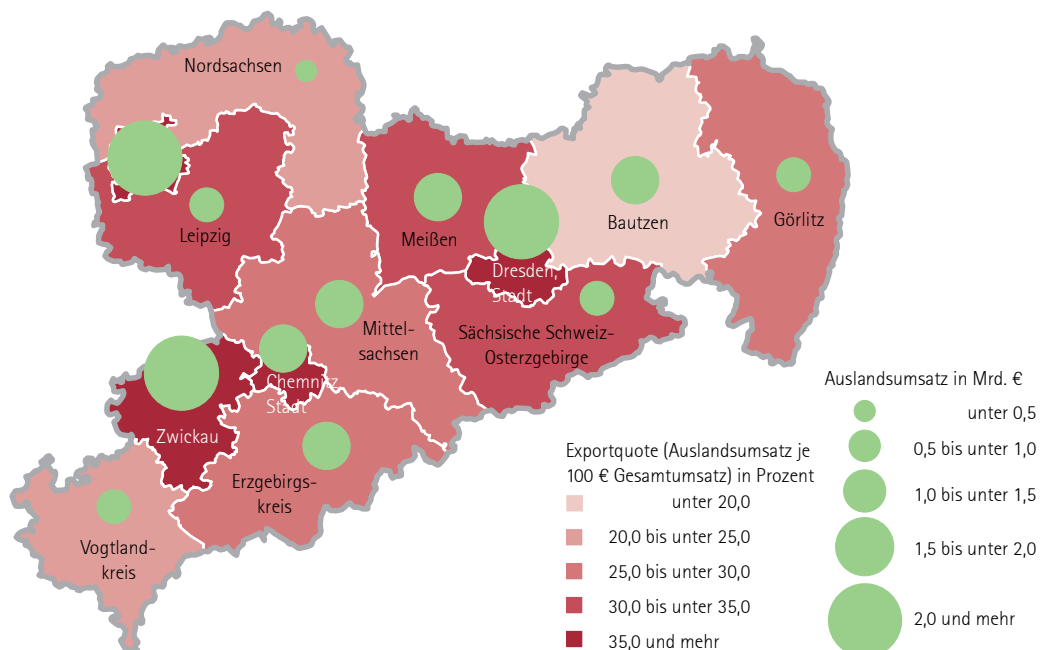
Abb. 9 Auslandsumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2008 bis 2013



ben. Im Freistaat Sachsen sind 23 der 24 Wirtschaftsabteilungen des Verarbeitenden Gewerbes und drei der fünf Wirtschaftsabteilungen des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden besetzt.⁷⁾ Die Betriebsstruktur wird grundsätzlich vollständig veröffentlicht. Die Veröffentlichungstiefe bei den tätigen Personen und Umsätzen zeigt Abbildung 11. Sachsenweit ist der Anteil der tätigen Personen, des Gesamtumsatzes und des Auslandsumsatzes für die nicht veröffentlichten Industriebereiche mit

7) Unbesetzt sind die Wirtschaftsabteilung 19 „Kokerei und Mineralölverarbeitung“ sowie 06 „Gewinnung von Erdöl und Erdgas“ und 07 „Erzbergbau“. Mit nur einem Betrieb besetzt sind die Wirtschaftsabteilungen 12 „Tabakverarbeitung“ und 09 „Erbringung von Dienstleistungen für den Bergbau und für die Gewinnung von Steinen und Erden“.

Abb. 10 Auslandsumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2013



jeweils bis zu einem Prozent gering. Für die 13 Landkreise sind die Aussagemöglichkeiten teilweise deutlich eingeschränkter.⁸⁾

Betriebsstruktur

Nach der Bereichsstruktur der Industrie lassen sich die 13 Kreise in Sachsen beim Merkmal Betriebe zwei Typen zuordnen. Der erste Typ hat ein vergleichsweise ausgeglichenes Verteilungsmu-

Abb. 11 Matrix der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2013 nach Landkreisen und Kreisfreien Städten sowie nach Wirtschaftsabteilungen

AGS WZ	Region Chemnitz					Region Dresden					Region Leipzig			Sachsen
	11	21	22	23	24	12	25	26	27	28	13	29	30	
05								1				1		2
08		7	12	3	3		10	4	6	6	3	5	12	71
09													1	1
B		7	12	3	3		10	5	6	6	3	6	13	74
10	10	35	47	32	21	24	36	28	25	23	9	29	23	342
11	3		4	3	2	1	3	4	3	1	1		2	27
12						1								1
13	1	13	12	30	15	1	12	13		2	1	3		103
14	3	9	4	3	7		4	1						31
15		4	3				1	2						10
16		27	13	4	6	1	5	10	6	3	4	7	4	90
17	1	12	14	3	2	1	3	2	4	7		5	5	59
18	2	2	4	3	5	20	5	6	7	1	13	4	2	74
20	1	5	11	2	4	5	9	2	3	6	5	10	6	69
21	1			2	2	6	2	3	1	1	4			22
22	2	21	20	15	13	6	29	8	14	14	5	11	6	164
23	14	9	25	11	20	11	24	18	21	13	14	22	28	230
24	5	12	13	3	1	2	6	3	3	4	9	5	6	72
25	36	126	64	46	47	22	54	34	47	44	19	26	15	580
26	4	9	11	5	3	29	9	1	6	12	7	3	3	102
27	9	21	17	12	11	19	16	4	10	5	11	5	4	144
28	34	46	39	25	29	34	37	23	31	21	18	23	15	375
29	7	12	14	11	27	2	5	6	1	3	11	5		104
30	1		3	1	1	3	1	3	2	1	2			18
31	1	13	14	5	3	1	9	5	1	3		2	2	59
32	6	19	9	16	6	14	12	7	3	5	9	6	2	114
33	13	13	11	7	22	33	10	16	9	7	19	16	12	188
C	154	408	352	239	247	236	292	199	197	176	161	182	135	2 978

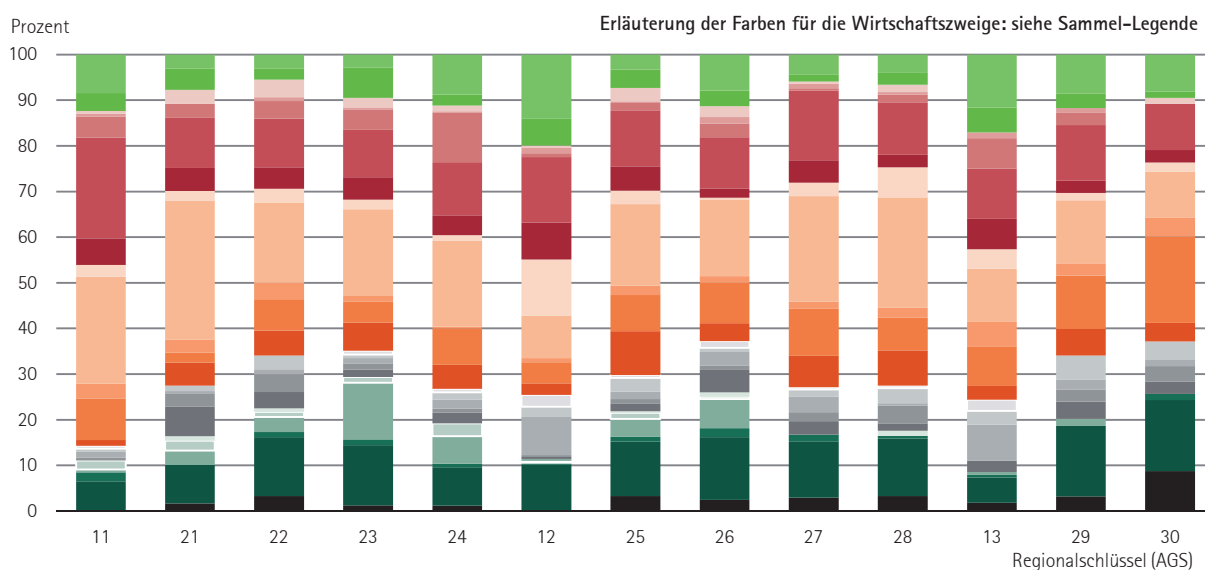
Datenquelle: Jahresbericht in Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden sowie im Verarbeitenden Gewerbe

WZ: Wirtschaftsabteilungen der WZ 2008; zur Erläuterung siehe Sammel-Legende.

AGS: Allgemeiner Gemeindegchlüssel

- Nicht besetzt
- Offen für Betriebe, tätige Personen, Gesamtumsatz und Auslandsumsatz
- Mit 1 oder 2 Betrieben besetzt, primäre Geheimhaltung für alle weiteren Merkmale
- Mit 3 oder mehr Betrieben besetzt, Geheimhaltung ab einem der weiteren Merkmale: tätige Personen, Gesamtumsatz bzw. Auslandsumsatz

Abb. 12 Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2013 nach Wirtschaftsabteilungen und Kreisen



ster. – Bei einer Darstellung als „Tortendiagramm“ ist das erste „Tortenstück“ am größten und dann werden sie relativ regelmäßig immer kleiner. – Dabei kann ein Bereich auch leicht stärker dominieren. Der zweite Typ ist durch die Dominanz eines oder weniger Bereiche charakterisiert.

Die meisten der 13 Kreise sind bei der Betriebsstruktur dem ersten Typ zuzuordnen. Lässt man einmal die in Sachsen nur mit einem Betrieb vertretene Tabakverarbeitung außer Betracht, dann sind in fünf Kreisen mindestens 21 Industriebereiche vertreten: Bautzen, Görlitz, Mittelsachsen, Zwickau und Vogtlandkreis (vgl. Abb. 11).

Zum zweiten Typ mit einem oder wenigen dominierenden Industriebereichen zählen der Erzgebirgskreis mit der Herstellung von Metallerzeugnissen (2013 mit 126 Betrieben bzw. 30 Prozent der Betriebe des Bereiches in Sachsen); die Kreisfreie Stadt Chemnitz mit der Herstellung von Metallerzeugnissen und dem Maschinenbau (zusammen 2013 mit 70 Betrieben bzw. 45 Prozent der Betriebe); die Landkreise Meißen und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge mit ebenfalls dominierender Herstellung von Metallerzeugnissen. Im Landkreis Nordsachsen sind die dominierenden Industriebereiche die Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden sowie die Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (zusammen 2013 mit 51 Betrieben bzw. gut einem Drittel der Betriebe). Im Landkreis Leipzig dominiert ebenfalls die Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln. Bei einigen Kreisen ist keine ganz eindeutige Zuordnung zu einem der beiden Typen möglich. Die prozentuale Strukturübersicht für alle Kreise zeigt Abbildung. 12.

Beschäftigtenstruktur⁹⁾

Nach der Bereichsstruktur lassen sich auch beim Merkmal tätige Personen die 13 Kreise den zwei oben erwähnten Typen zuordnen. Eine vergleichsweise ausgeglichene Beschäftigtenstruktur haben die Landkreise Mittelsachsen, Bautzen, Görlitz, Meißen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Leipzig und der Vogtlandkreis (vgl. Abb. 13). Von den in Sachsen insgesamt beschäftigungsstärksten Industriebereichen (Herstellung von Metallerzeugnissen, Maschinenbau, Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln) sind auch in diesen Kreisen in der Regel mehrere – in unterschiedlicher Reihenfolge – auf den vorderen Plätzen des Rankings vertreten. Hinzu kommen in den einzelnen Kreisen weitere Industriebereiche. Im Vogtlandkreis ist das beispielsweise die Herstellung von Textilien, im Landkreis Görlitz der Sonstige Fahrzeugbau oder auch der Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden (vgl. hierzu [2, S. 27, Fußnote 1 zu den Abb.]).

Zum Teil deutlicher als bei der Betriebsstruktur findet man bei der Beschäftigtenstruktur den Typ mit wenigen dominierenden Industriebereichen. Das hängt zum einen von der Betriebsgrößenstruktur ab, wenige dafür größere Betriebe generieren eine größere Beschäftigtenzahl, und zum anderen von der Dominanz beschäftigungsintensiver¹⁰⁾ Industriebereiche.

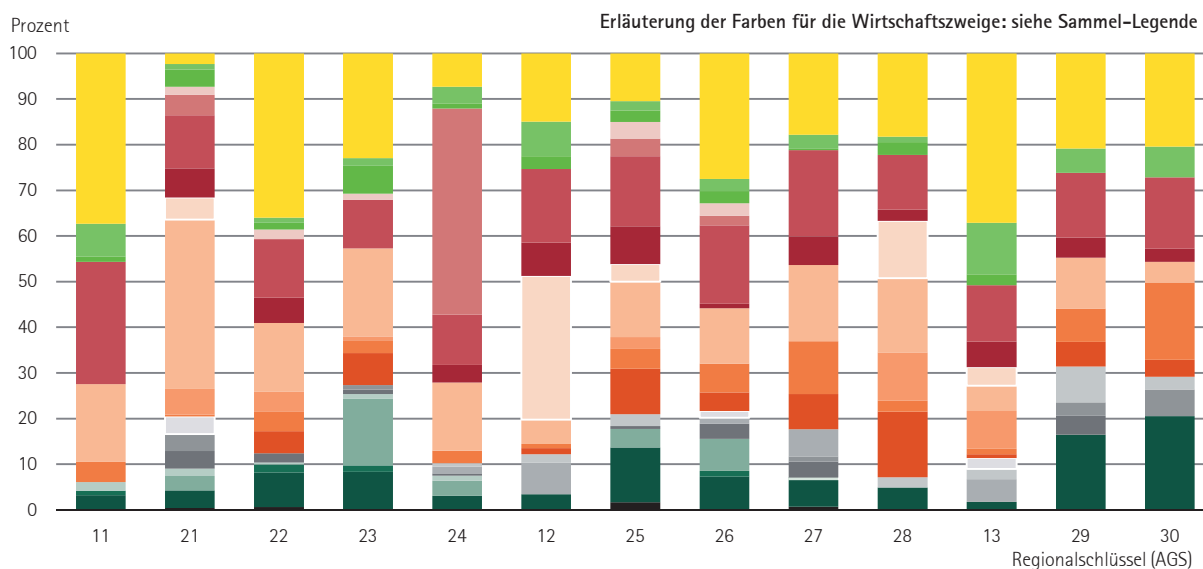
Zu diesem Typ gehören die drei Kreisfreien Städte. In Chemnitz dominieren in der Beschäftigtenstruktur der Maschinenbau und die Herstellung von Metallerzeugnissen (zusammen 2013 mit 44 Prozent der tätigen Personen), in

8) Vgl. dazu [2, S. 13 bis 37]. In diesem Branchenreport wurden für jeden Landkreis und die Kreisfreien Städte die Merkmale Betriebe, tätige Personen und Gesamtumsatz in Form von Kreisdiagrammen grafisch aufbereitet. Das gewählte Berichtsjahr war in der Regel 2012, ein früheres dann, wenn sich die Darstellungsmöglichkeiten „günstiger“ gestalteten. Von 2012 zu 2013 haben sich die Industriebereichsstrukturen grundsätzlich nicht verschoben.

9) Wenn hier und im Folgenden der Kürze wegen von Beschäftigtenstruktur geschrieben wird, dann bezieht sich das immer auf die tätigen Personen insgesamt.

10) Als beschäftigungsintensiv werden solche Industriebereiche bezeichnet, die für die Erzeugung eines bestimmten Umsatzes eine überdurchschnittliche Zahl an tätigen Personen benötigen, wie die Herstellung von sonstigen Waren, die Herstellung von Textilien, die Herstellung von Druckerzeugnissen usw., aber auch die Herstellung von Metallerzeugnissen. Als Durchschnittswert wird die sächsische Industrie insgesamt angesetzt.

Abb. 13 Tätige Personen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2013
nach Wirtschaftsabteilungen und Kreisen



Datenquelle: Jahresbericht in Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden sowie im Verarbeitenden Gewerbe

Dresden die Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie der Maschinenbau (zusammen 2013 mit 47 Prozent der tätigen Personen) und in Leipzig die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen und der Maschinenbau mit zusammen geschätzt rund 40 Prozent der tätigen Personen (zuletzt [2011] mit 41 Prozent).

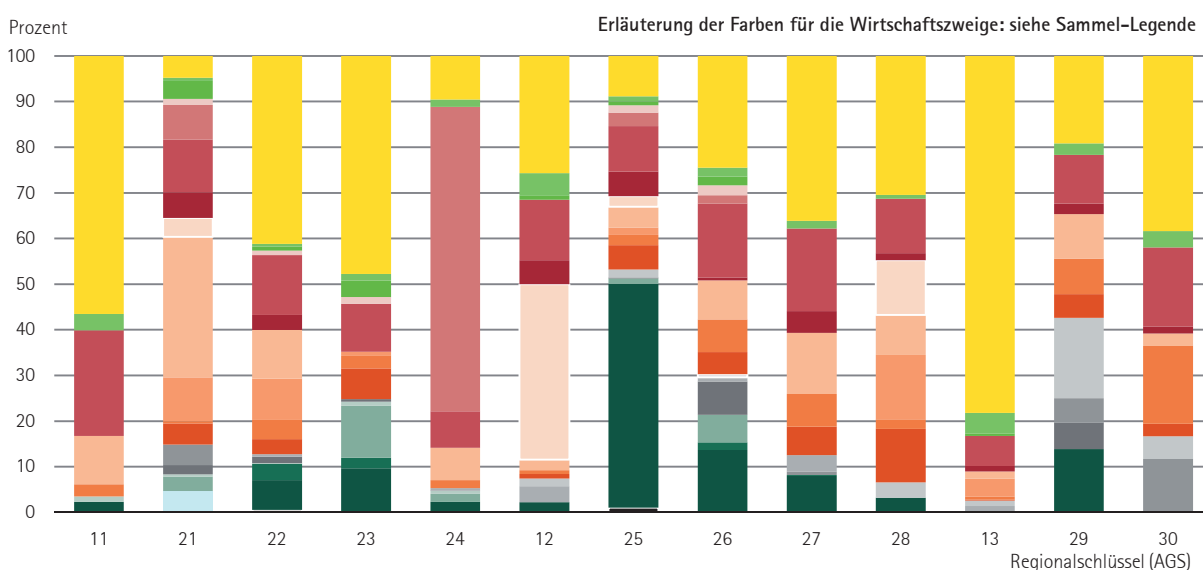
Im Landkreis Zwickau dominiert die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen in der Beschäftigtenstruktur mit zuletzt (2013) 45 Prozent der tätigen Personen. Es folgen hier mit großem Abstand die Herstellung von Metallerzeugnissen und der Maschinenbau. Im Erzgebirgskreis bildet

die Herstellung von Metallerzeugnissen den dominierenden Industriebereich mit zuletzt (2013) 37 Prozent der tätigen Personen, auch hier gefolgt vom Maschinenbau mit zwölf Prozent, zusammen entfällt auf beide Industriebereiche knapp die Hälfte der tätigen Personen.

Umsatzstruktur

Bei der Struktur des Gesamtumsatzes als auch des Auslandsumsatzes lassen sich für die sächsischen Kreise ebenfalls die beiden Strukturtypen wiederfinden. Allerdings ist die Spreizung der Umsatzwerte meist größer als das bei den tätigen Personen und Betrieben der Fall ist.

Abb. 14 Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2013
nach Wirtschaftsabteilungen und Kreisen



Datenquelle: Jahresbericht in Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden sowie im Verarbeitenden Gewerbe

Tab. 2 Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2013 nach Wirtschaftsbereichen

WZ-Nr.	Wirtschaftsbereich	Gesamtumsatz		Auslandsumsatz		Tätige Personen	
		1 000 €	Ranking	1 000 €	Ranking	absolut	Ranking
29	H. v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	13 803 324	1	7 388 636	1	28 627	3
28	Maschinenbau	6 972 891	2	3 146 595	2	38 181	2
10	H. v. Nahrungs- u. Futtermitteln	6 398 335	3	672 364	8	17 649	4
25	H. v. Metallerzeugnissen	5 140 463	4	1 036 036	5	40 767	1
26	H. v. DV-Geräten, elektronischen u. optischen Erzeugnissen	4 125 224	5	2 505 094	3	17 159	5
24	Metallerzeugung u. -bearbeitung	2 703 648	6	751 048	6	10 404	9
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	2 413 953	7	552 318	9	15 219	6
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	2 360 274	8	1 321 474	4	8 725	11
22	H. v. Gummi- u. Kunststoffwaren	2 037 622	9	471 832	10	13 205	7
23	H. v. Glas u. Glaswaren, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	1 912 323	10	345 084	12	11 255	8
17	H. v. Papier, Pappe u. Waren daraus	1 607 823	11	706 770	7	6 511	13
33	Rep. und Installation v. Maschinen u. Ausrüstungen	1 361 159	12	155 431	16	10 239	10
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- u. Korkwaren (ohne Möbel)	1 163 626	13	354 238	11	4 829	17
13	H. v. Textilien	918 688	14	337 534	13	7 856	12
11	Getränkeherstellung	847 061	15	.	x	2 107	21
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	794 109	16	24 831	20	3 353	19
30	Sonstiger Fahrzeugbau	784 830	17	263 565	14	5 444	16
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielf. bespielter Tonträger usw.	711 148	18	140 278	18	6 239	15
32	H. v. sonst. Waren	611 846	19	153 269	17	6 287	14
31	H. v. Möbeln	520 406	20	105 581	19	3 852	18
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	477 828	21	185 688	15	3 052	20

Datenquelle: Jahresbericht in Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden sowie im Verarbeitenden Gewerbe

Wenige Betriebe und umsatzintensive Industriebereiche generieren einen hohen Umsatz, während die weniger umsatzintensiven Industriebereiche demgegenüber niedrigere Umsätze hervorbringen.¹¹⁾ Eine vergleichsweise ausgeglichene Struktur des Gesamtumsatzes haben die Landkreise Mittelsachsen, Meißen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Leipzig, Nordsachsen und der Vogtlandkreis (vgl. Abb. 14). In den drei Kreisfreien Städten wird ein beträchtlicher Teil des Gesamtumsatzes von nur einem oder wenigen Industriebereichen erbracht. In der Stadt Chemnitz ist es neben dem Maschinenbau die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. In Dresden ist es die Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen mit reichlich einem Drittel des Gesamtumsatzes. Und in der Stadt Leipzig ist es die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit rund zwei Dritteln des Gesamtumsatzes. Auch unter den Landkreisen gibt es zumindest zwei mit einem sehr stark dominierenden Industriebereich. In Zwickau ist es die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit einem Umsatzanteil von rund zwei Dritteln. Im Landkreis Bautzen dominiert die Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln

mit einem Umsatzanteil von knapp der Hälfte (vgl. Abb. 14).

Eine analoge Strukturbetrachtung des **Auslandsumsatzes** nach Industriebereichen ist für die meisten Kreise nicht möglich. Der Anteil der unter „Übrige“ zu subsummierenden Industriebereiche liegt in einer Größenordnung von rund der Hälfte bis zum Teil über 90 Prozent.¹²⁾ Auf zwei Abweichungen von dieser „Regel“ sei jedoch hingewiesen. Im Erzgebirgskreis wurden zuletzt (2013) rund 30 Prozent des Auslandsumsatzes von der Herstellung von Metallerzeugnissen erbracht und jeweils gut zehn Prozent von der Metallerzeugung und -bearbeitung sowie vom Maschinenbau. Im Ranking folgen mit Anteilen von immer noch über fünf Prozent die Herstellung von Textilien, die Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus sowie die Herstellung von elektrischen Ausrüstungen. Der Erzgebirgskreis entspricht also auch beim Merkmal Auslandsumsatz in der Bereichsstruktur dem Typ mit relativ gleichmäßiger Verteilung der Bereiche. Die Kreisfreie Stadt Dresden ist beim Auslandsumsatz dem zweiten Typ zuzuordnen. Zuletzt (2013) entfielen knapp 60 Prozent des Auslandsumsatzes auf die Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie rund 16 Prozent auf den Maschinenbau.

11) Als umsatzintensiv werden solche Industriebereiche bezeichnet, wo auf eine tätige Person ein überdurchschnittlicher Umsatz entfällt, wie die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, die Metallerzeugung und -bearbeitung, die Herstellung von chemischen Erzeugnissen, aber auch die Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln sowie die Getränkeherstellung.

12) Auf die einzelnen Industriebereiche bezogen werden in den meisten Kreisen größere Auslandsumsätze von relativ wenigen größeren Betrieben getätigt. Oder es entfällt ein größerer Auslandsumsatz auf nur ein oder zwei Industriebetriebe. Dies führt in vielen Fällen dazu, dass die Angaben der statistischen Geheimhaltung unterliegen.

Abb. 15 Gesamtumsatz im Wirtschaftszweig Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen 2013

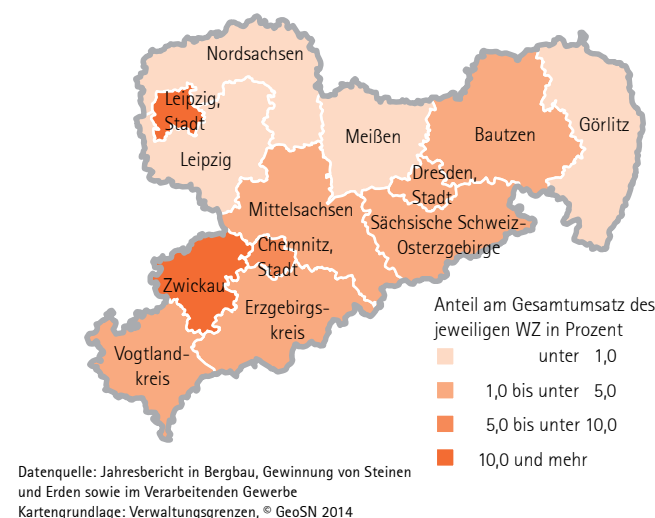


Abb. 16 Gesamtumsatz im Wirtschaftszweig Maschinenbau 2013

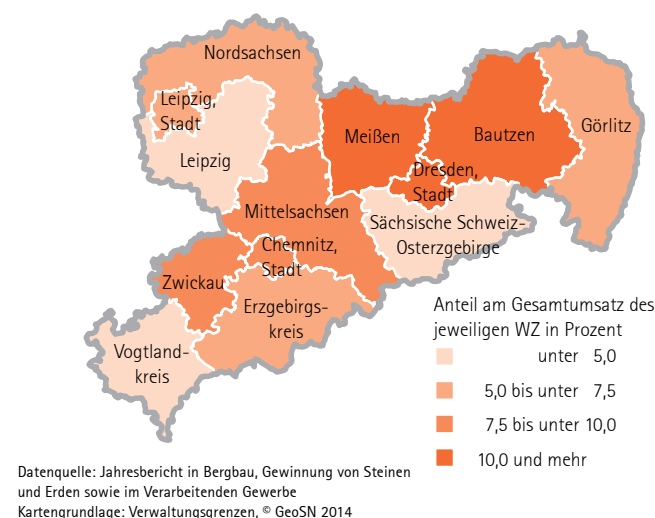


Abb. 17 Gesamtumsatz im Wirtschaftszweig Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln 2013



Ausgewählte Industriebereiche

Rund drei Viertel des Gesamtumsatzes wurden in den letzten Jahren durch acht Industriebereiche erwirtschaftet (vgl. Tab. 2). Die ersten vier, das sind die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, Maschinenbau, Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln sowie Herstellung von Metallerzeugnissen rangieren auch nach den tätigen Personen auf den ersten vier Rängen – wenn auch in anderer Reihenfolge. Es folgen als umsatzstarke Industriebereiche die Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen; die Metallerzeugung und -bearbeitung; die Herstellung von elektrischen Ausrüstungen sowie die Herstellung von chemischen Erzeugnissen. Auf diese acht Industriebereiche entfielen in den letzten Jahren knapp 70 Prozent des Gesamtumsatzes. Die Verteilung des Gesamtumsatzes auf die drei NUTS-2-Regionen am Beispiel des Jahres 2012 zeigt die Tabelle 3. Als beschäftigungsstarke Industriebereiche folgen den oben genannten ersten vier wiederum die Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie die Herstellung von elektrischen Ausrüstungen, dann jedoch auf dem siebten Rang die Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren und auf dem achten Rang die Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden (vgl. Tab. 2).

Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen

Die regionale Struktur dieses Bereiches ist durch die Konzentration auf den Landkreis Zwickau mit rund 40 Prozent des Gesamtumsatzes und die Stadt Leipzig mit rund einem Drittel gekennzeichnet. Die Städte Chemnitz mit rund sieben Prozent und Dresden mit rund fünf Prozent erwirtschafteten zuletzt (2013) noch nennenswerte Umsatzanteile in der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (vgl. Abb. 15). Die regionale Beschäftigtenstruktur dieses Industriebereiches ist durch eine ähnliche Konzentration gekennzeichnet. Im Landkreis Zwickau war im Untersuchungszeitraum nicht ganz die Hälfte aller Personen dieses Bereiches tätig, auf die Stadt Leipzig entfielen rund 17 Prozent (vgl. [2, Tab. 2.2.19]).

Maschinenbau

Der Maschinenbau als der umsatzseitig zweitbedeutendste unter den sächsischen Industriebereichen (vgl. Tab. 2) ist in fast jedem der 13 sächsischen Kreise mit einem nennenswerten Umsatzanteil vertreten. Jeweils über zehn Prozent des Gesamtumsatzes kamen zuletzt (2013) aus der Stadt Dresden und den Landkreisen Meißen und Bautzen (vgl. Abb. 16). Mit Anteilen von

jeweils unter fünf Prozent lagen die Landkreise Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Leipzig und der Vogtlandkreis am unteren Ende des Rankings. Die tätigen Personen verteilen sich noch etwas gleichmäßiger auf die sächsischen Kreise. Mehr als zehn Prozent entfielen im Untersuchungszeitraum lediglich auf die Stadt Dresden. Sonst ist die regionale Beschäftigtenstruktur des Maschinenbaus der Umsatzstruktur ähnlich (vgl. [2, Tab. 2.2.18]).

Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln

Die Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln ist ein Industriebereich, der traditionell flächenhaft verteilt ist. Das heißt, vor noch nicht allzu langer Zeit war fast jede sächsische Gemeinde auch Standort des Nahrungsmittelgewerbes.¹³⁾ Das gilt heute natürlich nicht mehr in dem Maße, aber die Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln ist nach wie vor ein Industriebereich, der in zwölf der 13 sächsischen Kreise im Untersuchungszeitraum in einer mittleren Größenordnung von 100 Millionen € bis 350 Millionen € vertreten war (vgl. Abb. 17). Die wichtigste Ausnahme ist der Landkreis Bautzen. Hier wird rund die Hälfte des Gesamtumsatzes dieses Bereiches in Sachsen erzeugt. 2009 lag der Anteil bei 51 Prozent und 2013 bei über 57 Prozent. Das Wachstum lag in dieser Zeit bei rund 43 Prozent bzw. über einer Milliarde €. In der regionalen Beschäftigtenstruktur ist die Dominanz des Landkreises Bautzen deutlich geringer. Mit einem Beschäftigtenanteil von rund 16 Prozent im Untersuchungszeitraum liegt er zwar an der Spitze, doch folgen die Landkreise Nordsachsen mit rund 13 Prozent, Mittelsachsen mit rund 12 Prozent und Leipzig mit rund 11 Prozent relativ dicht dahinter (vgl. auch [2, Tab. 2.2.2]).

Herstellung von Metallernzeugnissen

Da dieser Industriebereich in Sachsen mit über 400 Betrieben vertreten ist, ist er auch in allen 13 sächsischen Kreisen zu finden. Rund 60 Prozent des Gesamtumsatzes wurden im Untersuchungszeitraum in der NUTS-2-Region Chemnitz erzielt. Der dominierende Kreis ist der Erzgebirgskreis mit einem Anteil von rund einem Viertel. Jeweils rund zehn Prozent entfallen auf die anderen drei Landkreise dieser Region und rund sechs Prozent auf die Stadt Chemnitz. Von den verbleibenden Kreisen hat der Landkreis Meißen mit rund zwölf Prozent ebenfalls einen nennenswerten Anteil (vgl. Abb. 18). Bei der Beschäftigtenstruktur ist die Dominanz der Region Chemnitz mit über 60 Prozent sogar noch etwas höher als beim Gesamtumsatz. Auf den Erzgebirgskreis entfielen im Untersuchungszeitraum allein fast 30 Prozent der tätigen Per-

Abb. 18 Gesamtumsatz im Wirtschaftszweig Herstellung von Metallernzeugnissen 2013

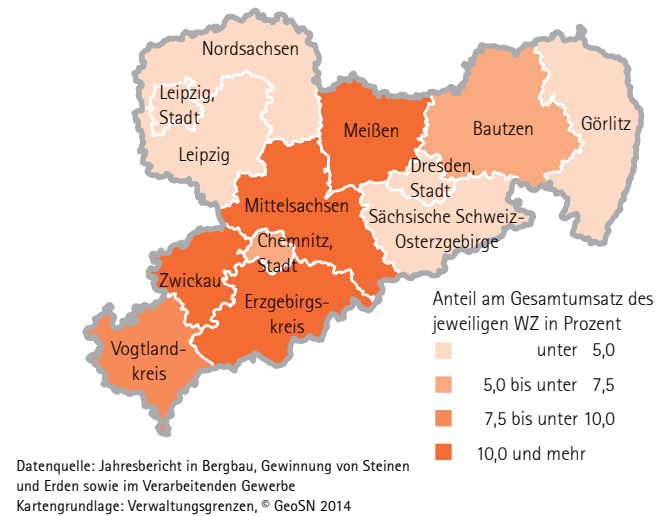
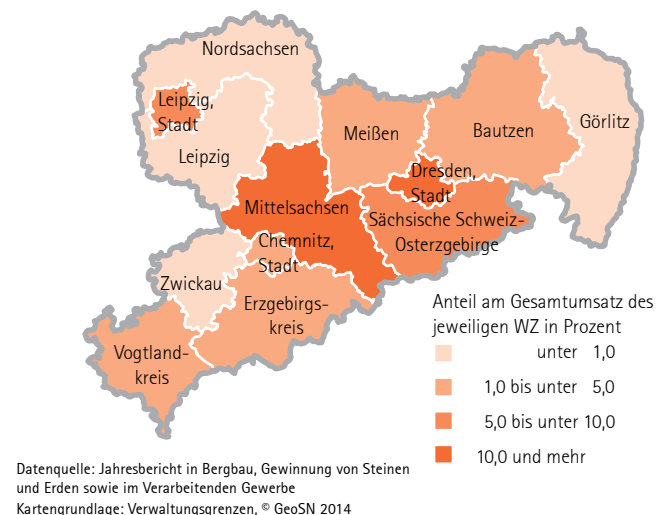


Abb. 19 Gesamtumsatz im Wirtschaftszweig Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen 2013



sonen. Mit rund zehn Prozent folgt der Landkreis Mittelsachsen, mit neun Prozent der Landkreis Zwickau, mit acht Prozent der Vogtlandkreis und mit sechs Prozent die Stadt Chemnitz. Anteile in ähnlicher Größenordnung, zwischen sieben und acht Prozent haben die Landkreise Meißen und Bautzen (vgl. [2, Tab. 2.2.15]).

Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen

Die regionale Struktur dieses Bereiches ist durch eine ausgeprägte Ungleichmäßigkeit und eine ebenfalls ausgeprägte Konzentration auf die Kreisfreie Stadt Dresden charakterisiert. Mehr als die Hälfte des Gesamtumsatzes dieses Bereiches wird in der Stadt Dresden erwirtschaftet, zuletzt (2013) waren es 60 Prozent (vgl. Abb. 19). Auf den folgenden Rängen stehen die

13) Die Gewerbebezahlung 1939 ist die letzte vor dem Beginn des 2. Weltkrieges gewesen, für die das Zahlenmaterial auf Gemeindeebene ausgewertet und veröffentlicht worden ist. Es gab faktisch kaum eine Gemeinde, in der das Nahrungsmittelgewerbe nicht vertreten gewesen war (vgl. [8]).

Kreisfreie Städte und Landkreise

AGS	Bezeichnung
11	Chemnitz, Stadt
21	Erzgebirgskreis
22	Mittelsachsen
23	Vogtlandkreis
24	Zwickau
	NUTS-2-Region Chemnitz
12	Dresden, Stadt
25	Bautzen
26	Görlitz
27	Meißen
28	Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
	NUTS-2-Region Dresden
13	Leipzig, Stadt
29	Leipzig
30	Nordsachsen
	NUTS-2-Region Leipzig

Landkreise Mittelsachsen, Meißen und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Zusammen entfallen zwei Drittel des Gesamtumsatzes dieses Bereiches auf die NUTS-2-Region Dresden (vgl. [2, Tab. 2.4.16]).

Die Beschäftigtenstruktur ist ebenfalls von der Dominanz der Stadt Dresden bestimmt. Mit rund der Hälfte der tätigen Personen ist der Anteil etwas niedriger als der Umsatzanteil. Der Anteil der Region Dresden an den tätigen Personen dieses Bereiches ist jedoch mit gut zwei Dritteln sogar noch höher als beim Umsatz. Auch beim Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge ist der Anteil der tätigen Personen dieses Bereiches mit rund zehn Prozent höher als der Umsatzanteil.

Zusammenfassung

Die regionale Industriestruktur Sachsens, wie sie noch Anfang der 1990er Jahre anzutreffen war, unterscheidet sich zum Teil stark von der

Tab. 3 Gesamtumsatz im Verarbeitendens Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2012¹⁾ nach Wirtschaftsbereichen und NUTS-2-Regionen

WZ-Nr.	Wirtschaftsbereich	NUTS-2-Region					
		Chemnitz	Dresden	Leipzig	Chemnitz	Dresden	Leipzig
		1 000 €			Prozent		
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	54 316	463 443	249 580	7,1	60,4	32,5
10	H. v. Nahrungs- u. Futtermitteln	995 788	4 173 933	796 770	16,7	70,0	13,4
11	Getränkeherstellung	.	413 141	.	.	48,5	.
13	H. v. Textilien	678 531	261 299	15 575	71,0	27,3	1,6
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- u. Korkwaren (ohne Möbel)	186 954	674 981	232 068	17,1	61,7	21,2
17	H. v. Papier, Pappe u. Waren daraus	812 432	437 710	380 150	49,8	26,8	23,3
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielf. bespielter Tonträger usw.	123 360	430 735	160 877	17,3	60,2	22,5
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	1 085 039	814 881	631 920	42,9	32,2	25,0
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	74 477	263 311	111 940	16,6	58,5	24,9
22	H. v. Gummi- u. Kunststoffwaren	648 805	1 082 352	202 530	33,6	56,0	10,5
23	H. v. Glas u. Glaswaren, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	549 639	757 567	634 089	28,3	39,0	32,7
24	Metallerzeugung u. -bearbeitung	1 129 528	1 297 410	506 106	38,5	44,2	17,3
25	H. v. Metallerzeugnissen	3 166 720	1 483 889	428 158	62,4	29,2	8,4
26	H. v. DV-Geräten, elektronischen u. optischen Erzeugnissen	1 005 609	2 662 695	304 195	25,3	67,0	7,7
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	1 214 972	888 791	166 987	53,5	39,1	7,4
28	Maschinenbau	2 873 492	3 404 028	1 152 451	38,7	45,8	15,5
29	H. v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	7 966 235	1 120 011	4 892 032	57,0	8,0	35,0
30	Sonstiger Fahrzeugbau	.	1 026 397	.	.	79,0	.
31	H. v. Möbeln	166 485	312 438	69 315	30,4	57,0	12,6
32	H. v. sonst. Waren	308 325	181 990	76 362	54,4	32,1	13,5
33	Rep. und Installation v. Maschinen u. Ausrüstungen	346 097	632 416	496 184	23,5	42,9	33,6
	Insgesamt	24 002 147	23 765 497	11 761 390	40,3	39,9	19,8

1) Das Jahr 2012 wurde gewählt, weil das Merkmal in dem Jahr weniger Geheimhaltungsfälle aufweist als 2013.


























heutigen Industriestruktur in Sachsen. Oder mit anderen Worten, die Industriestruktur, wie sie sich unter den Bedingungen in der DDR herausgebildet hat, war deutlichen Wandlungen unterlegen. Diese Einschätzung bezieht sich sowohl auf den qualitativen Aspekt – welche Industriebereiche sind wo vorhanden –, als auch auf die quantitative Perspektive – welche Beschäftigten- oder Umsatzgrößen werden wo erreicht. Andererseits wirken in der heutigen Industriestruktur Sachsens aber auch historische Entwicklungen nach.

Dr. Andreas Oettel, Referent Gesamtwirtschaftliche Analysen

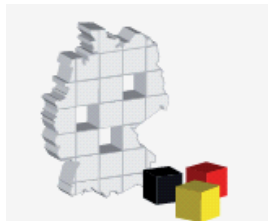
Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Branchenreport Industrie im Freistaat Sachsen, Kreisergebnisse 2000 bis 2008. (Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003). Statistischer Bericht E I 10 – u/08, Kamenz 2014.
- [2] Branchenreport Industrie im Freistaat Sachsen, Kreisergebnisse 2008 bis 2012. (Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008). Statistischer Bericht E I 10 – j/12, Kamenz 2014.
- [3] Branchenreport Industrie im Freistaat Sachsen, Kreisergebnisse 2008 bis 2013. Tabellenband. Statistischer Bericht E I 10 – j/13, Kamenz 2014.
- [4] Branchenreport Industrie im Freistaat Sachsen, Tabellenband, 1991 bis 2013. Statistischer Bericht E I 9 – j/13, Kamenz 2014.
- [5] Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden in Sachsen 2009. Karte 1 : 400 000, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.), Kamenz 2010.
- [6] Auswertung aus dem sächsischen Unternehmensregister 2013. Statistischer Bericht D II 1 – j/13, Kamenz 2013.
- [7] Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 2009 (GP 2009). Statistisches Bundesamt, Lange Reihen der Fachserie 17, Reihe 2 von Januar 2000 bis Mai 2014, Wiesbaden 2014.
- [8] Zahn, A.: Die Standorte des Gewerbes in Sachsen. In: Zeitschrift des Statistischen Landesamtes, 89. Jg., 1943, S. 214 – 270.

Sammel-Legende für die Wirtschaftsbereiche

- | | |
|--|---|
| 05 | Kohlenbergbau |
| 08 | Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau |
| 09 | Erbr. v. Dienstl. f. d. Bergbau u. f. d. Gew. v. Steinen u. Erden |
|  B | Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden |
|  10 | H. v. Nahrungs- u. Futtermitteln |
|  11 | Getränkeherstellung |
|  12 | Tabakverarbeitung |
|  13 | H. v. Textilien |
|  14 | H. v. Bekleidung |
|  15 | H. v. Leder, Lederwaren u. Schuhen |
|  16 | H. v. Holz-, Flecht-, Korb- u. Korkwaren (ohne Möbel) |
|  17 | H. v. Papier, Pappe u. Waren daraus |
|  18 | H. v. Druckerzeugnissen; Vervielf. bespielter Tonträger usw. |
|  20 | H. v. chemischen Erzeugnissen |
|  21 | H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen |
|  22 | H. v. Gummi- u. Kunststoffwaren |
|  23 | H. v. Glas u. Glaswaren, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden |
|  24 | Metallerzeugung u. -bearbeitung |
|  25 | H. v. Metallerzeugnissen |
|  26 | H. v. DV-Geräten, elektronischen u. optischen Erzeugnissen |
|  27 | H. v. elektrischen Ausrüstungen |
|  28 | Maschinenbau |
|  29 | H. v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen |
|  30 | Sonstiger Fahrzeugbau |
|  31 | H. v. Möbeln |
|  32 | H. v. sonst. Waren |
|  33 | Rep. und Installation v. Maschinen u. Ausrüstungen |
| C | Verarbeitendes Gewerbe |
|  | Übrige (wenn in Abbildungen einzeln nicht darstellbar) |

Indikatorensysteme im Regionalatlas



Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder bieten unter der Adresse www.statistikportal.de kostenfrei einen interaktiven Regionalatlas als Gemeinschaftsveröffentlichung an. Dieser Regionalatlas bildet in Form von thematischen Karten über 110 Indikatoren aus den Themenbereichen der amtlichen Statistik für die Ebenen NUTS1 (Bundesländer), NUTS2 (Regierungsbezirke/Statistische Regionen) und NUTS3 (Landkreise, kreisfreie Städte) ab. Ausgehend von den aktuellen Daten können diese bis 1995 zurückverfolgt werden. So sind sowohl Unterschiede zwischen den Landkreisen und kreisfreien Städten als auch Entwicklungen im Zeitverlauf visualisierbar. Die skalierbaren Karten können als PDF-Dokument exportiert und gedruckt werden. Des Weiteren besteht die Möglichkeit sowohl die Farbgestaltung als auch die Klasseneinteilung manuell anzupassen. Neben der kartografischen Darstellung erlaubt der Regionalatlas eine Wiedergabe der Indikatorwerte in sortierbarer Tabellenform. Im vorliegenden Beitrag werden weitere Informationen zum Fortgang der Arbeiten im Rahmen der Arbeitsgruppe Regionalatlas und ausgewählte Ergebnisse für die Landkreise und den Freistaat Sachsen aus dem interaktiven Regionalatlas präsentiert. Damit ist dieser Beitrag die Fortsetzung des Artikels „Analysemöglichkeiten mit dem Regionalatlas der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder“ aus der Zeitschrift „Statistik in Sachsen“ (3/2012).

Themenbereiche

Gebiet und Fläche
Bevölkerung
Bildung
Unternehmen
Wahlen
Erwerbstätigkeit und
Arbeitslosigkeit
Landwirtschaft
Industrie
Bautätigkeit und Wohnen
Tourismus
Verkehr
Gesundheits- und
Sozialwesen
Öffentliche Haushalte
Verdienste und Einkommen
Bruttoinlandsprodukt und
Bruttowertschöpfung

Indikatorensysteme

Genderindikatoren
Nachhaltigkeitsindikatoren
Sozialindikatoren

Genderindikatoren

Bildung
Erwerbstätigkeit
Elterngeldbezug
Kinderbetreuung
Arbeitslosigkeit
Grundsicherung

Regionalatlas um Indikatorensysteme erweitert

Die Arbeitsgruppe Regionalatlas hat Indikatoren zu 15 Themenbereichen aufbereitet. Das Ziel, Indikatorensysteme abzubilden, wurde erstmals zu Beginn des Jahres 2014 realisiert. Begonnen wurde mit dem Indikatorensystem „Gender“, welches mit insgesamt 15 Einzelindikatoren im Regionalatlas publiziert wird. Inhaltlich lehnte sich die Arbeitsgruppe an den vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend herausgegebenen „2. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland“ an. Grundlage für die Auswahl der einzelnen Indikatoren war dabei das Vorhandensein der Ausgangsdaten für die Berechnung der Indikatorwerte in der Regionaldatenbank Deutschland. Somit bildet die Regionaldatenbank Deutschland die Ausgangsbasis für alle im Regionalatlas dargestellten Indikatoren. Im Juli dieses Jahres wurden die Indikatorensysteme „Nachhaltigkeit“ sowie „Soziales“ in den Regionalatlas aufgenommen. Der vom Statistischen Bundesamt im Auftrag der Bundesregierung erstellte Indikatorenbericht „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland 2012“ wurde als Grundlage für die inhaltlichen Schwerpunkte zum System „Nachhaltigkeit“ verwendet. Der größte Teil der Daten zu diesen Indikatoren stammt aus den Umweltökonomischen und Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Für die ausgewählten Indikatoren im System Soziales bildete die Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik die Ausgangsbasis. Dieses gemeinsame Projekt der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wird von einer Arbeitsgruppe getragen und umfasst im Wesentlichen zum einen die Veröffentlichung von Berichten zur sozialen Mindestsicherung in Deutschland und zum anderen die Bereitstellung von Indikatoren zur Messung von Armut und sozialer Ausgrenzung auf Ebene von Bund und Ländern. Die Auswahl der Indikatoren orientierte sich an den von der Europäischen Union vereinbarten Indikatoren zur Messung der sozialen Eingliederung. Alle Indikatorensysteme finden in Politik und Gesellschaft zurzeit ein sehr großes Echo. Die Kartendarstellungen mit ihren Zeitreihen können für visuelle Argumentationen genutzt werden. Mit ihrer Hilfe ist schnell ablesbar, inwieweit politische Zielgrößen erreicht worden sind.

Indikatorensystem Gender

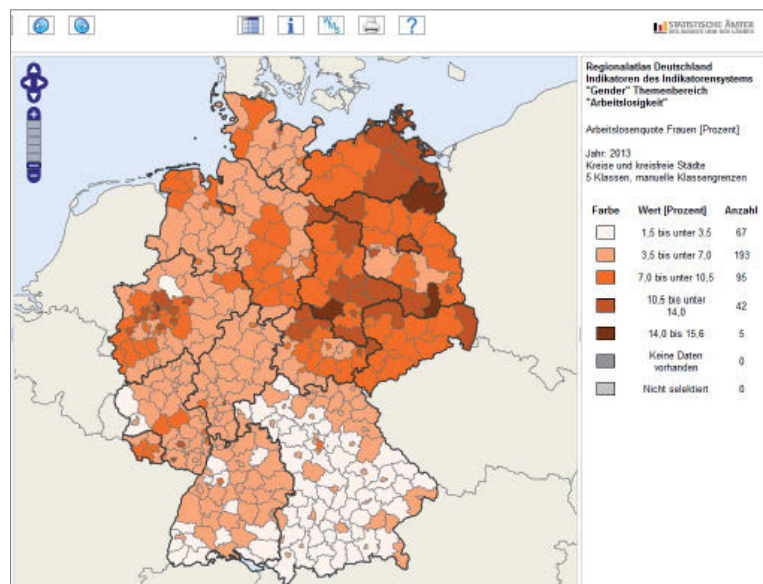
Im System „Gender“ steht die Gleichstellung von Frauen und Männern im Mittelpunkt. Hinter den heutzutage oft weithin bekannten Zahlen und Befunden verbirgt sich jedoch eine enorme geografische Vielfalt innerhalb Deutschlands. [1] Auch im Freistaat Sachsen sind Unterschiede zwi-

schen den regionalen Einheiten sichtbar. So betrug z. B. im Jahr 2009 die Arbeitslosenquote bei den Männern im Freistaat Sachsen durchschnittlich 13,2 Prozent. Dabei wies der Landkreis Mittelsachsen mit 11,6 Prozent den geringsten Wert und die Kreisfreie Stadt Leipzig mit 16,5 Prozent den höchsten Wert auf. Vier Jahre später sank der Durchschnittswert für Sachsen deutlich auf 9,8 Prozent. Der Landkreis Görlitz hatte bei den Männern mit 12,4 Prozent immer noch eine hohe Arbeitslosenquote, während im Landkreis Zwickau nur 8,1 Prozent zu verzeichnen waren. Auch bei den Frauen gab es ein sehr differenziertes Bild. So betrug die Arbeitslosenquote der Frauen in Sachsen 2009 12,6 Prozent und 2013 9,1 Prozent. Der Landkreis Görlitz wies in den beiden aufgeführten Jahren jeweils den höchsten Wert auf, auch wenn die Quote von 15,9 auf 11,5 Prozent sank. Im bundesweiten Ranking der Landkreise konnte sich der Landkreis Görlitz damit 2013 um 16 Positionen weiter oben platzieren. Die niedrigste Arbeitslosenquote bei den Frauen im Freistaat Sachsen hatte 2013 der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge mit 7,7 Prozent. Damit lag dieser Landkreis dennoch nur im unteren Drittel beim bundesweiten Vergleich aller 402 Landkreise bzw. kreisfreien Städte Deutschlands. Die geringste Arbeitslosenquote bei den Frauen in Deutschland verzeichnete der Landkreis Eichstätt in Bayern mit 1,5 Prozent und lag damit deutlich vor dem zweitbesten Landkreis, dem Landkreis Erding mit 2,2 Prozent (siehe Abb.1 und 2).

Indikatorensystem Nachhaltigkeit

„Nachhaltigkeit“ hat sich zunehmend als ein zentrales Prinzip in Politik und Gesellschaft etabliert. [2] Sie gilt als ein Handlungsprinzip zur Ressourcen-Nutzung, bei dem die Bewahrung der wesentlichen Eigenschaften, der Stabilität und der natürlichen Regenerationsfähigkeit des jeweiligen Systems im Vordergrund steht. [3] Die unbebaute, unzerschnittene und unzersiedelte Fläche ist eine begrenzte und gleichwohl begehrte Ressource. Um ihre Nutzung konkurrieren z. B. Land- und Forstwirtschaft, Siedlung und Verkehr, Naturschutz, Rohstoffabbau und Energieerzeugung, wobei sich insbesondere die Siedlungs- und Verkehrsflächen stetig ausdehnen. Zu den direkten Umweltfolgen der Ausweitung der Siedlungs- und Verkehrsflächen zählen der Verlust der natürlichen Bodenfunktionen durch Versiegelung, der Verlust fruchtbarer landwirtschaftlicher Flächen oder der Verlust naturnaher Flächen mit ihrer Biodiversität. Zudem zieht jede Neuerschließung von Bauflächen im Umfeld der Städte und außerhalb der bisherigen Siedlungskerne auch weiteren Verkehr und Flächenzerschneidung nach sich. Dies

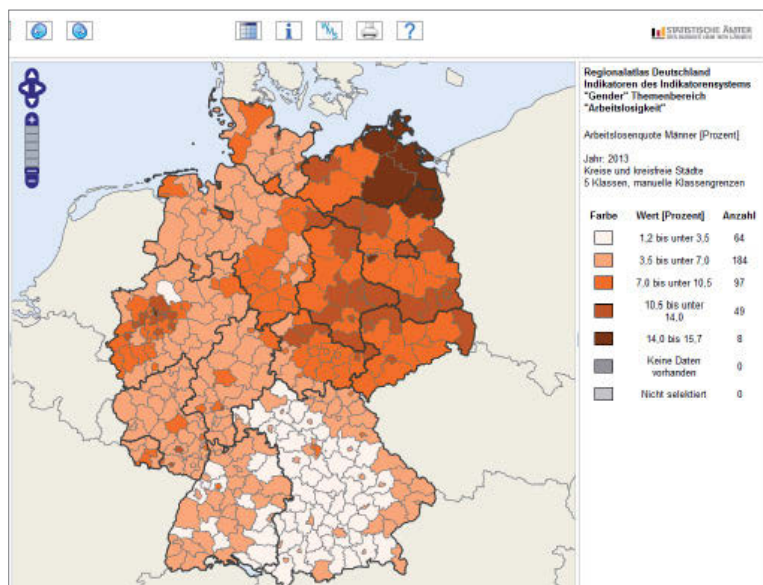
Abb. 1 Arbeitslosenquote der Frauen 2013 nach Kreisen



führt zu Folgekosten wie Lärm und Schadstoffemissionen, aber auch zu erhöhtem Aufwand für die Bereitstellung der nötigen Infrastruktur. [4] Ziel der Bundesregierung ist es, die Inanspruchnahme neuer Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke bis zum Jahr 2020 auf durchschnittlich 30 Hektar pro Tag zu begrenzen. Im Jahr 2000 betrug der Zuwachs in Deutschland 129 Hektar pro Tag und 2012 immer noch 74 Hektar pro Tag. Auch im Regionalatlas wird Wert auf die Darstellung der natürlichen Ressourcen gelegt. Im Themenbereich „Flächeninanspruchnahme“ wird mit dem Indikator „Veränderung der Siedlungs- und Verkehrsfläche“ die jährliche Zu- bzw. Abnahme dieser Fläche abgebildet (siehe Abb. 3). So betrug 2012 die Zunahme der Siedlungs- und

Für die Berechnung des Indikators „Arbeitslosenquote bei Frauen“ bzw. auch Anteil der weiblichen Arbeitslosen an den weiblichen zivilen Erwerbspersonen im Jahresdurchschnitt wird die Zahl der weiblichen Arbeitslosen durch die Zahl der weiblichen zivilen Erwerbspersonen dividiert und mit 100 multipliziert, analog bei den Männern.

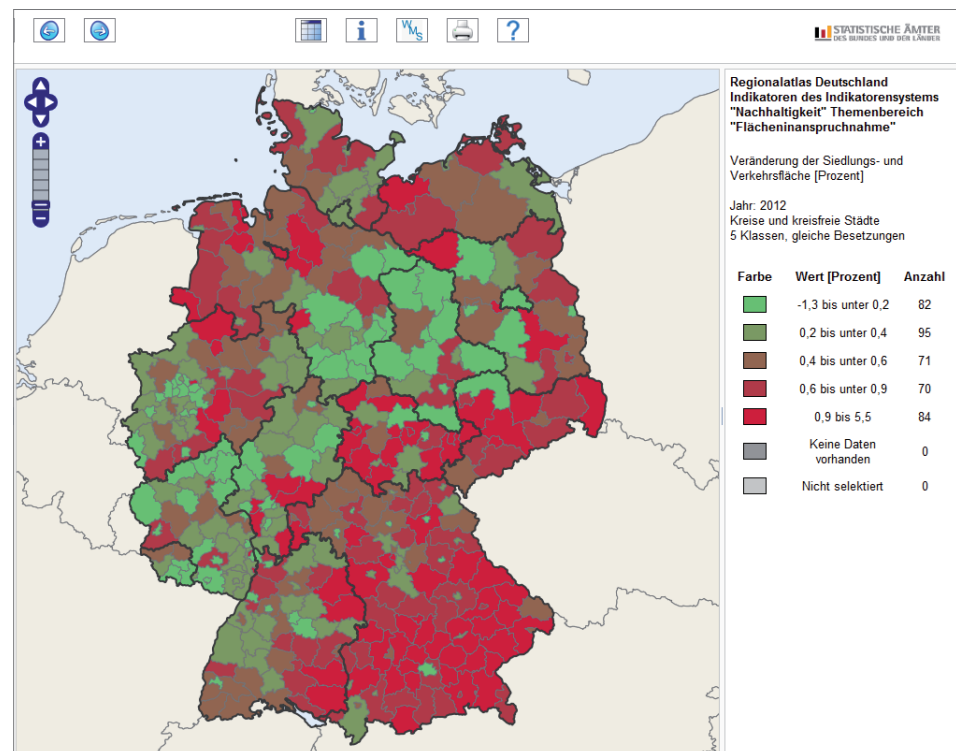
Abb. 2 Arbeitslosenquote der Männer 2013 nach Kreisen



Nachhaltigkeitsindikatoren

Flächeninanspruchnahme
Landbewirtschaftung
Bevölkerung – Wanderung
Bevölkerung – Alterung
Ganztagsbetreuung von
Kindern
Bildung
Arbeitslosigkeit junger
Menschen
PKW-Dichte
Straßenverkehr – Getötete
Armutsgefährdung
Wirtschaftliche Leistungs-
fähigkeit – BIP je
Einwohner
Wirtschaftliche Leistungs-
fähigkeit – BIP je
Arbeitsstunde
Umwelt

Abb. 3 Veränderung der Siedlungs- und Verkehrsfläche 2012



Für die Berechnung des Indikators Veränderung der Siedlungs- und Verkehrsfläche pro Jahr wird die Differenz aus der Siedlungs- und Verkehrsfläche zum 31.12. des Berichtsjahres und zum 31.12. des Vorjahres, durch die Siedlungs- und Verkehrsfläche des Vorjahres dividiert und mit 100 multipliziert.

Verkehrsfläche im Landkreis Leipzig 2,1 Prozent. Damit stand der Landkreis Leipzig an 10. Stelle im bundesdeutschen Vergleich. Im Gegensatz dazu hatte der Landkreis Nordsachsen eine Abnahme um 0,2 Prozent gegenüber 2011 zu verzeichnen. Den größten Rückgang wies der Burgenlandkreis in Sachsen-Anhalt mit - 1,3 Prozent auf. Im Vergleich der Bundesländer lag Sachsen mit einer Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche um 0,9 Prozent an 3. Stelle nach Thüringen (1,3 Prozent) und Bremen (1,0 Prozent). Lediglich in Berlin (-0,3 Prozent) und Sachsen-Anhalt (-0,1 Prozent) konnte ein Rückgang festgestellt werden. Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche betrug 2012 im Freistaat Sachsen 12,7 Prozent und lag damit im Mittelfeld des bundesweiten Ländervergleiches. Das Land Berlin verzeichnete mit 70,1 Prozent den höchsten Anteil Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche.

Indikatorensystem Soziales

Der Indikator „Verfügbares Einkommen je Einwohner“ spiegelt das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck je Einwohner in Euro wider. Dies ist der durchschnittliche Betrag der je Einwohner für Konsum- und Sparzwecke zur Verfügung steht. Anhand der Kartendarstellung ist

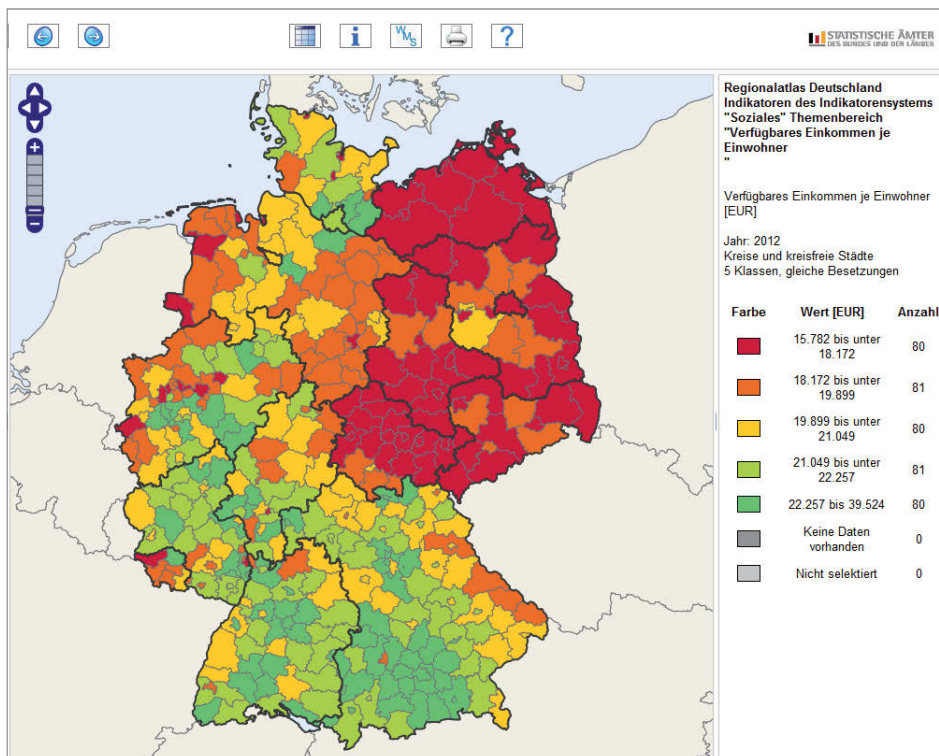
ersichtlich, dass fast alle Landkreise der neuen Bundesländer ein durchschnittlich geringes verfügbares Einkommen je Einwohner aufweisen. Es gibt aber auch in den alten Bundesländern viele Regionen in denen das durchschnittlich verfügbare Einkommen gering ist.

Die Stadt Leipzig steht 2012 mit durchschnittlich 16 647 Euro verfügbarem Einkommen je Einwohner auf dem elftletzten Platz im Deutschlandvergleich. Dagegen verfügt der Landkreis Leipzig mit 18 847 Euro über das höchste durchschnittlich verfügbare Einkommen je Einwohner im Freistaat Sachsen. Deutschlandweit wies die kreisfreie Stadt Heilbronn (Baden-Württemberg) mit 39 524 Euro das höchste verfügbare Einkommen je Einwohner auf, während die Einwohner der kreisfreien Stadt Weimar (Freistaat Thüringen) mit dem niedrigsten verfügbarem Einkommen nur durchschnittlich 15 782 Euro zur Verfügung hatten (siehe Abb. 4).

Ausblick

Eine weitere Aufgabe der Arbeitsgruppe Regionalatlas besteht in der Einführung der Indikatorensysteme Zensus 2011, Wissenschaft und Technologie sowie Integration. Die bestehenden Themenbereiche wie auch Indikatorensysteme werden regelmäßig aktualisiert und durch weitere geeignete Indikatoren ergänzt. Zusätzlich wurden Deep Links (Links, welche direkt zur Da-

Abb. 4 Verfügbares Einkommen je Einwohner 2012



Sozialindikatoren

Verfügbares Einkommen je Einwohner
Armutsgefährdung
Soziale Mindestsicherungsleistungen insgesamt
Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) u. Mindestsicherungsquote Ausländer
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII)

tentabelle in der Regionaldatenbank Deutschland führen) eingefügt. Die Nutzerfreundlichkeit des Regionalatlas zur Informationsfindung wurde dadurch weiter erhöht.

Regine Fiedler, Referentin Regionalstatistik

Literatur und Quellenverzeichnis:

- [1] 2. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, Mai 2013, 2. Auflage, S. 5
- [2] Statistisches Bundesamt, Nachhaltige Entwicklung in Deutschland, Indikatorenbericht 2012, S. 3
- [3] Wikipedia, (Abruf: 1. August 2014)
- [4] Statistisches Bundesamt, Nachhaltige Entwicklung in Deutschland, Indikatorenbericht 2012, S. 14

Weitere Informationen zum Thema finden Sie hier:



Gerhard-Fürst-Preis 2015 des Statistischen Bundesamtes

Zum 17. Mal prämiert das Statistische Bundesamt im Jahr 2015 herausragende wissenschaftliche Arbeiten mit dem Gerhard-Fürst-Preis. Ausgezeichnet werden Arbeiten in den Kategorien „Dissertationen“ und „Master- und Bachelorarbeiten“ (einschließlich Diplom- und Magisterarbeiten), die theoretische Themen mit einem engen Bezug zum Aufgabenspektrum der amtlichen Statistik behandeln oder empirische Fragestellungen unter intensiver Nutzung von Daten der amtlichen Statistik untersuchen. Es kann sich dabei ebenso um Arbeiten aus der theoretischen Statistik oder aus der Wirtschafts- und Sozialstatistik handeln wie um wirtschaftswissenschaftliche oder um sozialwissenschaftliche Abhandlungen.

Mit der jährlichen Auslobung des Gerhard-Fürst-Preises möchte das Statistische Bundesamt die Beschäftigung mit Fragen der amtlichen Statistik im Rahmen der Hochschulausbildung fördern und die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik weiter intensivieren. Zugleich soll der Preis junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ermutigen, das vielfältige Datenangebot der amtlichen Statistik für ihre empirischen Forschungen ausgiebig zu nutzen.

Der Preis wurde nach dem ersten Präsidenten des Statistischen Bundesamtes und langjährigen Vorsitzenden der Deutschen Statistischen Gesellschaft benannt, der die noch heute bestehende organisatorische und rechtliche Struktur der amtlichen Statistik in Deutschland nach 1945 mit ihren zentralen Eckpfeilern der fachlichen Konzentration und der wissenschaftlichen Unabhängigkeit ganz wesentlich geprägt hat.

Die Prämie für eine Auszeichnung ist in der Kategorie „Dissertationen“ mit 5 000 €, in der Kategorie „Master- und Bachelorarbeiten“ mit 2 500 € dotiert. Darüber hinaus werden die Preisträgerinnen und Preisträger über ihre Arbeit einen Artikel in der Zeitschrift des Statistischen Bundesamtes „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlichen.

Das Statistische Bundesamt verleiht den Preis auf Empfehlung eines unabhängigen Gutachtergremiums. Den äußeren Rahmen der 16. Verlei-

hung des Gerhard-Fürst-Preises im Jahr 2014 bildete das 23. Wissenschaftliche Kolloquium zum Thema „Kleinräumige Daten“, welches das Statistische Bundesamt zusammen mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft am 20. und 21. November 2014 in Wiesbaden veranstaltete.

Vorschläge für den Gerhard-Fürst-Preis 2015 können ausschließlich von den betreuenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eingereicht werden. Im Auswahlverfahren werden deutsch- oder englischsprachige Arbeiten berücksichtigt, die zwischen dem 1. Januar 2013 und dem 31. März 2015 mindestens mit der Note „gut“ resp. „magna cum laude“ abschließend bewertet worden sind.

Einzureichen sind neben der vorgeschlagenen Arbeit u. a. eine kurze Begründung der/des vorschlagenden Wissenschaftlerin/Wissenschaftlers zur Preiswürdigkeit, Kopien der Erst- und ggf. Zweitgutachten, mit denen die Arbeit abschließend bewertet wurde, eine Kurzfassung der Arbeit, ein Lebenslauf der Verfasserin/des Verfassers und eine schriftliche Erklärung zur Einreichung einer Dissertation bzw. Abschlussarbeit.

Die vorgeschlagene Arbeit ist dreifach und die übrigen Unterlagen sind in siebenfacher Ausfertigung einzureichen. Darüber hinaus sind Arbeit und Kurzfassung zusätzlich als MS-Word oder PDF-Datei auf einer CD-ROM zur Verfügung zu stellen.

Die Unterlagen sind an folgende Adresse zu senden:

Statistisches Bundesamt
Institut für Forschung und Entwicklung in der Bundesstatistik
A 10.130
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden

Weitere Informationen über den Gerhard-Fürst-Preis erhalten Sie im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de/gerhard_fuerst_preis. Die Einreichungsfrist endet am 31. März 2015.

Koreanische Statistikdelegation in Sachsen zu Gast

Am 20. November 2014 haben sich südkoreanische Statistiker im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen darüber informiert, welche Rolle ein Statistisches Landesamt innerhalb des deutschen Statistikverbundes einnimmt. Der föderale Aufbau der deutschen amtlichen Statistik stieß auf großes Interesse unserer Gäste. Dieser Besuchstag stand innerhalb einer Woche des Erfahrungsaustausches mit deutschen Statistikern auf dem Programm, das vom Statistischen Bundesamt organisiert und gestaltet wurde. Frau Christa Bahrmann, stellvertretende Behördenleiterin und Abteilungsleiterin Wirtschaft, und Frau Sabine Gosch, Referatsleiterin für bereichsübergreifende Wirtschaftsstatistiken, hießen die koreanische Gäste herzlich willkommen und standen ihnen Rede und Antwort. Beide Kolleginnen sind seit Neugründung des Amtes hier beschäftigt und bringen Erfahrungen aus ihrer Statistiktätigkeit noch von weiteren Jahren zuvor mit.

In einem Vortrag stellten die koreanischen Statistiker uns auch ihr Statistiksysteem vor. Sehr viele Gemeinsamkeiten der beiden Systeme wurden bei statistischen Methoden und Verfahren, der Nutzung elektronischer Medien und moderner Technik sowie bei der Handhabung von Klassifikationen festgestellt, was in jedem Fall zu vergleichbaren Daten führt. Die Organisationsformen sind in unseren Ländern jedoch völlig unterschiedlich.

Besonderes Interesse hatten die Kollegen aus Seoul an der Schilderung des Ablaufes der Restrukturierung eines Statistischen Landesamtes nach der Wiedervereinigung in Deutschland zu Beginn der 1990er Jahre. Sie verfolgten sehr aufmerksam die Ausführungen zu diesem Thema und stellten sich und uns die Frage, wie sie sich auf eine ebenso schnelle und gute Zusammenarbeit mit den nordkoreanischen Statistikern vorbereiten könnten, sollte in Korea jemals diese Frage der Wiedervereinigung anstehen. Bevor unsere koreanischen Gäste ihre Heimreise nach Ostasien antraten, haben sie sich in wenigen Stunden noch in Dresden ein paar touristische Sehenswürdigkeiten angeschaut und ein Konzert in der Semperoper besucht.



Von links: Sabine Gosch, Christa Bahrmann, Christine Kronz (Statistisches Bundesamt), Kyung Mi Daphnée Habermann (Dolmetscherin), Yoon-Jung Lee, Kim Daeho, Delegationsleiter Sung-Wook Choi, Dr. Jung-Su Choi, © Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen



Arbeitsatmosphäre im Beratungsraum, © Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Statistisches Landesamt bildet zukünftige Statistiker aus

„Ich stehe Statistiken etwas skeptisch gegenüber. Denn laut Statistik haben ein Millionär und ein armer Kerl jeder eine halbe Million.“ – so soll es einst der Friedensnobelpreisträger Theodore Roosevelt geäußert haben. Zwar ist eine gesunde Skepsis nicht verkehrt, die Durchführung von Statistiken als Grundlage für gesellschaftliches und politisches Handeln ist jedoch unabdingbar. Ob amtliche oder nicht amtliche Statistik, jeder, der eine gesammelte Datenmenge für sich nutzbar machen will, kommt um statistische Auswertungen nicht herum. In Unternehmen werden Statistiken verwendet, um Verkaufszahlen zu analysieren, Kundengruppen zu bilden und auf deren Nachfragebedürfnisse spezieller reagieren, besser noch agieren zu können. Investitionsentscheidungen basieren auf verschiedenen Standortfaktoren, wie z. B. Arbeitskräftepotenzial, Bildungsniveau, Arbeitskosten oder das Lohnniveau. Zur Argumentation bei Lohn- und Gehaltsverhandlungen wird regelmäßig die Preisentwicklung herangezogen. Im persönlichen Umfeld interessieren Infrastruktur, Wohnsituation, Bildungsmöglichkeiten, aber auch Kultur- und Freizeitangebote. Der Staat nutzt statistische Informationen für politische

Entscheidungen, z. B. um Rechtsrahmen anzupassen, wenn es gilt, gesellschaftliche oder wirtschaftliche Entwicklungen zu steuern.

Für jeden einzelnen Datennutzer wäre es mitunter mühsam, diese Angaben über frei zugängliche Quellen heranzuschaffen. Ohne diesen Aufwand aber würden Entscheidungen auf zunehmend spekulativen und nicht nachprüfbaren Annahmen bzw. Schätzungen beruhen.

Dass aus einer Zahlenmenge weit mehr als der statistische Durchschnitt als Information herauszuziehen ist, können junge Leute mit Interesse an dieser Thematik quasi „von der Pike auf lernen“.

Im nunmehr siebenten Jahr bildet das Statistische Landesamt „Statistiker“ selbst aus. Am 1. September 2014 begannen wieder zwei Auszubildende ihre Ausbildung im Statistischen Landesamt (StLA) als „Fachangestellte für Markt- und Sozialforschung“. Warum haben sie dieses Berufsbild für sich gewählt? Eine der beiden sagt hierzu: „Ich habe mich beim Statistischen Landesamt beworben, weil ich mein Fachabitur in Wirtschaft und Verwaltung gemacht habe. Ich bin dadurch schon mit Be-



Die Auszubildenden der aktuellen Ausbildungsjahrgänge sowie ehemalige Auszubildende, die noch im Statistischen Landesamt tätig sind. © Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

griffen wie Primär- und Sekundärforschung und Marketing in Berührung gekommen. Dies hat mich so fasziniert, dass ich unbedingt einen Beruf in der Richtung machen wollte und mich beim Statistischen Landesamt in Kamenz beworben habe."

Unsere Fachangestellten lernen die Vorbereitung, Organisation und Steuerung von statistischen Erhebungen, wobei insbesondere die Anwendung von Erhebungstechniken und -methoden sowie die Datenbeschaffung, -auswertung und Veröffentlichung im Vordergrund stehen. Dabei sind gründliche Arbeitsorganisation, die routinierte Anwendung von Arbeitstechniken, kundenorientierte Kommunikation, Teamarbeit, Kooperation sowie der Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnik für die Arbeit wichtig. Neben diesen speziellen Inhalten der Berufsausbildung werden den Auszubildenden in der praktischen Ausbildung auch Kenntnisse über die Abläufe in der Verwaltung, über die Organisationsform und -struktur des Statistischen Landesamtes, aber auch über ihre Rechten und Pflichten als Azubis vermittelt. Die Erlangung von Kenntnissen auf dem Gebiet des Arbeits- und Tarifrechts, der Arbeitssicherheit, dem Datenschutz sowie der Datensicherheit runden die Ausbildung ab.

Die Ausbildung findet im dualen System statt, das heißt, Praxisabschnitte wechseln sich mit dem Besuch der Berufsschule ab. Durch die geringe Anzahl von Auszubildenden in den einzelnen Bundesländern wurden überregionale Fachklassen gebildet. Unsere Auszubildenden besuchen innerhalb der drei Jahre 33 Wochen die Berufsschule in Nürnberg. Eine gute Möglichkeit um „mal raus zu kommen“, wie eine ehemalige Auszubildende einmal sagte. Dazu gehört auch, das Leben im Wohnheim kennen und vielleicht auch die damit verbundene Selbstständigkeit schätzen zu lernen.

Voraussetzung für die Ausbildung ist mindestens ein Realschulabschluss mit guten Ergebnissen in den Fächern Mathematik, Deutsch, Englisch und Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung, ein gutes mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen, ein gutes Zahlenverständ-



Die stellvertretende Behördenleiterin Christa Bahrmann mit beiden neuen Auszubildenden im 1. Ausbildungsjahr Franziska Kriedel und Sandy Breßler. © Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

nis sowie die Fähigkeit, logische Zusammenhänge erkennen zu können. Wünschenswert sind Kenntnisse im Maschinenschreiben und in der PC-Anwendung.

Die dreijährige Berufsausbildung bietet – als Alternative zum akademischen Abschluss – den Einstieg in die Markt- und Sozialforschung und damit in die Statistik. Deshalb ist dieser Ausbildungsberuf mittlerweile auch unter Abiturienten sehr beliebt. Bundesweit verfügten 78 Prozent der Ausbildungsanfänger/innen 2012 über die Hochschulreife. Im öffentlichen Dienst in Sachsen bietet allein das Statistische Landesamt die Ausbildung zum „Fachangestellten für Markt- und Sozialforschung“ an. Nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung wird versucht, den gut ausgebildeten „Statistiknachwuchs“ im Statistischen Landesamt für ein Jahr oder länger befristet zu übernehmen.

Wir hoffen, dass das Statistische Landesamt mit seinem Ausbildungsangebot folgendem entgegen wirken kann: „Die beliebteste Anwendung von Statistiken ist ihr Missbrauch.“ (Prof. Dr. H.-J. Quadbeck-Seeger, deutscher Chemiker, Mitglied der Enquête-Kommission für Gentechnik des Deutschen Bundestages).

Neues aus Sachsen

Statistisches Jahrbuch 2014 erschienen

Das Statistische Jahrbuch 2014 des Freistaates Sachsen ist am 8. Dezember in Dresden durch die stellvertretende Behördenleiterin des Statistischen Landesamtes, Frau Christa Bahrmann der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Die 23. Auflage dieser Veröffentlichung bietet auf 540 Seiten einen Überblick über die Entwicklung der sächsischen Wirtschaft und der sozialen Bereiche überwiegend für das Jahr 2013, aber auch den Vergleich zu Vorjahren.

Niedrigster Anstieg des Verbraucherpreisindex seit 5 Jahren

Beeinflusst durch die günstigen Entwicklungen auf dem Rohöl- und dem Nahrungsmittelmarkt sinkt die durchschnittliche Jahressteigerung für 2014 auf 0,9 Prozent. Dies ist die niedrigste Rate seit 2009 (0,3 Prozent). Preislich günstiger als 2013 sind vor allem Heizöl (-8,1 Prozent) und Kraftstoffe (-4,3 Prozent) sowie technische Artikel wie z. B. Kommunikationsgeräte (-7,3 Prozent), Audio-/Foto-/IT-Geräte (-2,8 Prozent) sowie Haushaltsgeräte (-1,3 Prozent). Bei den Nahrungsmitteln betrifft es u. a. Gemüse (-4,1 Prozent) und Butter (-4,7 Prozent). Dem stehen höhere Preise für Milch (6,2 Prozent) sowie alkoholische Getränke (2,6 Prozent), speziell Bier (3,4 Prozent), gegenüber. Mehr zahlen mussten die Verbraucher zudem für Wohnungsnebenkosten (2,5 Prozent), wie Wasserversorgung (1,8 Prozent) oder Müllgebühren (6,6 Prozent).

Herz-Kreislauferkrankung bleibt häufigste Todesursache in Sachsen

Im Jahr 2013 verstarben in Sachsen insgesamt 52 936 Personen, davon 25 236 Männer (48 Prozent) und 27 700 Frauen (52 Prozent). Dies ist ein Anstieg von 1 621 Fällen (3,2 Prozent) gegenüber 2012. Die Sterbeziffer stieg von 1 239 je 100 000 Einwohner auf 1 309.

Krankheiten des Kreislaufsystems waren mit einem Anteil von 45 Prozent aller Sterbefälle (24 029 Verstorbene, Sterbeziffer 594 je 100 000 Einwohner) auch 2013 die häufigste Todesursachengruppe. 93 Prozent der Kreislauf-toten waren älter als 64 Jahre. Frauen starben häufiger an einer Kreislauferkrankung, da sie im Durchschnitt älter werden als Männer.

Zweithäufigste Todesursache waren bösartige Neubildungen (Krebs). 12 846 Personen verstarben daran. Die Sterberate lag bei 318 je 100 000 Einwohner.

An Krankheiten des Atmungssystems verstarben 5,4 Prozent (2 868 Personen) und 4,7 Prozent (2 496 Personen) an Krankheiten des Verdauungssystems.

Eines nichtnatürlichen Todes durch Verletzungen und Vergiftungen starben in Sachsen 2 515 Personen, darunter 1 645 durch Unfälle, wobei die meisten in der häuslichen Umgebung (826 Fälle) geschahen. Bei Verkehrsunfällen wurden 201 Personen getötet.

Suizid verübten 664 Personen, davon 495 Männer und 169 Frauen.

Fast jeder dritte Sachse ab 10 Jahren surft mit Handy oder Smartphone mobil im Internet

Knapp drei Viertel (73 Prozent) der rund 3,8 Millionen Sachsen ab einem Alter von 10 Jahren nutzten im ersten Quartal 2013 das Internet. Nahezu alle Anwender (96 Prozent) surfen in diesem Zeitraum von zu Hause aus im Netz. Fast die Hälfte der Anwender (47 Prozent) war am Arbeitsplatz online.

Immer mehr Menschen surfen mit mobilen Geräten außerhalb von zu Hause oder des Arbeitsplatzes im Internet (mobile Internetnutzung). Im Vergleich zu 2012 stieg der Anteil der mobilen Internetnutzer um 15 Prozentpunkte auf 51 Prozent.

Im ersten Quartal 2013 waren 30 Prozent der Sachsen mit Handy oder Smartphone mobil im Internet. Das entsprach einem Anteil von 41 Prozent aller Internetanwender. Darunter nutzten mehr als ein Drittel (35 Prozent) für die Internetverbindung das Mobilfunknetz und 23 Prozent ein drahtloses Netzwerk (z. B. Hotspot, WLAN, mobiles WiMAX).

Fast ein Viertel (24 Prozent) der Sachsen war mit Laptop, Netbook oder Tablet-Computer mobil online. Das war ein Drittel aller Internetanwender. Als Verbindungsart nutzten dazu 15 Prozent das Mobilfunknetz (über USB-Stick oder Karte, z. B. integrierte SIM-Karte) und 23 Prozent ein drahtloses Netzwerk.

In der Altersgruppe der 25- bis 44-Jährigen Internetanwender surfen bereits mehr als die Hälfte (52 Prozent) mit Handy oder Smartphone mobil im Netz. 39 Prozent in dieser Altersgruppe waren mit Laptop, Netbook oder Tablet-Computer mobil online.

Generell waren Männer häufiger als Frauen mit Handy oder Smartphone und auch mit Laptop, Netbook oder Tablet-Computer mobil im Internet.

Die Daten wurden im Rahmen der jährlichen Haushaltebefragung zu Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) 2013 erhoben und beziehen sich auf Internetnutzer ab 10 Jahren.

Zum Weltstudententag am 17. November

Im Prüfungsjahr 2013 erwarben 2 126 Absolvantinnen und Absolventen mit ausländischer Staatsangehörigkeit einen Hochschulabschluss an einer sächsischen Hochschule. Das waren 8 Prozent mehr als ein Jahr zuvor und fast viermal so viele wie im Jahr 2003. Damit wurden fast 10 Prozent der 22 600 Hochschulabschlüsse von ausländischen Absolventen erreicht. Bundesweit betrug der Ausländeranteil an den Absolventen 9,5 Prozent.

Fast die Hälfte (47 Prozent) der ausländischen Absolventen waren Frauen. Die meisten Absolventen kamen aus Österreich (541) und China (286). Die meisten Abschlüsse wurden an den Universitäten abgelegt (1 172), den höchsten Anteil an ausländischen Absolventen verzeichneten jedoch die Kunsthochschulen mit 30 Prozent.

Weiterhin gab es 185 erfolgreiche Promotionen von ausländischen Absolventen. Damit wurde jeder achte Dokortitel an einen Ausländer verliehen. Die meisten Dokortitel erhielten ausländische Absolventen in der Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften mit 93 gefolgt von den Ingenieurwissenschaften mit 48. Bemerkenswert ist hier die Geschlechterverteilung. Bei den Promotionen in der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften erreichten 2013 die Frauen mit ausländischer Staatsbürgerschaft einen Anteil von 38 Prozent. Bei den Naturwissenschaftlern war die Hälfte der ausländischen Doktoranden weiblich. Die deutschen Doktoranden erreichten in diesen beiden Fächergruppen Frauenanteile von 21 bzw. 39 Prozent.

Mehr Kinder in Sachsens Kindertageseinrichtungen

Insgesamt 281 633 Kinder wurden im Freistaat Sachsen am 1. März 2014 in Kindertageseinrichtungen betreut, das waren 8 847 mehr als im Vorjahr. Davon waren 144 778 Jungen und 136 855 Mädchen bzw. 169 712 Nichtschulkinder und 111 921 Schulkinder.

Von den in Tageseinrichtungen betreuten Kindern waren 16,1 Prozent jünger als drei Jahre (2013: 15,7 Prozent) und i. d. R. Krippenkinder. 44,2 Prozent waren drei Jahre und älter und gingen noch nicht in die Schule (2013: 44,5 Prozent), also im Kindergartenalter, und 39,7 Prozent gingen neben der Schule noch in den Hort (2013: 39,7 Prozent).

Für die Kinder unter einem Jahr betrug die Besuchsquote (betreute Kinder je 100 Kinder der gleichen Altersgruppe) 2,5 Prozent und bei Kindern im Alter von einem bis unter drei Jahren 63,6 Prozent. Für die Kinder von drei bis unter sechs Jahren lag die Besuchsquote bei 96,7 Prozent.

Für fast alle Kinder war eine Betreuung an 5 Tagen pro Woche vereinbart. Für die Mehrzahl der Nichtschulkinder (82,3 Prozent) bestand ein Betreuungsvertrag für 36 und mehr Stunden pro Woche. An der Mittagsverpflegung in den Tageseinrichtungen nahmen 90,9 Prozent der Kinder teil (Nichtschulkinder 99,0 Prozent und Schulkinder 78,5 Prozent).

Erneut mehr Rinder in Sachsen

In den knapp 7 300 sächsischen Rinderhaltungen standen Anfang November 2014 gut 510 600 Rinder. Damit setzte sich der seit Mai 2013 festgestellte Bestandsanstieg auch im November 2014 fort. In den vergangenen 12 Monaten erhöhte sich die Zahl der Rinder um 7 400 (1,5 Prozent).

Den größten Zuwachs um 4 400 (2,3 Prozent) verzeichneten dabei Milchkühe. Hiervon stieg in den Halungen mit 100 und mehr Milchkühen der Bestand um 5 200 Milchkühe (3,2 Prozent). Demgegenüber verringerte er sich in Halungen mit weniger als 100 Kühen (-3,7 Prozent).

Die Anzahl der Rinderhaltungen blieb relativ konstant (-13), die der Milchkuhhaltungen sank um 32 bzw. 2,3 Prozent.

Rinder werden in Sachsen überwiegend in großen Beständen gehalten. So besitzen aktuell 619 Rinderhaltungen (8,5 Prozent) mit 200 und mehr Rindern drei Viertel des sächsischen Rinderbestandes.

Weitere Abnahme der Insolvenzen in Sachsen in den ersten drei Quartalen 2014

Die Zahl der Insolvenzverfahren sank in den ersten drei Quartalen 2014 in Sachsen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 4,2 Prozent. Von den insgesamt 4 994 Insolvenzverfahren betrafen 829 Verfahren Unternehmen und 4 165 Verfahren übrige Schuldner. Dazu zählen natürliche Personen als Gesellschafter u. Ä., ehemals selbstständig Tätige, Verbraucher u. Nachlässe. Bei den Unternehmensinsolvenzen wurde sogar ein Rückgang um 13,6 Prozent und bei den übrigen Schuldnern um 2,1 Prozent verzeichnet.

Im Berichtszeitraum vom 1. Januar bis 30. September 2014 stiegen in Sachsen die von den Gläubigern angemeldeten Forderungen fast um das Vierfache auf 3,5 Milliarden €. Die durchschnittlichen Forderungen je Verfahren an Unternehmen betrugen reichlich 3,9 Millionen €

und je Verfahren der übrigen Schuldner knapp 77 000 €. Die Eröffnungsquote aller Insolvenzverfahren lag wie im Vorjahreszeitraum bei beinahe 88 Prozent (4 384 Verfahren). Bei knapp 22 Prozent der Unternehmensinsolvenzen (181 Verfahren) reichte die Insolvenzmasse nicht aus die Kosten des Verfahrens zu decken, diese wurden mangels Masse abgewiesen.

Mehr als 49 Prozent der von Insolvenz betroffenen Unternehmen waren Einzelunternehmen, fast 43 Prozent Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH).

Jedes fünfte insolvente Unternehmen war wieder dem Baugewerbe zuzuordnen, jedes siebente bzw. gut 15 Prozent dem Wirtschaftsbereich Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

Der Anteil der Unternehmen mit mehr als acht Jahren wirtschaftlicher Tätigkeit betrug gut 46 Prozent. Fast 27 Prozent der insolventen Unternehmen war bis drei Jahre alt.

Zum Internationalen Tag der behinderten Menschen am 3. Dezember

377 550 Menschen mit einer schweren Behinderung (zuerkannter Grad der Behinderung von 50 und mehr) waren am Jahresende 2013 im Besitz eines gültigen Schwerbehindertenausweises. Das war etwa jeder 11. Einwohner Sachsens. Bei ab 65-Jährigen besaß mindestens jeder Fünfte einen Schwerbehindertenausweis, bei ab 75-Jährigen fast jeder Vierte und bei ab 85-Jährigen war es mehr als jeder Dritte. Mit 6 543 unter 15-Jährigen waren 1,3 Prozent der Kinder in Sachsen schwerbehindert.

Bei den Kindern war die Behinderung in fast 20 Prozent der Fälle angeboren und in 77 Prozent durch eine Krankheit verursacht. In der Altersgruppe 65 Jahre und älter war in über 94 Prozent der Fälle eine Krankheit die Hauptursache der Behinderung.

Nur 6,2 Prozent aller behinderten Menschen in Sachsen waren von Geburt an schwerbehindert. In fast 90 Prozent der Fälle trat die schwerste Behinderung in Folge einer Krankheit ein, in 2,2 Prozent in Folge eines Unfalls und in 0,4 Prozent als Folge einer Kriegs-, Wehr- oder Zivildienstbeschädigung (bei ab 85-Jährigen hier 2,5 Prozent).

Als Art der schwersten Behinderung trat am häufigsten eine Funktionseinschränkung (auch Verlust/Teilverlust) innerer Organe (28,3 Prozent), des Gehirns, der Psyche (24,3 Prozent), des Stütz- und Bewegungsapparates (21,7 Prozent) bzw. der Sinnesorgane (11,6 Prozent) auf. Bei Älteren überwiegen Beeinträchtigungen des Stütz- und Bewegungsapparates und der Sinnesorgane (29,6 bzw. 25,0 Prozent), bei Kindern des Gehirns, der Psyche (46,2 Prozent).

Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2012	2013	2013			2014			
		Durchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Bevölkerung										
Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1 000	4 050,2	4 046,4	4 041,4	4 042,1	4 044,2
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	1 529	1 444	2 410	2 831	2 012
Lebendgeborene	Anzahl	2 891	2 900	3 396	3 215	3 151
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	4 276	4 411	4 262	3 937	3 722
darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	7	8	14	9	6
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 386	-1 511	-866	-722	-571
Wanderungen										
Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	6 460	6 780	7 296	8 812	9 754
darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 170	2 500	2 691	3 209	3 828
Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	5 483	5 661	6 823	7 445	7 225
darunter in das Ausland	Anzahl	1 455	1 680	2 119	2 088	1 945
Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	977	1 119	473	1 367	2 529
Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	Anzahl	8 999	9 071	10 018	11 541	10 439
Erwerbstätigkeit										
Beschäftigte ^{3) 4)}										
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁵⁾	1 000	1 474,7	1 484,3	.	.	1 509,6
Frauen	1 000	722,8	729,6	.	.	740,3
Ausländer	1 000	22,3	26,0	.	.	27,9
Teilzeitbeschäftigte	1 000	.	382,8	.	.	390,7
darunter Frauen	1 000	.	314,1	.	.	319,8
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen										
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	21,5	21,5	.	.	21,9
Produzierendes Gewerbe	1 000	435,3	436,4	.	.	443,0
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	306,1	307,4	.	.	311,8
Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	263,5	265,9	.	.	272,5
Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	448,2	453,1	.	.	460,3
Arbeitsmarkt ³⁾										
Arbeitslose	1 000	207,8	200,6	188,6	192,5	186,5	180,2	177,8	179,7	174,2
Frauen	1 000	95,7	90,9	88,6	91,5	88,7	83,5	83,5	85,2	82,5
Männer	1 000	112,0	109,7	100,0	100,9	97,8	96,6	94,4	94,5	91,6
Ausländer	1 000	8,9	9,2	8,9	9,1	9,1	9,4	9,3	9,5	9,4
Jugendliche von 15 bis unter 25 Jahren	1 000	17,8	16,1	16,0	18,0	16,2	12,4	12,9	15,0	13,5
Arbeitslosenquote ⁶⁾										
insgesamt	%	9,8	9,4	8,9	9,1	8,8	8,5	8,4	8,5	8,2
Frauen	%	9,5	9,1	8,8	9,1	8,9	8,4	8,3	8,5	8,3
Männer	%	10,0	9,8	8,9	9,0	8,7	8,6	8,4	8,4	8,2
Ausländer	%	20,7	20,3	19,5	19,9	19,8	18,6	18,6	19,0	18,7
Jugendliche von 15 bis unter 25 Jahren	%	8,4	8,3	8,4	9,5	8,5	7,2	7,5	8,7	7,8
Kurzarbeiter	1 000	9,4	11,2	6,6	5,7	5,4
Gemeldete Arbeitsstellen	1 000	19,2	18,2	18,4	19,4	19,6	23,3	23,5	23,9	24,2

1) Spalten 1 und 2: Statt Bevölkerung im Monatsdurchschnitt hier Bevölkerung am 31. Dezember, Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Zensusdaten vom 9. Mai 2011

2) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

3) Auswertungen aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit; aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab.

4) Spalten 1 und 2: Statt Jahresdurchschnitt hier Beschäftigte am 30. Juni

5) einschließlich "Ohne Angabe" der Wirtschaftsgliederung

6) Arbeitslose in Prozent bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2012	2013	2013			2014			
		Durchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Bautätigkeit										
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	287	315	424	375	359	368	389	427	351
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	270	292	387	360	328	336	364	390	321
umbauter Raum	1 000 m³	280	330	514	334	422	403	380	479	438
Wohnfläche	1 000 m²	54	63	96	63	79	77	73	94	84
veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	67 052	82 264	127 823	82 565	103 730	107 522	97 613	122 198	111 538
Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	116	108	148	107	135	102	116	110	126
umbauter Raum	1 000 m³	704	624	730	334	626	447	743	548	545
Nutzfläche	1 000 m²	105	91	111	58	108	69	139	88	81
veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	80 716	76 157	95 853	50 457	113 409	59 014	87 371	59 446	83 957
Wohnungen insgesamt (Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	477	714	1 119	532	834	853	785	1 072	925
Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen)	Anzahl	2 453	3 315	4 803	3 158	4 097	3 620	3 766	4 666	4 223
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ¹⁾	t	1 453	1 367	1 259	1 139	1 398	1 381	1 220	1 222	1 551
darunter										
Rinder insgesamt	t	306	308	188	210	312	260	218	246	321
darunter Kälber	t	22	26	14	22	25	29	20	24	28
Jungrinder	t	6	6	3	5	5	3	2	6	3
Schweine	t	1 113	1 025	1 056	909	1 048	1 103	987	961	1 196
Eierzeugung ²⁾	1 000 St.	77 348	78 751	79 939	75 195	71 978	76 977	77 523	79 106	77 349
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ³⁾										
Betriebe	Anzahl	1 308	1 326	1 336	1 332	1 330	1 332	1 332	1 325	1 324
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	210,6	214,2	214,1	215,0	215,7	219,3	220,3	221,2	222,6
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	28 586	28 654	29 712	27 923	29 379	29 026	30 774	27 003	31 112
Entgelte	Mill. €	583,1	614,5	614,8	585,8	583,9	699,9	656,8	622,2	621,6
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	4 379,5	4 313,2	4 368,5	4 250,9	4 572,1	4 752,2	4 690,1	4 206,7	5 319,0
davon										
Vorleistungsgüter und Energie ⁴⁾	Mill. €	1 534,4	1 549,2	1 564,7	1 553,8	1 588,5	1 621,6	1 719,3	1 599,2	1 781,6
Investitionsgüter	Mill. €	2 062,7	1 966,4	1 953,1	1 880,6	2 161,4	2 362,1	2 164,3	1 960,0	2 832,8
Gebrauchsgüter	Mill. €	58,9	57,0	49,6	54,6	61,8	62,7	63,5	62,8	82,1
Verbrauchsgüter	Mill. €	723,5	740,6	801,1	761,9	760,3	705,8	743,0	584,7	622,5
Auslandsumsatz	Mill. €	1 697,4	1 660,8	1 620,9	1 588,7	1 719,6	1 929,7	1 754,1	1 703,2	2 424,2

1) aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien

2) erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickiern

3) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

4) ohne Energie- und Wasserversorgung

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2012	2013	2013			2014			
		Durchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Energie- und Wasserversorgung ¹⁾										
Betriebe	Anzahl	136	144	145	145	145	153	153	153	152
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	13,7	13,8	13,7	13,9	13,9	13,9	13,9	14,0	14,1
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 780	1 760	1 852	1 714	1 803	1 719	1 855	1 608	1 863
Entgelte	Mill. €	50	51	48	47	47	54	49	48	49
Stromerzeugung (brutto) in öffentlichen Energieversorgungsunternehmen	Mill. kWh	2 728	3 152	3 125	3 399	3 075	2 619	3 093	2 894	3 237
Bauhauptgewerbe ²⁾										
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	56,4	56,6	58,4	58,4	58,7	57,4	57,6	58,0	58,1
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 548	5 563	7 112	6 870	6 786	6 416	7 094	6 382	6 936
davon										
Wohnungsbau	1 000	1 823	1 884	2 367	2 403	2 361	2 195	2 463	2 216	2 410
gewerblicher Bau	1 000	2 017	2 023	2 525	2 363	2 290	2 342	2 476	2 237	2 365
öffentlicher und Straßenbau	1 000	1 708	1 657	2 220	2 104	2 135	1 879	2 155	1 929	2 161
Entgelte	Mill. €	107,8	109,8	124,0	117,7	115,1	117,7	125,6	118,3	122,5
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	507,6	509,4	640,0	609,9	628,3	542,5	578,1	569,2	587,6
davon										
Wohnungsbau	Mill. €	114,9	128,7	163,7	154,3	157,2	135,4	151,3	142,4	147,8
gewerblicher Bau	Mill. €	229,0	217,8	266,8	243,3	258,4	241,1	235,3	239,1	238,5
öffentlicher und Straßenbau	Mill. €	163,8	162,9	209,5	212,3	212,6	166,0	191,5	187,7	201,4
Ausbaugewerbe ^{1) 3)}										
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	18,9	19,2	.	.	19,6	19,4	.	.	19,6
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 157	6 230	.	.	6 640	6 224	.	.	6 418
Entgelte	Mill. €	118,9	125,4	.	.	127,6	130,5	.	.	130,2
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	515,9	535,5	.	.	557,7	525,0	.	.	569,7
Handel ⁴⁾										
Großhandel einschl. Handelsvermittlung										
Beschäftigte	2010 = 100	102,0	106,2	105,9	106,9	106,7	107,0	107,1	107,5	107,9
Umsatz (nominal)	2010 = 100	110,2	110,0	120,3	113,1	118,5	114,3	121,6	108,8	119,7
Umsatz (real)	2010 = 100	102,4	102,7	112,2	105,7	110,6	107,6	114,5	102,5	112,9
Einzelhandel einschl. Tankstellen										
Beschäftigte	2010 = 100	102,2	100,6	99,6	100,6	100,6	100,7	100,7	101,3	102,0
Umsatz (nominal)	2010 = 100	106,3	105,5	106,1	103,5	99,8	101,4	106,5	101,4	102,5
Umsatz (real)	2010 = 100	103,0	100,7	101,3	99,0	95,2	96,1	101,0	96,3	97,1
Kfz-Handel sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz										
Beschäftigte	2010 = 100	104,6	106,4	105,5	106,5	107,2	105,9	105,0	105,4	106,5
Umsatz (nominal)	2010 = 100	115,1	113,8	122,4	106,9	113,0	118,1	120,9	105,0	116,9
Umsatz (real)	2010 = 100	112,8	111,7	120,2	104,8	111,0	115,8	118,3	102,6	114,0
Gastgewerbe ⁴⁾										
Beschäftigte	2010 = 100	102,5	101,3	104,0	103,5	102,5	103,5	103,7	102,4	103,3
Umsatz (nominal)	2010 = 100	106,2	108,8	115,9	115,5	119,0	120,9	114,2	118,1	125,1
Umsatz (real)	2010 = 100	102,6	102,6	109,3	109,0	111,1	111,7	105,5	109,3	114,5

1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

2) nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse für alle Betriebe

3) Angaben beziehen sich auf das Quartal

4) Die Ergebnisse des Bereichs Handel und Gastgewerbe sind generell vorläufig. Der Berichtskreis wird jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Kfz-Handel und Großhandel basieren die Ergebnisse ab Berichtsmontat September 2012 auf einem Mix-Modell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen).

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2012	2013	2013			2014			
		Durchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Tourismus ¹⁾										
Gästeankünfte	1 000	588	591	691	717	704	739	707	773	724
darunter von Auslandsgästen	1 000	65	67	110	104	82	91	110	100	82
Gästeübernachtungen	1 000	1 530	1 524	1 899	1 937	1 753	1 852	1 869	2 116	1 818
darunter von Auslandsgästen	1 000	151	155	260	233	190	205	238	222	181
Verkehr										
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	1 623	1 549	1 803	1 756	1 615	1 692	1 814	1 528	1 713
darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 136	1 080	1 429	1 372	1 207	1 317	1 408	1 162	1 255
Getötete Personen	Anzahl	18	16	19	19	23	19	35	13	19
Verletzte Personen	Anzahl	1 414	1 349	1 771	1 663	1 509	1 651	1 866	1 448	1 577
Kraftfahrzeuge										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 492	11 042	11 562	9 647	11 477	13 333	11 582	9 587	11 938
darunter Personenkraftwagen ³⁾	Anzahl	9 557	9 081	9 272	7 830	9 739	10 909	9 445	7 851	9 976
Lastkraftwagen	Anzahl	1 143	1 167	1 263	1 008	1 124	1 297	1 207	996	1 227
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	5,6	5,4	7,2	1,4	4,7	3,6	4,4	3,8	3,6
Güterversand	1 000 t	7,1	12,7	9,4	6,7	9,1	6,7	3,6	1,0	5,4
Außenhandel ⁴⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
Ausfuhr insgesamt	Mill. €	2 652,3	2 619,2	2 750,9	2 548,8	2 970,4	2 989,0	3 218,0	2 532,0	3 436,5
darunter										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	97,7	106,8	111,4	105,4	112,5	107,7	107,2	111,3	113,0
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	2 536,4	2 480,9	2 607,3	2 409,4	2 820,8	2 822,5	3 025,8	2 352,5	3 219,6
davon										
Rohstoffe	Mill. €	10,2	9,9	10,4	10,6	9,0	11,6	15,4	8,6	9,6
Halbwaren	Mill. €	103,0	100,1	135,5	90,0	124,0	122,7	124,4	84,6	90,1
Fertigwaren	Mill. €	2 423,3	2 370,9	2 461,4	2 308,8	2 687,8	2 688,2	2 886,1	2 259,2	3 119,8
davon										
Vorzeugnisse	Mill. €	219,2	208,9	220,1	195,1	213,9	221,7	232,5	188,2	213,3
Enderzeugnisse	Mill. €	2 204,1	2 162,0	2 241,4	2 113,7	2 473,9	2 466,5	2 653,6	2 071,1	2 906,5
Ausfuhr nach										
Europa	Mill. €	1 448,7	1 447,6	1 528,9	1 366,5	1 598,7	1 565,4	1 632,0	1 344,3	1 705,2
darunter in die EU-Länder ⁵⁾	Mill. €	1 147,7	1 160,6	1 223,0	1 059,7	1 300,1	1 317,2	1 341,9	1 107,5	1 407,2
Afrika	Mill. €	47,1	70,7	78,1	67,3	56,1	70,9	76,1	61,3	75,4
Amerika	Mill. €	321,5	318,5	348,6	305,5	343,6	388,6	445,0	323,9	396,8
Asien	Mill. €	800,9	745,0	746,9	763,8	922,5	934,6	1 038,8	780,4	1 216,5
Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	34,2	37,4	48,4	45,6	49,4	29,5	26,0	22,0	42,5

1) Betriebe mit zehn und mehr Betten einschließlich Campingplätze mit zehn und mehr Stellplätzen

2) schwer wiegender Unfall mit Sachschaden im engeren Sinne und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel

3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz, ab 2005 einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen

4) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Einfuhr- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

5) einschließlich Kroatien (EU-28); die Angaben ab 2012 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2012	2013	2013			2014			
		Durchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Noch: Außenhandel										
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. €	1 623,2	1 582,4	1 645,3	1 548,6	1 661,3	1 742,4	1 752,7	1 502,9	1 776,0
darunter										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	90,1	95,8	96,2	93,3	93,9	93,2	96,6	92,9	89,8
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	1 442,1	1 419,2	1 483,8	1 387,9	1 498,4	1 542,3	1 544,5	1 306,2	1 540,6
davon										
Rohstoffe	Mill. €	139,5	125,0	124,1	125,1	125,6	137,5	115,4	114,3	140,2
Halbwaren	Mill. €	138,3	129,7	134,0	127,7	123,1	118,4	90,7	91,2	91,5
Fertigwaren	Mill. €	1 164,3	1 164,5	1 225,7	1 135,1	1 249,7	1 286,3	1 338,4	1 100,6	1 309,0
davon										
Vorerzeugnisse	Mill. €	162,2	153,6	158,5	154,9	152,7	160,5	177,3	161,1	180,8
Enderzeugnisse	Mill. €	1 002,2	1 010,9	1 067,2	980,2	1 097,0	1 125,8	1 161,1	939,5	1 128,1
Einfuhr aus										
Europa	Mill. €	1 231,5	1 221,9	1 211,9	1 182,9	1 292,0	1 401,0	1 354,6	1 164,1	1 390,8
darunter aus den EU-Ländern ¹⁾	Mill. €	989,3	1 000,3	980,6	963,5	1 068,2	1 184,6	1 181,6	1 001,3	1 178,0
Afrika	Mill. €	6,6	8,3	6,0	8,1	6,2	9,9	11,9	7,1	7,2
Amerika	Mill. €	107,7	96,0	139,1	104,0	100,6	101,6	94,0	79,7	85,9
Asien	Mill. €	275,0	253,8	284,0	251,6	259,3	227,2	291,2	249,7	289,8
Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. €	2,3	2,5	4,2	2,1	3,2	2,8	1,0	2,2	2,3
Gewerbeanzeigen ²⁾										
Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 697	2 583	2 921	2 272	2 512	2 532	2 585	2 281	2 647
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 718	2 588	2 522	2 112	2 410	2 264	2 377	2 110	2 320
Insolvenzen										
Insolvenzverfahren insgesamt	Anzahl	584	564	607	605	614	545	665	472	588
und zwar										
Unternehmen	Anzahl	116	105	118	126	100	75	105	66	97
Verbraucher	Anzahl	332	329	353	345	393	340	409	257	332
ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	92	85	83	95	86	90	112	93	105
sonstige natürliche Personen ³⁾ , Nachlässe	Anzahl	45	46	53	39	35	40	39	56	54
eröffnete Verfahren	Anzahl	512	494	532	536	561	488	582	404	516
mangels Masse abgewiesene Verfahren	Anzahl	70	69	73	68	53	57	83	68	70
Voraussichtliche Forderungen insgesamt	Mill. €	104	99	78	200	91	48	1 066	57	102
Handwerk										
Beschäftigte ⁴⁾	30.9.09 = 100	97,9	96,7	.	.	98,8	97,1	.	.	98,0
Umsatz ⁵⁾	2009 = 100	103,4	104,0	.	.	112,4	101,1	.	.	112,7

1) einschließlich Kroatien (EU-28); die Angaben ab 2012 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet

2) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

3) z. B. als Gesellschafter oder Mithafter

4) am Ende des Kalendervierteljahres

5) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.)

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2012	2013	2013			2014			
		Durchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Preise										
Verbraucherpreisindex	2010 = 100	104,0	105,7	106,1	106,1	106,1	106,6	107,0	107,0	107,1
Preisindex für Wohngebäude ¹⁾	2010 = 100	107,4	110,8	.	111,2	.	.	.	114,4	.
Verdienste										
Bruttomonatsverdienste ²⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ³⁾ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich										
	€	2 825	2 884	x	x	2 711	2 746	x	x	2 771
männlich	€	2 926	2 970	x	x	2 782	2 822	x	x	2 842
weiblich	€	2 650	2 723	x	x	2 576	2 604	x	x	2 638
Produzierendes Gewerbe	€	2 700	2 737	x	x	2 547	2 611	x	x	2 634
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	3 121	3 612	x	x	3 222	(3 223)	x	x	(3 222)
Verarbeitendes Gewerbe	€	2 723	2 789	x	x	2 557	2 635	x	x	2 642
Energieversorgung	€	4 221	4 440	x	x	3 931	3 779	x	x	3 814
Wasserversorgung ⁴⁾	€	2 566	2 802	x	x	2 633	2 686	x	x	2 702
Baugewerbe	€	2 429	2 360	x	x	2 341	2 349	x	x	2 426
Dienstleistungsbereich	€	2 902	2 983	x	x	2 822	2 839	x	x	2 862
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	€	2 437	2 481	x	x	2 338	2 336	x	x	2 337
Verkehr und Lagerei	€	2 494	2 581	x	x	2 416	2 428	x	x	2 418
Gastgewerbe	€	1 640	1 684	x	x	1 651	1 722	x	x	1 716
Information und Kommunikation	€	3 623	3 811	x	x	3 547	3 530	x	x	3 617
Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen	€	4 211	4 217	x	x	3 616	3 675	x	x	3 700
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	(2 914)	(2 974)	x	x	(2 718)	(2 529)	x	x	2 575
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	€	3 566	3 529	x	x	3 241	3 168	x	x	3 186
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	€	1 798	1 999	x	x	1 927	1 886	x	x	1 899
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	€	3 378	3 451	x	x	3 352	3 413	x	x	3 528
Erziehung und Unterricht	€	3 929	4 109	x	x	3 944	4 000	x	x	4 025
Gesundheits- und Sozialwesen	€	3 161	3 271	x	x	3 121	3 100	x	x	3 105
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	3 020	2 967	x	x	2 861	2 997	x	x	3 073
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	(2 417)	(2 235)	x	x	(2 150)	(2 236)	x	x	(2 241)

1) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk

2) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni, usw. ohne Sonderzahlungen.
Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen dagegen mit enthalten.

3) einschließlich Beamte

4) einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen

Zeichenerklärung

- Nichts vorhanden (genau Null)
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- ... Angabe fällt später an
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- () Aussagewert ist eingeschränkt
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl

**Herausgeber:**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Redaktion:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Gestaltung und Satz:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Druck:

Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste

Redaktionsschluss:

Januar 2015

Preis dieser Ausgabe:

3,50 €

Bezug:

Diese Druckschrift kann bezogen werden bei:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Hausanschrift: Macherstraße 63, 01917 Kamenz

Telefon: +49 3578 33-1424

Telefax: +49 3578 33-1499

E-Mail: vertrieb@statistik.sachsen.de

www.statistik.sachsen.de

Verteilerhinweis

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von politischen Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.

Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung.

Copyright

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz, 2015

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Titelbild: © panthermedia.net/Andrey Malov

ISSN 0949-4480 (print)

Für Smartphones: Bildcode scannen und Sie finden weitere interessante statistische Ergebnisse und Informationen zum Thema

